

Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

Nr. 35, Dezember 2014

Familienfreundlichkeit im internationalen Vergleich: Familienpolitik in Deutschland, Schweden und Großbritannien

Evgenia Stepanov

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam



ISSN 1612-6602

Inhaltsverzeichnis

TABELLENVERZEICHNIS	II
1. EINLEITUNG	3
2. THEORETISCHE GRUNDLAGEN: FAMILIE UND FAMILIENPOLITIK	5
2.1. FAMILIE	5
2.1.1. <i>Definition von Familie</i>	5
2.1.2. <i>Funktionen der Familie</i>	5
2.1.3. <i>Wandel der Familie: Erosion des männlichen Ernährermodells</i>	6
2.1.4. <i>Familienmodelle und Einflussfaktoren auf die Familienmodellwahl</i>	6
2.2. FAMILIENPOLITIK ALLGEMEIN	7
2.2.1. <i>Definition von Familienpolitik</i>	8
2.2.2. <i>Abgrenzung der Familienpolitik</i>	8
2.2.3. <i>Familienpolitische Instrumente</i>	9
2.2.4. <i>Typologien von Familienpolitik</i>	9
3. FAMILIENFREUNDLICHKEIT ALS EMPIRISCHES KONZEPT.....	10
3.1. WOHLFAHRTSLOGIKEN NACH ESPING-ANDERSEN	10
3.1.1. <i>Definition des Wohlfahrtsstaats</i>	10
3.1.2. <i>Operationalisierung der Regime-Typologie von Esping-Andersen</i>	11
3.1.4. <i>Kritik an Wohlfahrtsstaatstypologie von Esping-Andersen</i>	15
3.1.5. <i>Erweiterung der Regime-Typologie von Esping-Andersen</i>	16
3.2. FAMILIENFREUNDLICHKEIT: BEGRIFFSBESTIMMUNG	17
3.3. INDIKATOREN FÜR FAMILIENFREUNDLICHKEIT	18
3.4. FAMILIENFREUNDLICHKEIT IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH	22
3.4.1. <i>Demografische Situation</i>	22
3.4.2. <i>Familienbezogene Transfers</i>	23
3.4.3. <i>Betreuungsinfrastruktur für Kinder</i>	24
3.4.4. <i>Vereinbarkeit von Familie und Beruf</i>	24
3.4.5. <i>Abschließende Betrachtung</i>	25
4. FAMILIENFREUNDLICHKEIT IN DEUTSCHLAND, SCHWEDEN UND GROßBRITANNIEN	28
4.1. DEUTSCHLAND	28
4.1.1. <i>Demografische Situation</i>	28
4.1.2. <i>Familienbezogene Transfers</i>	28
4.1.3. <i>Betreuungsinfrastruktur für Kinder</i>	30
4.1.4. <i>Vereinbarkeit von Familie und Beruf</i>	31
4.2. SCHWEDEN	32
4.2.1. <i>Demografische Situation</i>	32
4.2.2. <i>Familienbezogene Transfers</i>	33
4.2.3. <i>Betreuungsinfrastruktur für Kinder</i>	35
4.2.4. <i>Vereinbarkeit von Familie und Beruf</i>	36
4.3. GROßBRITANNIEN	37
4.3.1. <i>Demografische Situation</i>	37
4.3.2. <i>Familienbezogene Transfers</i>	37
4.3.3. <i>Betreuungsinfrastruktur für Kinder</i>	38
4.3.4. <i>Vereinbarkeit von Familie und Beruf</i>	39
4.4. VERGLEICHENDE BEWERTUNG	40
5. SCHLUSS.....	46
LITERATURVERZEICHNIS	50

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Die Charakteristik der drei Wohlfahrtsregimetyphen nach Esping-Andersen (1990), Gauthier (1996) und Leitner (2013)	17
Tabelle 2: Gegenüberstellung von analytischen Kategorien und jeweiliger familienpolitischen Dimension	18
Tabelle 3: Überblick über familienpolitische Instrumentarien in Deutschland, Schweden und Großbritannien (anhand der entwickelten Indikatorik)	42

1. Einleitung

„Deutschland gehört im europaweiten Vergleich zu den Schlusslichtern bei den Geburtenzahlen. Eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung hat nun untersucht, warum das so ist. Das Ergebnis: Kinderkriegen in Deutschland ist unattraktiv geworden wie nie zuvor. [...] Als Gründe für die beständig sinkenden Geburtenzahlen werden vor allem die schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft sowie die fehlende gesellschaftliche Anerkennung für berufstätige Mütter hierzulande genannt“ (Süddeutsche Zeitung 2012).

„Die Frauen in Deutschland verzichten immer häufiger auf Nachwuchs. Weder die Krippenoffensive noch das Elterngeld oder die Erhöhungen des Kindergeldes haben den jahrzehntelangen Sinkflug der Geburtenrate bislang stoppen können. Im Gegenteil: Der Anteil der kinderlosen Frauen ist zwischen 2008 und 2012 weiter gestiegen, wie die Studie des Statistischen Bundesamtes ‚Geburtenrends und Familiensituation‘ zeigt. Und nach 2020 drohe Deutschland gar ein regelrechter Einbruch bei den Geburtenzahlen, prophezeien die Statistiker. [...] Nur bei einem deutlichen Anstieg der Geburtenrate auf 1,6 ließe sich der absehbare Einbruch der Geburtenzahlen nach 2020 noch verhindern, sagte Statistik-Chef Egerle. Bisher jedoch gäbe es für eine solche positive Entwicklung keinerlei Anzeichen“ (Die WELT 2013).

Diese eingangs aufgeführten Zitate geben zu erkennen, dass sich die demografische Situation in Deutschland demnächst dramatisch zuspitzen könnte: der Geburtenrückgang setzt sich seit Jahren fort, die Fertilitätsrate verharrt demnach auf einem im europäischen Vergleich äußerst niedrigen Niveau. Verantwortlich dafür ist unter anderem die Tatsache, dass die Bedürfnisse der deutschen Eltern zu wenig Beachtung bei politischen und wirtschaftlichen Strukturen finden. Die sukzessiv abflauende Geburtenziffer kann sogar keins von den neu implementierten familienpolitischen Instrumenten anhalten. Dies stellt nationale Familienpolitik vor enormen Herausforderungen, die in möglichst kürzester Zeit überwunden werden müssten. Damit sich mehr Paare für eine Familienerweiterung entscheiden, muss der Staat familienfreundliche Bedingungen schaffen, die den zeitgenössischen Wünschen der Familien entsprechen würden. Laut der Umfrage des AWO Sozialbarometers aus dem Jahr 2012 stuften 55 % der Befragten Deutschland als nicht familienfreundlich ein. „Das Ergebnis überrascht leider nicht“ (AWO Sozialbarometer 2012) erwiderte der AWO Bundesvorsitzende Stadler. Laut Stadler muss ein Mentalitätswechsel in den Köpfen von Menschen vollzogen sowie Rahmenbedingungen für Familien durch enge Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland verbessert werden (ebd.).

Wie schneidet nun Deutschland im internationalen Vergleich in Bezug auf Familienfreundlichkeitsphänomen ab? Sowohl in Bezug auf die Ziele der Familienpolitik als auch auf familienfreundliche Ausgestaltung der staatlichen Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern belegt Deutschland im europäischen Vergleich einen Mittelplatz. Zu diesem Ergebnis kommen die Wissenschaftler Diekmann und Plünnecke (2009) des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, die mit Hilfe von zwei unterschiedlichen Rankings europäische Länder in Sachen Familienfreundlichkeit untersuchten. Die Spitzenreiter im internationalen

Vergleich stellen hinsichtlich beider analysierter Kategorien die skandinavischen Staaten dar, die im Vergleich zu anderen Ländern die besten Rahmenbedingungen für Familien bieten sowie durch die familienfreundlichste Politik gekennzeichnet sind. Großbritannien schneidet im Hinblick auf familienpolitische Ziele deutlich besser als Deutschland ab. Was die Familienfreundlichkeit der Rahmenbedingungen für Familien anbetrifft, positioniert sich das Land jedoch mit einer rund 5 % - Differenz unter dem deutschen Wert (Diekmann/Plünnecke 2009: 69f.). Daraus lässt sich schließen, dass im europaweiten Vergleich eine Fülle an unterschiedlichen familienpolitischen Ausrichtungen existiert, die bestimmte Effekte für die Familiensituation im jeweiligen Nationalstaat produziert.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es somit, das Phänomen der Familienfreundlichkeit zunächst im europäischen Raum zu untersuchen, um in einem weiteren Schritt herauszufinden, wie sich die Situation von Familien in drei festgelegten Ländern im internationalen Vergleich darstellt und wessen nationale Familienpolitik am familienfreundlichsten konzipiert ist. Die für die vorliegende Arbeit ausgewählten Vergleichsländer, nämlich die Bundesrepublik Deutschland mit inkorporierten statuskonservierenden Wohlfahrtsprinzipien, Schweden als Prototyp des sozialdemokratischen Regimes und Großbritannien als europäisches Paradebeispiel der wirtschaftsliberalen Wohlfahrtslogik, wurden gemäß der von Esping-Andersen entwickelten Theorie der unterschiedlichen Welten des Wohlfahrtskapitalismus ausgesucht. Mit Hilfe der Regimetypologie nach Esping-Andersen lässt sich zudem eine Zuordnung der für den einführenden europäischen Vergleich ausgesuchten 15 EU-Mitgliedsstaaten zu einem bestimmten Wohlfahrtstypus vornehmen.

Die Vorgehensweise dieser Arbeit lässt sich folgendermaßen skizzieren: Zu Beginn werden die notwendigen theoretischen Grundlagen dargestellt (Kap. 2). Hierbei wird der Familienbegriff definiert sowie theoretische Bestandteile des soziologischen Gegenstands Familienpolitik erläutert. Das darauffolgende Kapitel (Kap. 3) widmet sich dann dem praktischen Teil der vorliegenden Arbeit. Zunächst wird auf das Konzept der drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus nach Esping-Andersen eingegangen. Darauf folgt ein Definitionsversuch des Begriffs Familienfreundlichkeit sowie die Erörterung der empirischen Indikatoren-Auswahl für die einhergehende Untersuchung der Familienfreundlichkeit. Mittels eines entwickelten Indikatoren-Sets sollen 15 europäische Länder miteinander verglichen werden. Anhand dieses systematischen Vergleichs soll aufgezeigt werden, wie diese Staaten auf Basis der Regimetypen im Hinblick auf Familienfreundlichkeit abschneiden. Anschließend werden drei Vergleichsländer untersucht (Kap. 4). Es wird gezeigt, welche Schwerpunkte Deutschland, Schweden und Großbritannien in ihrer Familienpolitik setzen

und in welchen konkreten familienpolitischen Maßnahmen sich die unterschiedlichen Wohlfahrtssysteme und familienpolitischen Ausrichtungen jeweils niederschlagen. Bei der Analyse von zentralen Institutionen der Familienpolitik in drei Wohlfahrtsstaaten soll der Fokus vorrangig auf Deutschland gerichtet werden. In dem Schlussteil werden dann die Ergebnisse der durchgeführten Analyse zusammengefasst ausgewertet.

Zu Grunde liegt der Arbeit eine ausführliche Literatur- und Internetrecherche. Zudem erfolgt eine Ausarbeitung eines eigenen Indikatoren-Konzepts für die Abbildung des Familienfreundlichkeitsgrades der untersuchten Länder. Dieser stützt sich teilweise auf die empirische Analyse „Potenziale erschließen – Familienatlas 2005“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Anzumerken ist, dass einige der verwendeten Datensätze, insbesondere die der OECD leider nicht die neuesten Entwicklungen illustrieren können.

2. Theoretische Grundlagen: Familie und Familienpolitik

2.1. Familie

2.1.1. Definition von Familie

Unter dem Begriff Familie wird je nach Weltanschauung und Interessenlage Unterschiedliches verstanden, so dass es immer noch an einer allgemein anerkannten Definition von Familie fehlt. Der Familienbegriff hat seine Wurzeln in dem lateinischen Wort „familia“ und beschreibt in westlichen Ländern die kleinste gesellschaftliche Einheit, die sogenannte Kern- bzw. Kleinfamilie (Mühling/Rupp 2008: 77), die zwei Generationen (beide Elternteile und deren Kinder) impliziert, die idealerweise auch zusammen leben (Bouß 2006: 21). Als zentrale Definitionsmerkmale von Familie werden von vielen Wissenschaftlern Zeugung und Sozialisation von Kindern, die verwandtschaftliche Beziehung, das gemeinsame Wohnen, ökonomische und emotionale Reproduktion und Stabilisierung sowie soziale Anerkennung genannt. Erst das erstgenannte Kriterium, nämlich das Vorhandensein von Kindern, macht eine Familie zu einer solchen, während andere Definitionselemente nicht zwingend notwendig sind und variieren können. „Familien sind durch Eltern-Kind-Beziehungen definierte soziale Einheiten, was immer man an weiteren Definitionsmerkmalen hinzufügen mag“ (zitiert nach Herlth/Kaufmann 1982 in Gerlach 2010: 44).

In der vorliegenden Arbeit wird unter der Familie die Kernfamilie bzw. Zwei-Generationen-Familie verstanden, die Eltern-Kind-Beziehung impliziert. Der Fokus wird also hierbei auf den Elternstatus gelegt.

2.1.2. Funktionen der Familie

Die Familie erfüllt in der Gesellschaft verschiedene Funktionen, die in folgende fünf fundamentale Funktionsbereiche zusammengefasst werden können:

- 1) *Reproduktionsfunktion*: Durch die Zeugung der Nachkommenschaft wird die Funktion der biologischen quantitativen Bestandssicherung der Gesellschaft erfüllt.
- 2) *Sozialisationsfunktion*: Die neu hinzu gekommenen Gesellschaftsmitglieder werden in die sozialen Strukturen eingegliedert, indem sie versorgt, betreut und erzogen werden. Die nachwachsende Generation bekommt durch ihre Familie wichtige Komponente des Humanvermögens vermittelt.
- 3) *Haushaltsfunktion bzw. Wirtschaftsfunktion*: Familien sind zuständig für die materielle Versorgung ihrer Mitglieder. Zudem sind sie Wirtschaftseinheiten, die entweder selbst Güter produzieren, was heutzutage eher selten der Fall ist, oder öffentliche Güter und Leistungen konsumieren.
- 4) *Solidaritätssicherungsfunktion*: Dadurch werden solidarische Beziehungen und zwischengenerative Leistungen aufrechterhalten, die für den Fortbestand der Gesellschaft unabdingbar sind.
- 5) *Freizeit- und Erholungsfunktion*: Familien sind Orte für Erholung, Schutz und Entspannung, wo ihre Mitglieder gefühlsmäßig befriedigt sowie physisch und psychisch regeneriert werden können (Gerlach 2010: 42f.; Lee 1999: 25ff.).

2.1.3. Wandel der Familie: Erosion des männlichen Ernährermodells

Seit Jahrzehnten finden spürbare Veränderungen statt, die Familie als Institution und ihre Strukturen betreffen. Dieses zeigt sich insbesondere daran, dass das traditionelle Familienernährermodell, das durch die strikte Trennung von Familien- und Erwerbsarbeit gekennzeichnet ist, kontinuierlich an seiner Bedeutung verliert. Laut Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend versteht man unter einem männlichen Ernährermodell: „[...] ein institutionelles Regime [...], in dem Frauen bei der Geburt eines Kindes zum Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit ermutigt werden und den Vätern die Versorgerrolle zugeschrieben wird“ (BMFSFJ 2006: 7).

Der Wandel der Familie findet aufgrund gesamtgesellschaftlicher Entwicklungstendenzen statt und lässt sich an mehreren Fakten ablesen: Die Pluralisierung der Lebensformen (bspw. alleinerziehende Eltern, vollzeiterwerbstätige Eltern oder nicht miteinander verheiratete, zusammenlebende Eltern) und demographische Trends (bspw. Abnahme der Kinderzahlen und Eheschließungen bei gleichzeitiger Erhöhung des Heiratsalters und der Zahl der Eheschließungen) (Nave-Herz 2003: 105ff.).

2.1.4. Familienmodelle und Einflussfaktoren auf die Familienmodellwahl

In Folge der vorab dargestellten Entwicklungen verliert das männliche Ernährermodell an Relevanz und wandelt sich zunehmend zu anderen Familienmodellen hin. Dieser traditionellen Familienkonstellation steht ein Modell zweier erwerbstätiger Erwachsener

gegenüber, das sogenannte „adult worker model“. Hierbei handelt es sich um ein Familienmodell, bei dem sowohl Männer als auch Frauen ein eigenständiges Einkommen erzielen und die Verantwortung für Haus- und Familienarbeit teilen. Dennoch muss in diesem Kontext angemerkt werden, dass die Ablösung des männlichen Alleinverdienermodells keineswegs zur Dominanz eines spezifischen Familienmodells führt. Es kann vielmehr unterstellt werden, dass verschiedene Formen alternativer „dualer“ Familienmodelle entstanden sind (Träger 2009: 29, 31).

Es hat sich ein Wandel zur sogenannten „adult worker model family“ (Lewis 2004: 63) vollzogen. „In diesem Modell erwerben beide, Mann und Frau, ein Einkommen, wobei offen bleibt, ob sie dies durch Teilzeit- oder Vollzeitbeschäftigung tun“ (ebd.), so Lewis. Es lassen sich drei hauptsächliche Kategorien feststellen:

- 1) Das *männliche Alleinverdienermodell*, in dem der Mann erwerbstätig ist und die Frau die unbezahlte Familienarbeit übernimmt;
- 2) die *modernisierte Erwerbskonstellation* impliziert Teilzeitbeschäftigung der Frau sowie ihre Hauptverantwortung für Hausarbeit und Betreuung der Kinder;
- 3) ein *egalitäres Modell*, in dem bezahlte und unbezahlte Arbeit zwischen beiden Partnern gleichverteilt ist (BMFSFJ 2012a: 70).

Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass der Familienbegriff nicht eindeutig definiert kann. Es lassen sich grundlegende Merkmale feststellen, die für Familie charakteristisch sind. Laut einer der verbreitetsten Auffassungen bekommt Familie erst dadurch ihren Status, wenn Ehe- oder Lebenspartner Eltern werden. Die Basis für Familie ist demnach das *Vorhandensein von zwei Generationen*. Familie erweist sich als eine sich mit der Zeit wandelnde soziale Institution. Es finden familiäre Veränderungsprozesse statt, indem die traditionelle Familienform an Dominanz verliert und andere Familienformen an Bedeutung gewinnen. Dies bietet den Partnern Verhandlungsspielräume für neue Erwerbs- und Familienarbeitskonstellationen an. Allein die Entscheidung der Eheleute für eine bestimmte Erwerbsform wird nicht automatisch zum Erfolg führen, da die Vereinbarkeit von Familie und Beruf der von der Politik geleiteten, umfangreichen familienfreundlichen Maßnahmen bedarf. An dieser Stelle scheint es angebracht zu sein, das Politikfeld „Familienpolitik“ unter die Lupe zu nehmen. Dieses soll im folgenden Unterkapitel geschehen.

2.2. Familienpolitik allgemein

Da nationale Familienpolitiken in unterschiedlichen Staaten auf diverse Art und Weise konzipiert und die Aufgaben von Familienpolitik unterschiedlich definiert werden, wird daher im Folgenden ausschließlich auf zentrale theoretische Grundzüge von Familienpolitik

eingegangen, unabhängig von nationalen Schwerpunkten. Eine detaillierte Abhandlung der jeweiligen familienpolitischen Ausrichtungen von ausgewählten Untersuchungsländern erfolgt im vierten Kapitel.

2.2.1. Definition von Familienpolitik

„Gute Familienpolitik schreibt Eltern nicht vor, wie sie ihr Leben mit Kindern organisieren. Die Entscheidung, wie Mütter und Väter gemeinsam in den unterschiedlichen Lebensphasen für das Familieneinkommen, die Erziehung der Kinder und füreinander Sorge tragen, ist eine zutiefst private Angelegenheit, die die Politik zu respektieren hat. Es ist aber die Aufgabe von Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen Menschen ihren Wunsch, eine Familie zu gründen, verwirklichen, in denen Familien sich entfalten und den von ihnen gewünschten Lebensentwurf leben können und in denen ihre Leistung für Staat und Gesellschaft angemessen honoriert wird“ (Bär 2010: 21).

Dieses eingangs aufgeführte Zitat gibt zu erkennen, dass sich die Qualität der Familienpolitik daran feststellen lässt, dass seitens des Staates keine Vorschreibung für bestimmte Lebensweisen und Lebensorganisation des Familienalltags erfolgt, sondern alle Familien in ihrer Entscheidung, wie sie leben möchten, mit gleichem Respekt behandelt werden. Familien müssen also Wahlfreiheit haben. Darüber hinaus muss eine Familienpolitik darauf gerichtet sein, die Lebensqualität der Familien zu steigern, indem man bestimmte Rahmenbedingungen schafft und Leistungen bereitstellt, die Menschen in ihrem Wunsch stärken, Familie zu gründen und Kinder zu bekommen. Es kann also von einer qualitativ guten Familienpolitik gesprochen werden, wenn die beiden Voraussetzungen erfüllt werden.

2.2.2. Abgrenzung der Familienpolitik

Familienpolitik genießt heutzutage eine relativ gesonderte Stellung in den soziologischen Theorien des Wohlfahrtsstaates und rückt stärker in das politische Blickfeld. Als mögliche Ursache dafür ist der familiäre Wandel zu nennen: Die traditionelle Ernährerfamilie wird zugunsten egalitärer Familienmodelle zunehmend erodiert, die Frauenerwerbstätigkeit steigt und es ist ein Geburtenrückgang zu konstatieren (Bujard 2011: 377). Dieses Politikfeld wurde ziemlich spät und in einigen Ländern äußerst zögerlich institutionalisiert (Blum 2012: 43). Familienpolitik lässt sich konzeptionell schwer von anderen Bereichen des Wohlfahrtsstaats trennen. Diese kann entweder als eine Dimension des Wohlfahrtsstaates, wo Familienpolitik durch seinen Querschnittscharakter geprägt ist, in dem sie die unterschiedlichen Politikfelder mit einbezieht (bspw. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Gesundheits-, Jugend- oder Bildungspolitik) oder als *separates Ressort des Wohlfahrtsstaates* mit eigenen Einrichtungen und Maßnahmen angesehen werden. Die letztgenannte Variante umfasst ausschließlich primäre Aufgaben der Familienpolitik, während Leistungen für Behinderte, Arbeitslose oder Kranke ausgeschlossen werden (Bahle 1995: 17f.).

Familienpolitik steht mehreren Politikfeldern sehr nahe und lässt sich aufgrund dieser vielfältigen Überschneidungen nicht einfach abgrenzen. Nichtsdestotrotz wird unter

Familienpolitik in der vorliegenden Arbeit „ein eigenständiger Bereich des Wohlfahrtsstaates mit spezifischen Einrichtungen und Maßnahmen“ (Bahle 1995: 18) verstanden, der sich am Bedarf der Familien an dem Schutz und der Förderung orientiert.

2.2.3. Familienpolitische Instrumente

Familienpolitische Maßnahmen werden in erster Linie an Eltern gerichtet, da die Lebensqualität der Kinder vor allem nur über ihre Eltern beeinflusst werden kann. „Familienförderung ist in diesem Sinne als kombinierte Wirkung rechtlicher, ökonomischer, ökologischer und pädagogischer Maßnahmen zu begreifen“ (Lee 1999: 32). Zu diesen Interventionsformen werden solche klassischen Instrumente der Familienpolitik wie Geld- bzw. Infrastrukturleistungen, Recht sowie Kommunikation gezählt (Gerlach 2010: 257). Rechtliche Interventionen der Familienpolitik beinhalten individuelle und kollektive Schutzrechte, bspw. solche wie Mutter-, Jugend- oder Arbeitsschutzrechte. Zu ökonomischen Interventionsformen gehören öffentliche finanzielle Geldleistungen (bspw. Erziehungs-, Kindergeld, Ehegattensplitting etc.) sowie Sachleistungen (bspw. Kindergartenplätze oder Erziehungsurlaub). Zum ökologischen Instrumentarium der Familienpolitik können solche Familienleistungen wie Bereitstellung von günstigem Wohnraum oder von familienbezogenen kommunalen Infrastruktureinrichtungen gerechnet werden. Die pädagogische Intervention zielt darauf ab, spezifische Handlungskompetenzen durch Bildung, Beratung oder andere informative Anstrengungen zu erhöhen (Lee 1999: 32ff.).

2.2.4. Typologien von Familienpolitik

In Anlehnung an die von Gauthier herausgearbeiteten Vierer-Typologie können folgende Familienmodelle in Europa unterschieden werden (vgl. hierzu Kap. 3.1.):

- 1) Das „pro-traditional model“ bzw. *das deutsche Modell* subventioniert traditionelles Ernährermodell, bei dem der Mann in der Regel erwerbstätig ist und die Frau die Rolle der Hausfrau innehat. Es findet eine hohe staatliche Geldförderung der Familien statt, während die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wenig ermöglicht wird. Dieses Familienmodell ist in Deutschland zu finden.
- 2) Das „pro-egalitarian model“ bzw. *das skandinavische Modell* orientiert sich auf die Gleichstellung von Frauen und Männern und Unterstützung erwerbstätiger Eltern. Dank den familienfreundlichen Rahmenbedingungen wird es erwerbstätigen Eltern ermöglicht, Erwerbs- und Familienarbeit unter einen Hut zu bringen. Als Länderbeispiele für dieses Familienmodell sind Schweden und Dänemark zu nennen.
- 3) Das „pro-family but non-interventionist model“ bzw. *das angelsächsische Modell* ist in Großbritannien vorherrschend. Da Familie nach diesem Modell als Privatangelegenheit angesehen wird, hält sich somit der Staat bei der Familienförderung zurück.

- 4) Das „pro-family/pro-natalist model“ bzw. *das französische Modell*, welches sich durch seine pronatalistische Ausrichtung auszeichnet. Der Staat versucht mit Hilfe von Geldtransfers das Geburtenverhalten positiv zu beeinflussen sowie die Erwerbstätigkeitsquoten der Frauen zu steigern, in dem das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen quantitativ ausgebaut wird. Als europäischer Repräsentant dieses Familienmodells gilt Frankreich (Gauthier 1996: 203ff.; BMFSFJ 2003: 7).

Es kann noch ein weiteres Familienmodell hinzugefügt werden, das mehrere Typen in sich vereinen und somit eine gewisse Hybridität aufweisen kann:

- 5) *Das südeuropäische Modell* zeichnet sich dadurch aus, dass einerseits die Familienpolitik wie im angelsächsischen Modell nicht interventionistisch ausgerichtet ist, aber andererseits Traditionen wie im deutschen Familienmodell eine bedeutende Rolle spielen, wonach der Staat die Familie als soziale Institution zu bewahren versucht (BMFSFJ 2003: 7).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Familienpolitik eines der Politikfelder ist, die derzeit ausschließlich auf der Ebene der Nationalstaaten geregelt wird. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wird unter Familienpolitik ein eigenständiges Ressort des Wohlfahrtsstaates mit eigenen Einrichtungen und Maßnahmen verstanden. Familienpolitik zielt in erster Linie darauf ab, bessere Rahmenbedingungen für Familien zu schaffen bzw. diese zu optimieren sowie Familien mit Hilfe von bestimmten politischen Maßnahmen zu fördern. Es existiert kein einheitliches familienpolitisches Leitbild, da jedes Land aufgrund seiner jeweiligen länderspezifischer Traditionen und politischen Konstellationen unterschiedliche Schwerpunkte in die familienpolitische Thematik setzt. Dennoch können europäische Staaten in Hinsicht auf ihre spezifische Ausrichtung der familienpolitischen Praxis in ein bestimmtes Familienmodell eingruppiert werden. Gauthier unterscheidet vier grundlegende Familientypologien, die sich in dem ihnen zugrundeliegenden Typus der Familie unterscheiden.

3. Familienfreundlichkeit als empirisches Konzept

3.1. Wohlfahrtslogiken nach Esping-Andersen

3.1.1. Definition des Wohlfahrtsstaats

Da sich die Familienpolitik eines Landes aus einer Vielzahl von Faktoren (bspw. Familienleitbilder, Traditionen, Sozialstaatskonzepte etc.) ableiten lässt und die historischen Entwicklungen dabei eine große Rolle spielen, so bedarf der internationale Ländervergleich eines Vergleichsschemas, das es ermöglicht, unterschiedliche Systeme nach heuristischen Prinzipien vereinfacht darzustellen.

Zunächst bietet sich an den Wohlfahrtsstaatsbegriff zu definieren. Wohlfahrtsstaat wird im engeren Sinne „ein formales Gebilde, in dem politisch-administrative Instanzen (Ämter, Funktionsträger etc.) über ein Mandat verfügen, bestimmte Wohlfahrtsziele (bspw. Absicherung gegen Krankheits- oder Erwerbslosigkeitsrisiken) durch geeignete Maßnahmen umzusetzen“ (Bode 2013: 26) verstanden. Eine erweiterte Definitionsfassung geht davon aus, dass der Wohlfahrtsstaat „ein vielgliedriges Gebilde“ (ebd.: 26) ist, in dem sich nicht-staatliche Akteure an der Begründung und Implementierung sozialer Schutzprogramme beteiligen. Laut Bode spielen die Konstruktion der Infrastruktur und die darin beteiligten Instanzen „eine nicht unerhebliche Rolle für das, was der Wohlfahrtsstaat letztlich zu Stande bringt (ebd.: 30). Nach einer allgemeinen sozialwissenschaftlichen Begriffsbestimmung des Wohlfahrtsstaates soll nun auf die Sichtweise des dänischen Soziologen Esping-Andersen eingegangen werden. Unter einem Wohlfahrtsstaat versteht er folgendes:

„The welfare state is something other than whatever menu of social benefits a state happens to offer. [...] [T]he welfare state is more than social policy; it is a unique historical construction, an explicit redefinition of what the state is all about. [...] A welfare regime can be defined as the combined, interdependent way in which welfare is produced and allocated between state, market and family“ (Esping-Andersen 1999: 34f.).

3.1.2. Operationalisierung der Regime-Typologie von Esping-Andersen

Im Rahmen der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung klassifizierte Esping-Andersen europäische Sozialstaatsmodelle nach einer einfachen Typologie. In seinem Werk „The Three Worlds of Welfare Capitalism“ (1990) unterscheidet er drei Regime der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung, nämlich das „liberale“, das „konservativ-korporatistische“ und das „sozialdemokratische“ Regime und erarbeitet zentrale Kriterien, nach denen Länder einem bestimmten Wohlfahrtstypus zugeordnet werden können (Esping-Andersen 1990: 18ff.).

Diese drei Wohlfahrtstypen bilden die Basis in der vorliegenden Arbeit für die empirische Untersuchung der Familienfreundlichkeit anhand ausgewählter Indikatoren in einem jeweils prototypischen Staat: Deutschland kann nach der Typologie von Esping-Andersen als ein konservativer, Schweden als ein sozialdemokratischer und Großbritannien als ein liberaler Wohlfahrtsregimetyt definiert werden.

Die Operationalisierung des Regime-Konzeptes erfolgt mit Hilfe von drei zentralen Unterscheidungskriterien, die im Folgenden dargestellt werden (Esping-Andersen 1990: 21ff.; Esping-Andersen 1999: 45, 61ff.; Lessenich 2003: 83f.; Holtmann 2012: 10f.; 94ff.):

- 1) das Ausmaß der *De-Kommodifizierung* meint „die Verteilung nicht-marktförmiger Mittel durch den Wohlfahrtsstaat mit dem Ziel, für den einzelnen eine Emanzipierung von der Marktabhängigkeit zu erreichen“ (Holtmann 2012: 96). Das heißt, dass eine Person einen Anspruch auf die Gewährung staatlicher Transfer- und sozialer Unterstützungsleistungen haben kann, ohne dass ihre Arbeit auf dem Arbeitsmarkt verkauft wird. Die zentralen

Säulen sozialstaatlicher Sicherung Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung stellen die drei wichtigsten Faktoren dar, die den Grad der De-Kommodifizierung widerspiegeln. In seiner Untersuchung der Lohnersatzhöhe im Risikofall zeigt Esping-Andersen anhand einer vergleichenden Darstellung von 18 Industriestaaten, dass je höher der Gesamtwert aller drei Indizes ausfällt, desto höher ausgeprägt ist der De-Kommodifizierungsindex eines Landes (Esping-Andersen 1990: 50; Holtmann 2012: 97).

- 2) der Grad der *Stratifizierung* spiegelt den Umfang der sozialen Ungleichheit in einer Gesellschaft wider. Der Wohlfahrtsstaat ist in diesem Kontext laut Esping-Andersen „an active force in the ordering of social relations“ (Esping-Andersen 1990: 23), der soziale Differenzen ausgleichen und Lebenslagen in aktiver und direkter Weise strukturieren kann (Esping-Andersen 1998: 39). Zur Bestimmung der sozialen Schichtung einer Gesellschaft werden drei Dimensionen in Betracht gezogen: Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus (Esping-Andersen 1990: 69f.; Holtmann 2012: 99f.), die mithilfe bestimmter Indikatoren erfasst werden. Korporatismus¹, gemessen als Anzahl öffentlicher Pensionsfonds, und Etatismus², gemessen als Anteil der staatlichen Rente für Beamten am Bruttoinlandsprodukt, sind zwei Indikatoren, die konservativ-korporatistische Prinzipien der Stratifizierung abbilden. Das Ausmaß bedürftigkeitsgeprüfter Leistungen, private Ausgaben für Altersvorsorge und private Ausgaben für Gesundheit sind laut Esping-Andersen drei stratifizierende Elemente der Liberalismus-Dimension, wo die individuelle Verantwortlichkeit jedes Individuums groß geschrieben wird. Die Sozialismus-Dimension wird durch zwei Indikatoren erfasst: Universalismus und Gleichheit der Auszahlungen. Unter dem sozialistischen Prinzip des Universalismus wird der Bevölkerungsanteil gemeint, der zu den Programmen im Falle der Krankheit, Arbeitslosigkeit und Renteneintrittsalters Zugang hat. Der zweite Indikator misst das Verhältnis von maximaler zu minimaler Unterstützung durch Sozialleistungen (Holtmann 2012: 99ff.).
- 3) die Organisation der sozialen *Sicherungssysteme* impliziert die jeweils unterschiedliche Rolle und ein spezifisches Zusammenspiel der drei Versorgungsinstitutionen Staat, Markt und Familie in der Gesellschaft. Der Wohlfahrtsstaat ist laut Esping-Andersen als eine Schnittstelle zwischen Markt, Staat und Familie zu verstehen (Lessenich/Ostner 1998: 12, 36).

¹ „Korporatismus ist ein politisch-wissenschaftlicher Begriff, der bestimmte Formen der Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen an politischen Entscheidungsprozessen beschreibt“ (Schubert/Klein 2011: 171).

² „Bezeichnung für eine politische Anschauung, die dem Staat eine (alles) überragende Bedeutung im wirtschaftlichen und sozialen Leben einräumt und i. d. R. mit zentralistischen Staatsauffassungen verbunden ist“ (Schubert/Klein 2011: 91).

In Folge der Kritik seitens der feministischen Forschung fügte Esping-Andersen (1999) noch ein weiteres Kriterium in seine Regime-Typologie hinzu. Man warf seinem Modell vor, dass die unbezahlte Familienarbeit, die vor allem von Frauen verrichtet wird, nicht als eigenständige geschlechtsspezifische Dimension des Wohlfahrtsstaates berücksichtigt wurde (Träger 2009: 23). Es gibt noch weitere Kritikpunkte an Esping-Andersens Regimetyologie, auf die später eingegangen werden soll. Zudem soll die feministische Kritik näher beleuchtet werden (näher dazu Kap. 3.1.4).

- 4) das Niveau der *De-Familialisierung* wird erfasst durch das Angebot an Dienstleistungen zur Entlastung der Frauen von familialer Hausarbeit (Esping-Andersen 1999: 45, 61ff.).

3.1.3. „The Three Worlds of Welfare Capitalism“

Aus der Analyse der oben dargelegten Prinzipien ergeben sich nach Esping-Andersen drei Wohlfahrtstypen, die im Folgenden erörtert werden:

- 1) Der *liberale* Wohlfahrtsstaatstyp ist gekennzeichnet durch starke Stellung des Marktes, während die Rolle des ausgleichenden Wohlfahrtsstaates eher residual ist. Die Auszahlung der Sozialfürsorge findet erst nach der strengen Bedarfsprüfung der Vermögens- und Einkommenssituation statt. Universelle Transferleistungen sind in ihrem Umfang bescheiden gehalten. Soziale Sicherung wird lediglich einer kleinen Minderheit am unteren Rand der Gesellschaft gewährleistet. Der Markt wird durch den Staat sowohl in passiver als auch in aktiver Form gefördert, indem niedrige Leistungen angeboten sowie private Sicherungsformen subventioniert werden. Die individuelle Eigenverantwortlichkeit der Individuen steht im Zentrum. Infolgedessen zeichnet sich der liberale Regimetyyp durch minimale de-kommodifizierende Effekte aus. Da der Geltungsbereich sozialer Rechte eingeschränkt und somit eine Schichtungsordnung hergestellt wird, werden bestehende Ungleichheiten dadurch enorm verschärft. Als Prototypen für dieses Regime gelten die Vereinigten Staaten, Kanada und Australien. Im europäischen Raum dominieren die wirtschaftsliberalen Prinzipien vor allem in Großbritannien und Irland (Esping-Andersen 1990: 26f.; Esping-Andersen 1998: 43; Holtmann 2012: 101).
- 2) Zu den ausgeprägten Repräsentanten für das zweite Regimemodell, dem *konservativ-korporatistischen* Wohlfahrtsstaatstyp, werden nach Esping-Andersen Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland und Italien gezählt. Das sind Länder, die zentrale idealtypische Elemente aller drei Regime miteinander vermischen, wobei konservative Eigenschaften am stärksten zum Vorschein kommen (Esping-Andersen 1990: 74). Dieses Regime zeichnet sich nach Esping-Andersen dadurch aus, dass Familie im Dreieck der Wohlfahrtsproduktion eine zentrale Rolle spielt, während die Rolle des Staates subsidiär

und die des Marktes eher marginal ausgeprägt sind. Die De-Kommodifizierung ist mittelmäßig ausgeprägt, da die behelfsmäßige Position des Staates den Markt als Wohlfahrtsproduzenten verdrängt. Die bestehenden Statusunterschiede werden erhalten. Von daher kann man von dem „[s]tatus-konservierenden“ (Holtmann 2012: 11) Charakter dieses Regimes sprechen. Der konservative Regimetyp verfügt über ein hoch entwickeltes Sozialversicherungssystem, das sich auf den typischen Einverdienerhaushalt stützt und in dem die Leistungen an die vorher erbrachten Beiträge gekoppelt sind. Der Staat greift also nur in dem Falle ein, wenn die finanziellen Reservoirs der Familie vollständig erschöpft sind. Die traditionellen Familienleitbilder und -formen werden durch den Einfluss der Kirche aufrechterhalten sowie durch die staatlichen Maßnahmen unterstützt. Kinderbetreuungseinrichtungen sind zum größten Teil unterentwickelt. Die Nichterwerbstätigkeit der Mütter wird unterstützt (Esping-Andersen 1990: 27; Esping-Andersen 1998: 44).

- 3) Der *sozialdemokratische* Wohlfahrtsstaat verdankt seinen Namen der Sozialdemokratie, weil laut Esping-Andersen „social democracy [...] clearly the dominant force behind social reform“ war (Esping-Andersen 1990: 27). Als ausgeprägte Länderbeispiele sind vor allem Schweden, Norwegen, Finnland und Dänemark zu nennen. Diese Staaten sind insbesondere durch universalistische Wohlfahrtsverantwortung, soziale Gleichheit auf höchstem Niveau und starke De-Kommodifizierung geprägt. Jeder Mensch hat unabhängig von seinem ökonomischen Status ein gleiches Recht auf die Inanspruchnahme allgemeiner sozialer Grundsicherung (Lessenich 2003: 86). In den sozialdemokratischen Ländern werden die Einkommensungleichheiten niedrig gehalten, indem durch steuerliche Umverteilung die Brutto-Einkommensungleichheit minimiert wird (Holtmann 2012: 142). Durch de-kommodifizierende und universalistische Programme wird der Markt in seiner Rolle zurückgedrängt und universale Solidaritätsprinzipien in dem Wohlfahrtsstaat kommen zum Tragen. Der sozialdemokratische Regimetyp vergibt die Leistungen direkt an Kinder, übernimmt die Verantwortung für soziale Dienste in die Betreuung von Kindern, Kranken und die Pflege im Alter und bietet den Frauen die Möglichkeit, sich für Erwerbstätigkeit zu entscheiden, indem das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen stark ausgebaut wird. Das sozialdemokratische Regime finanziert sich größtenteils über Steuern. Demzufolge kann das Steueraufkommen ausschließlich durch die hohe Erwerbsbeteiligung von allen Bevölkerungsgruppen maximiert und somit die extrem hohen Kosten eines universalistischen, solidarischen und de-kommodifizierenden Wohlfahrtsstaats auf minimalen Niveau gehalten werden (Esping-Andersen 1990: 27f.; Esping-Andersen 1998: 45f).

Esping-Andersen weist darauf hin, dass diese Wohlfahrtsregime idealtypischer Natur sind, da sie in ihrer reinsten Form in der Realität so nicht vorkommen (Esping-Andersen 1990: 28). In allen drei Realtypen dominieren inhärente idealtypische Züge, gleichzeitig inkorporieren sie aber etliche Merkmale anderer Regimetypen (ebd.: 28f.).

3.1.4. Kritik an Wohlfahrtsstaatstypologie von Esping-Andersen

Die feministische Kritik bemängelt an der Theorie- und Typenbildung von Esping-Andersen, dass die Geschlechterdimension ausgeblendet sowie das Kriterium der De-Kommodifizierung nicht hinreichend berücksichtigt wird (Stern 2007: 25; Obinger/Wagschal 1998: 112). De-Kommodifizierung ist nicht für beide Geschlechter positiv, so der Kritikpunkt. Während Männer als Alleinverdiener von der De-Kommodifizierung profitieren können, sind Frauen auf das Einkommen des Ehemanns angewiesen. Infolgedessen erweist sich nicht die De-Kommodifizierung, sondern die (Re-)Kommodifizierung für Frauen als ein Wohlstandsindikator, also der Zugang zur Erwerbstätigkeit. Um den Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen, müssen sie von familialen Arbeiten befreit werden. In diesem Fall spricht man von der De-Familialisierung der Frauen. Hierfür gibt es verschiedene Möglichkeiten: entweder in Form von institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen oder in Form von privaten Tagespflegepersonen. Esping-Andersen reagierte auf die Kritik und vervollständigte sein Konzept der De-Kommodifizierung, indem er das Konzept der De-Familialisierung hinzufügte (Blum 2012: 66f.).

Leitner wirft der empirischen Messung der De-Familialisierung von Esping-Andersen vor, dass diese zwar die Ergebnisse wohlfahrtsstaatlicher Rahmenbedingungen widerspiegelt, diese bildet aber keine Informationen weder zur strukturellen Ausgestaltung dieser Rahmenbedingungen noch zur Verbindung zwischen Strukturen und Ergebnissen ab (Leitner 2013: 23). Um Familialismus operationalisieren zu können, müssen sowohl familisierende als auch de-familisierende Maßnahmen analysiert werden, so Leitner. Zu familisierenden Maßnahmen, die Familien in der Erbringung von familialen Betreuungsarbeiten unterstützen, zählt sie Zeitrechte wie bspw. Elternurlaub und monetäre Transfers für familiäre Hausarbeit wie bspw. Elterngeld. De-familisierende Maßnahmen implizieren Angebotsstrukturen, die von unterschiedlichen Akteuren bereitgestellt werden können. Dazu zählen bspw. Kinderbetreuungseinrichtungen (vgl. ebd.: 24ff.). Zudem kann zwischen positiven und negativen Maßnahmen der (De-)Familialisierung unterschieden werden. Die positiven Maßnahmen der (De-)Familialisierung stellen sozialpolitische Angebote für Familien dar, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen bzw. verbessern. Negative (de-)familisierende Maßnahmen wirken durch Zwang auf die Familien, sodass vor allem Frauen

wieder verstärkt auf familiäre Unterstützung von Ehemann angewiesen sind (Leitner/Ostner/Schratzenstaller 2004: 17ff.).

Als weiterer Kritikpunkt wird eine unzureichende Berücksichtigung der Längsschnittdimensionen genannt. Die Bezeichnung „Idealtyp“ wird von einigen Kritikern in Frage gestellt, da sich Regimetypen mit der Zeit angleichen oder einander beeinflussen können und sind somit nicht in reinster Form zu finden. Stattdessen werden solche Termini wie „komparative Typen“ (zitiert nach Kutschera 1972 in Obinger/Wagschal 1998: 113) oder „Extremtypen“ (zitiert nach Hempel 1993 in Obinger/Wagschal 1998: 113) vorgeschlagen.

Schließlich wirft man der dreipoligen Typologie von Esping-Andersen vor, dass in der Realität mehr als drei Wohlfahrtstypen identifiziert werden können. Es folgen mehrere Typologisierungsvorschläge von Wissenschaftlern, die die empirische Widerstandskraft der „The Three Worlds of Welfare Capitalism“ in Frage stellen (Obinger/Wagschal 1998: 114f.).

3.1.5. Erweiterung der Regime-Typologie von Esping-Andersen

Die am häufigsten verwendete Unterscheidung der Wohlfahrtsregime nach Esping-Andersen wurde im Laufe der Zeit um einige weitere Typen erweitert. Inzwischen können sechs Idealtypen von Wohlfahrtsstaatstypen unterschieden werden. Neben den drei fundamentalen Idealtypen treten das familistische Regime mit Prototyp Italien, das postsozialistische Regime mit osteuropäischen Ländern sowie das produktivistische Regime Ostasiens („asiatischer Kapitalismus“) hervor (Holtmann 2012: 20; Holtmann 2012a: 324). Der familistische Wohlfahrtsstaatstyp wird in der Typologie von Esping-Andersen zu dem konservativen Regime gezählt. Dennoch können zwischen südeuropäischen und nordeuropäischen Staaten gewisse Differenzen in der Rolle von Familie festgestellt werden, die eine präzisere Unterscheidung als angebracht erscheinen lassen. Demnach gilt Familie als zentralste Wohlfahrtsinstitution neben den residualen staatlichen Absicherungen in den familistischen Wohlfahrtsstaaten Südeuropas, während im konservativen Regime die Rolle der Sozialversicherungen eine entscheidende Rolle spielt. Griechenland, Spanien, Portugal, Malta und Zypern sind weitere Länder dieses Regimes. Die postsozialistischen Wohlfahrtsstaaten (bspw. Bulgarien, Rumänien, Tschechien, Slowakei, Polen, Lettland, Estland, Litauen) weisen eine staatssozialistische Vergangenheit auf, obwohl sich Länder dieser Gruppe in mehreren Aspekten voneinander unterscheiden. Die osteuropäischen Beitrittsländer der Europäischen Union haben sich von dem staatssozialistischen Wohlfahrtsregime bereits distanziert, so Holtmann (Holtmann 2012: 20). Die Länder befinden sich immer noch in der Phase der Transformation der politischen Systeme, deswegen ist der Prozess der Ausdifferenzierung noch nicht abgeschlossen. Japan erweist sich als ein Misch-Typ, in dem sowohl konservative als auch wirtschaftsliberale Elemente zum Vorschein

kommen, kann aber dennoch dem Typus des asiatischen Kapitalismus zugeordnet werden (vgl. ebd.: 15ff.).

Bezugnehmend auf die oben dargestellte wohlfahrtsstaatliche Typologie nach Esping-Andersen, den Familienpolitikprofilen nach Gauthier sowie den Varianten von Familialismus nach Leitner können drei Idealtypen von Wohlfahrtsregimen nach zentralen Untersuchungskriterien in der Tab. 3 resümierend präsentiert werden.

Tabelle 1: Die Charakteristik der drei Wohlfahrtsregimetypen nach Esping-Andersen (1990), Gauthier (1996) und Leitner (2013)

	Liberaler Wohlfahrtsregimetyp	Sozialdemokratischer Wohlfahrtsregimetyp	Konservativer Wohlfahrtsregimetyp
Wurzeln	Beveridge		Bismarck
Prototyp	Angelsächsische Länder	Skandinavische Länder	Kontinentaleuropäische Länder
Untersuchungsland	Großbritannien	Schweden	Deutschland
Stratifizierung	geringe Umverteilung, Verschärfung der Ungleichheit	Gleichheit und Solidarität auf höchstem Niveau	geringe Umverteilung, Verfestigung der Ungleichheit
Rolle des Staates (Zentrale staatliche Prinzipien)	Fürsorgeleistungen (Marktlogik)	Universale Leistungen (Universalismus)	Sozialversicherungen (Sicherheit)
Rolle des Marktes (De-Kommodifizierung)	minimale De-Kommodifizierung	maximale De-Kommodifizierung	mittlere De-Kommodifizierung
Rolle der Familie	weniger wichtigere Rolle der Familie als die des Marktes	individuelle Unabhängigkeit	wichtige Rolle
Familienpolitikprofil nach Gauthier (1996)	„Pro-familiales, nicht interventionistisches Modell“	„Pro-egalitäres Modell“	„Pro-traditionelles Modell“
Typ von Familialismus nach Leitner (2013)	De-Familialismus	Optionaler Familialismus	Expliziter Familialismus

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Holtmann 2012: 16f., Dörfler/Mühling/Schwarze 2011: 45; Leitner 2013: 26f.

3.2. Familienfreundlichkeit: Begriffsbestimmung

Eine einheitliche Definition des Familienfreundlichkeitsbegriffs gibt es derzeit nicht. Die Bestimmung des Begriffs hängt vor allem von dem jeweiligen Forschungsrahmen ab. Es empfiehlt sich jedoch Familienfreundlichkeit möglichst weit zu fassen, um dem soziologischen Phänomen der Familie möglichst gerecht zu werden.

In Anlehnung an die Ergebnisse des Monitors Familienforschung „Familienfreundlichkeit vor Ort“ spielt die Trias von Zeit, Geld und einer guten Infrastruktur eine entscheidende Rolle bei der Steigerung der Lebensqualität von Familien. Unter Familienfreundlichkeit wird im Rahmen dieser Untersuchung folgendes verstanden:

„Familienfreundlichkeit heißt, Familien ganzheitlich in ihrem Lebensverlauf in einem gelingenden Familienleben zu unterstützen und denjenigen, die (noch) keine Kinder haben, die Entscheidung für ein Leben mit Kindern zu erleichtern. Familienfreundlichkeit setzt sich aus verschiedenen Elementen zusammen: dazu gehören die finanzielle Unterstützung von Familien, der Aufbau einer adäquaten Infrastruktur vor Ort und die Schaffung einer familienfreundlichen Grundstimmung in der Kommune“ (zitiert nach Höffinger/Lipinski 2005 in BMFSFJ 2007: 6).

3.3. Indikatoren für Familienfreundlichkeit

Da sich der Begriff der Familienfreundlichkeit schwer fassen und eine einheitliche Definition nicht finden lässt bzw. auch individuell zu betrachten ist, unterscheiden sich auch deshalb die Indikatoren zur Messung der Familienfreundlichkeit. In diversen Studien zur Familienfreundlichkeit werden unterschiedliche Indikatoren zur Analyse herangezogen.

Die Auswahl der Indikatoren für Familienfreundlichkeit, die in der vorliegenden Arbeit verwendet werden, stützt sich teilweise auf die empirische Untersuchung „Potenziale erschließen – Familienatlas 2005“ vom BMFSFJ.

Für die empirische Analyse der Familienfreundlichkeit im internationalen Vergleich wird im Rahmen dieser Arbeit ein Indikatoren-Set entwickelt, welches sich aus insgesamt 12 Indikatoren aus unterschiedlichen Themenkategorien zusammensetzt. Die Indikatoren werden in 4 unterschiedliche inhaltliche Kategorien zusammengefasst: Demografie, familienbezogene Transfers, Betreuungsinfrastruktur für Kinder sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Pro Untersuchungsebene werden zwei bis vier verfügbare Indikatoren ausgewählt. Es sind nur solche Indikatoren in die Auswahl aufgenommen worden, für die verlässliche Informationen verfügbar sind. Empirische Grundlage für die Untersuchung stellen die Datenbasen von Eurostat und OECD dar.

Die Auswahl der Untersuchungskategorien orientiert sich sowohl an den zentralen familienpolitischen Dimensionen als auch an die im theoretischen Teil der Arbeit dargelegten Definitionsbegriffe von Familie und Familienpolitik. Jede der vier Kategorien entspricht eine bestimmte familienpolitische Ebene. Die Zusammenstellung ist in der Tab. 4 dargestellt.

Tabelle 2: Gegenüberstellung von analytischen Kategorien und jeweiliger familienpolitischen Dimension

Untersuchungskategorien	Familienpolitische Dimension
Demografie	Demografischer Kontext
Familienbezogene Transfers	Geld
Betreuungsinfrastruktur für Kinder	Infrastruktur
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Zeit

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an BMFSFJ 2011: 21.

Im Folgenden soll nun näher auf die Darstellung der Indikatoren eingegangen werden.

1. Demografie

Für die Erfassung der demografischen Kennzahlen im internationalen Vergleich werden drei Indikatoren angewendet:

1) Fertilitätsrate

Synonym mit der Fertilitätsrate („total fertility rate“) werden Begriffe der zusammengefassten Geburten- und Gesamtfruchtbarkeitsrate verwendet. Eurostat definiert Fertilitätsrate wie folgt: „...[D]ie mittlere Anzahl lebend geborener Kinder, die eine Frau im Verlauf ihres Lebens gebären würde, wenn sie im Laufe ihres Gebärfähigkeitsalters den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der betreffenden Jahre entsprechen würde“ (Eurostat Glossar 2014). Die Höhe der Reproduktionsrate liegt bei etwa 2,1 Lebendgeburten je Frau. Dies ist ein Niveau, bei dem die Bevölkerung ohne Zu- und Abwanderung langfristig stabil bleiben würde (Eurostat 2013).

2) Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung

Mit Hilfe dieses Indikators soll gemessen werden, wie hoch der Kinder- und Jugendquotient an der Gesamtbevölkerung in einem Land ist und welches der betrachteten Länder als kinderreich bzw. kinderarm eingestuft werden kann.

3) Anteil kinderloser Frauen

Mittels dieses Indikators soll das Ausmaß der Kinderlosigkeit abgebildet werden. Als endgültig kinderlos gilt eine Frau, die nach dem Ende des gebärfähigen Alters nicht mehr ein erstes Kind bekommen wird. In der demografischen Forschung wird üblicherweise die Altersklasse von 15 bis 45 Jahren als reproduktive Phase einer Frau festgelegt, sodass das Ausmaß der endgültigen Kinderlosigkeit von Frauen erst ab dem Alter von 45 Jahren festgestellt werden kann (Kreyenfeld/Konietzka 2007: 16ff.).

2. Familienbezogene Transfers

Aus der theoretischen Sicht kommt monetären Transfers und steuerlichen Maßnahmen von staatlicher Seite eine bedeutende Rolle zu, insbesondere bei der Bekämpfung von Familienarmut (Diekmann/Plünnecke 2009: 48). Generell lassen sich familienbezogene Transfers in Geld-, Sachleistungen und Steuervergünstigungen unterteilen. Die Palette der familienpolitischen Leistungen ist insgesamt umfangreich, so dass es an dieser Stelle nicht möglich ist, sämtliche Maßnahmen in den Blick zu nehmen.

1) Öffentliche Ausgaben für Transfers am BIP: Geld- und Sachleistungen

Da Familien mit Kindern höhere Lebensunterhaltungskosten im Vergleich zu Kinderlosen haben, werden sie in vielen Ländern durch familienbezogene Transferleistungen von staatlicher Seite unterstützt (Diekmann/Plünnecke 2009: 48). Unter öffentlichen Ausgaben für Familien werden Ausgaben in Form von Geld- und Dienst- bzw. Sachleistungen verstanden. Unter Geldleistungen werden laut OECD Family Database folgende monetäre Transfers impliziert: Geburtsbeihilfe, Elternurlaub, Kindergeld sowie sonstige Barleistungen für alleinerziehende Elternteile. Unter Dienstleistungen werden Finanzierung und

Subventionierung der öffentlichen Kinderbetreuung und frühen Bildungseinrichtungen, öffentliche Ausgaben für die Jugendhilfe, Betreuung der Kinder tagsüber, Unterbringung, Einrichtungen und Haushaltshilfen für Familien in Not sowie sonstige Sachleistungen konzipiert (OECD 2013: 1).

2) Steuervergünstigungen am BIP

Da Lebenshaltungskosten von Familien mit Kindern höher sind als bei Kinderlosen, werden ihnen in manchen Staaten steuerliche Vorteile in Form von Steuervergünstigungen gewährt, um die Steuerlast abzumildern (Diekmann/Plünnecke 2009: 48). Dieser Indikator ist in die Analyse aufgenommen worden, weil er Aufschluss darüber gibt, ob der Staat neben direkten monetären Transfers eine steuerliche Entlastung für Familien mit Kindern ermöglicht und somit sie überdies in finanzieller Hinsicht stärker unterstützt.

3) Kindergeldzahlungen am BIP

„Das Kindergeld stellt eine Maßnahme dar, um gezielt Kinder zu unterstützen und ihre Existenzgrundlage zu sichern“ (ebd.: 51). Das Kindergeld stellt die wichtigste Leistung unter den Familienleistungen dar. In den einzelnen Ländern wird unterschiedlich ausgelegt, wie hoch die Kindergeldzahlungen ausfallen und welche Formalien ausschlaggebend für die Zahlung sind. Üblicherweise ist die Höhe des Kindergeldes bspw. nach der Zahl und dem Alter der Kinder gestaffelt (BMAS 2014: 101ff.).

4) Zahlungen während des Mutterschutzes und der Elternzeit am BIP

Die Indikatoren über Höhe der Zahlungen während des Mutterschutzes und der Elternzeit geben Auskunft darüber, wie stark Mütter insbesondere in der ersten Lebensphase ihres Kindes vom Staat finanziell unterstützt werden (Diekmann/Plünnecke 2009: 51).

3. Betreuungsinfrastruktur für Kinder

Die Betreuungssituation von Kindern soll mit Hilfe von zwei Indikatoren analysiert werden.

1) Betreuungsquote

Dieser Indikator gibt an, wie hoch der Anteil der in Tageseinrichtungen oder von Tagespflegepersonen betreuten Kinder an allen Kinder entsprechenden Alters in Prozent ist. Da in der öffentlichen Diskussion insbesondere die Betreuung von (Klein-)Kindern bis zum Schulpflichtalter steht, werden in der folgenden Analyse hauptsächlich zwei Altersgruppen betrachtet: die Gruppe der unter dreijährigen Kinder (0-3 Jahre) und die der über Dreijährigen (3-6 Jahre).

2) Ausgaben für Infrastruktur am BIP

Ausgaben für Kinderbetreuungsinfrastruktur stellen staatliche Unterstützungsleistungen dar, die darauf gerichtet sind, Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur für Kinder in verschiedenen Altersgruppen zu gewährleisten. Die staatlichen Ausgaben für die Kindertagesbetreuung

werden nach zwei Formen der Förderung differenziert: öffentlich geförderte Betreuungsinfrastruktur im U3-Bereich (Betreuung von Kindern unter drei Jahren) und im Ü3-Bereich (Betreuung von Kindern über drei Jahren).

4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zielt darauf ab, Familien, insbesondere Müttern, die Wahlfreiheit in Hinblick auf die Erziehung von Kindern zu gewährleisten und die Entscheidung für Kinder mit der Karriere in Einklang bringen zu können. Infolgedessen werden für diese Untersuchungskategorie solche Indikatoren ausgesucht, die eine Balance zwischen Familienleben und Erwerbstätigkeit fördern (BMFSFJ 2008: 14). Mit Hilfe von diesem Indikatoren-Set soll also die zeitliche Dimension der Familien erfasst werden.

1) Dauer des Mutterschaftsurlaubs und der Elternzeit

In einzelnen europäischen Ländern sind die Zeiträume sowohl für Mutterschutz als auch für die Elternzeit unterschiedlich geregelt. Laut BMFSFJ wird unter Mutterschutz folgendes verstanden: „Der gesetzliche Mutterschutz hat die Aufgabe, die (werdende) Mutter und ihr Kind vor Gefährdungen, Überforderung und Gesundheitsschädigung am Arbeitsplatz, vor finanziellen Einbußen sowie vor dem Verlust des Arbeitsplatzes während der Schwangerschaft und einige Zeit nach der Geburt zu schützen. Das Mutterschutzgesetz [...] gilt für alle (werdenden) Mütter, die in einem Arbeitsverhältnis stehen [...]“ (BMFSFJ 2011a). Die Elternzeit gibt erwerbstätigen Eltern eine Chance, sich der Erziehung ihres Kindes zu widmen und gleichzeitig den Kontakt zum Beruf aufrechtzuerhalten. Die Attraktivität eines Wiedereinstiegs in den Beruf wird dadurch gesteigert (BMFSFJ 2008: 14).

2) Erwerbstätigkeitsquote von Müttern

Folgendermaßen bringt das BMFSFJ die erhebliche Relevanz von hoher Erwerbsbeteiligung von Müttern am Arbeitsmarkt zum Ausdruck: „Die Erwerbstätigkeit von Frauen und insbesondere von Müttern ist ein erster Indikator für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie liefert Hinweise darauf, inwiefern sich die Familiengründung mit einer Erwerbstätigkeit in Einklang bringen lassen“ (BMFSFJ 2008: 14).

3) Teilzeitquote von weiblichen Beschäftigten

Teilzeiterwerbstätigkeit stellt eine gute Alternative für Mütter im Vergleich zu dem vollständigen Wiedereinstieg in den Beruf dar, besonders in solchen Fällen, wenn sich Mütter in der Elternzeit befinden. Zum einen geht die Zeit für Familie sowie zum anderen der Anschluss im Beruf nicht verloren. Die Teilzeitregelungen helfen zudem, langfristig Strukturen zu schaffen, die eine unkomplizierte Teilung der familialen Haus- und Betreuungsarbeit zwischen den Eheleuten ermöglichen (BMFSFJ 2008: 20f.).

3.4. Familienfreundlichkeit im europäischen Vergleich

Für den Ländervergleich werden 15 europäische Länder herangezogen, die sogenannten EU-15. Zu den EU-15 gehören folgende Staaten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden und Spanien. Das sind alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union vor der größten EU-Erweiterung, die im Mai 2004 stattgefunden hat und infolgedessen zehn Länderkandidaten aufgenommen wurden (OECD 2007). Zum internationalen Vergleich von Ausmaß der Familienfreundlichkeit werden also jeweilige Repräsentanten von vier wohlfahrtsstaatlichen Regimetypen herangezogen. Die sozialdemokratische Gruppe von Wohlfahrtsstaaten bilden neben Schweden Dänemark und Finnland. Dem wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime lässt sich neben Großbritannien noch Irland zuordnen. Die größte Ländergruppe stellen die Staaten mit konservativer Wohlfahrtslogik dar: Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande und Österreich. Zu den drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus nach Esping-Andersen kommt noch das familistische Regime mit Griechenland, Italien, Portugal und Spanien hinzu (Holtmann 2012: 24f.).

3.4.1. Demografische Situation

In Bezug auf den Vergleich auf der Basis von den Regimetypen lässt sich festhalten, dass wirtschaftsliberale, sozialdemokratische Wohlfahrtsregime sowie das konservative Frankreich über höhere Geburtenziffern verfügen, jedoch liegen ihre Fruchtbarkeitsziffern unter dem Reproduktionsniveau, während die meisten Staaten des konservativen Wohlfahrtsstaatstyps im Mittelfeld des Rankings platziert sind. Im Gegensatz dazu liegt das Geburtenniveau sowohl im familistischen Regime als auch im konservativ geprägten Deutschland auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Dementsprechend gleich fällt erwartungsgemäß der prozentuale Anteil an Kinder und Jugendlichen in den untersuchten Ländern aus. Während diejenige Staaten (IE, FR, DK, UK, SE), wo die Fertilitätsrate auf hohem Niveau ist, über hohe Prozentwerte an jungen Menschen verfügen und somit als kinderreich gelten, können Länder (ES, PT, EL, IT, DE) mit niedrigen Gesamtfruchtbarkeitsraten als kinderarm eingestuft werden. Aufgrund der unzureichenden Datenbasis über die endgültige Kinderlosigkeit lassen sich keine sicheren Schlüsse über das Ausmaß der kinderlosen Frauen im internationalen Vergleich ziehen. Es kann dennoch ein genereller kontinuierlicher Anstieg der Kinderlosigkeit identifiziert werden. Eine Ausnahme stellt in diesem Fall ausschließlich Portugal dar, wo das Ausmaß der Kinderlosigkeit um mehr als die Hälfte gesunken ist. Der demografische Wandel stellt also eine Herausforderung für die nationale Familienpolitik dar. Dies konnte anhand der jeweiligen aktuellen demografischen Situation in den europäischen Nationalstaaten gezeigt werden.

3.4.2. Familienbezogene Transfers

Der europäische Vergleich zeigt, dass die Gesamtausgaben für familienbezogene Transfers in Anlehnung an die OECD-Daten insbesondere im wirtschaftsliberalen Irland und Großbritannien, im konservativen Luxemburg und Frankreich sowie in den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten Dänemark und Schweden am höchsten sind. Differenziert betrachtet nach Art der Leistungen, lässt sich feststellen, dass konservative Wohlfahrtsregime (LU, AT, BE) sowie die wirtschaftsliberalen Länder Irland und Großbritannien am stärksten in Geldleistungen für Familien investieren. Sozialdemokratische Regime (FI, DK, SE) lassen sich im Mittelfeld des Rankings verorten, während die konservative Niederlande sowie familistische Länder den Abschluss der Liste bilden. Aufgrund so einer geringen finanziellen Unterstützung durch den Staat wird die niedrige Fertilitätsrate in Staaten mit familistischer Logik nachvollziehbar. Bei den familienbezogenen Dienstleistungen liegen die sozialdemokratischen Länder Dänemark, Schweden und Finnland sowie das konservative Frankreich mit an der Spitze. In diesen Ländern werden 1,62 - 2,27 % des BIP für Sachleistungen ausgegeben. Im unteren Drittel der Rangliste platzieren sich familistische Wohlfahrtsstaaten (ES, IT, PT, EL), das wirtschaftsliberale Irland sowie Österreich und Luxemburg mit der konservativen Logik, welche weniger als 0,85 % in familienbezogene Dienstleistungen investieren. Wenn man die Transfers nach dem Verhältnis zwischen Bar- und Sachleistungen analysiert, so lässt sich die Erkenntnis gewinnen, dass sozialdemokratische Länder vorrangig in Dienstleistungen investieren und gar keine Steuervorteile gewähren, die konservativen Wohlfahrtsstaaten in erster Linie monetäre Transfers samt großzügigen Steuervergünstigungen tätigen, während im familistischen Wohlfahrtsregime sowohl die Ausgaben für Bar- als auch für Sachleistungen sowie Steuererleichterungen auf einem erheblich niedrigen Niveau sind. Bei der Analyse der Steuervergünstigungen erweist sich Deutschland als Spitzenreiter, der den Familien umfangreiche steuerliche Vorteile gewährt. Mit an der Spitze liegt die Gruppe konservativer Wohlfahrtsstaaten: Frankreich, die Niederlande und Belgien. Im Gegensatz dazu bieten die sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten Dänemark, Finnland, Schweden sowie Luxemburg und Italien gar keine Steuervorteile für Familien an. Das wirtschaftsliberale Großbritannien liegt im Mittelfeld des Rankings. In Bezug auf Kindergeldzahlungen schneiden konservative Wohlfahrtsstaaten am besten ab. Während Großbritannien und Schweden im mittleren Drittel zu finden sind, bilden familistische Wohlfahrtsstaatsregime den Abschluss der Rangliste. Die höchsten monetären Ausgaben für Mutterschafts- und Elterngeldzahlungen im EU-15-Vergleich lassen sich im sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime feststellen, während die familistischen Staaten Italien und Griechenland sowie die konservativen Wohlfahrtsstaaten

Belgien und Österreich durch geringe Ausgaben in diesem Bereich gekennzeichnet sind. Laut der Statistik der OECD erfolgten in den Niederlanden im Jahr 2009 keine staatlichen Auszahlungen weder für Mutterschutz noch für Elternzeit.

3.4.3. Betreuungsinfrastruktur für Kinder

Es lässt sich feststellen, dass die Betreuungsquoten für Kinder unter drei Jahren in solchen Staaten wie Österreich, Griechenland, Italien, Irland und Deutschland recht weit hinten liegen, während der Anteil der Kleinkinder in skandinavischen Staaten Dänemark und Schweden, die eine formelle Kinderbetreuungseinrichtung besuchen, am höchsten ist. Erwartungsgemäß lässt sich bestätigen, dass mit steigendem Alter des Kindes sowohl die Anzahl der Kinder in Betreuungseinrichtungen als auch der zeitliche Betreuungsumfang steigt. Die höchsten Betreuungsquoten für über dreijährige Kinder lassen sich neben Schweden und Dänemark zudem in Belgien und Frankreich feststellen, während diese in Großbritannien, Griechenland, Österreich, Luxemburg und Finnland am geringsten sind. Die höchsten Gesamtausgaben für den Ausbau familienbezogener Infrastruktur werden erwartungsgemäß in den skandinavischen Staaten Dänemark und Schweden bereitgestellt, da diese Länder, wie bereits gezeigt wurde, eher in familienbezogene Dienstleistungen investieren. Während Großbritannien im oberen Drittel positioniert ist, bilden Deutschland, Irland, Luxemburg, Österreich, Portugal und Griechenland den Abschluss der Rangliste. Also das sind genau diejenige Länder, die vergleichsweise wenig Mittel für Dienstleistungen ausgeben.

3.4.4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die zusammengefassten Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen: Im Hinblick auf den Mutterschaftsurlaub fällt dieser im europäischen Vergleich annähernd gleich lang aus, nämlich durchschnittlich ca. 16 Wochen. Ausnahmen stellen in diesem Kontext nur Großbritannien und Portugal dar, wo Mütter den Mutterschutz auf insgesamt 52 Wochen verlängern können bzw. ausschließlich 5 Wochen in Anspruch nehmen dürfen. Aus der Analyse der Elternzeit geht hervor, dass diese in Deutschland, Frankreich und Spanien am längsten ist, während Mütter in Großbritannien, Irland, Belgien und Schweden für einen kürzeren Zeitraum von der Arbeit nach der Geburt eines Kindes freigestellt werden dürfen. Da die Zeitspanne für Mutterschutz im europäischen Vergleich verhältnismäßig gleich ausfällt, lassen sich daher keine eindeutigen Rückschlüsse der jeweiligen nationalen Familienpolitik in Bezug auf Zeitoptionen für Mütter ziehen. Demgegenüber ist die Elternzeitspanne in verschiedenen Staaten unterschiedlich geregelt. In Staaten, wo Elternzeit weniger als für zwei Jahre gewährt wird, werden Mütter auf der einen Seite um Zeit für

Erziehung des Kindes „beraubt“, auf der anderen Seite Anreize zur frühzeitigen Rückkehr von Müttern ins Erwerbsleben gesetzt.

Bei der Interpretation der Beschäftigungsquoten von Müttern mit Kind und kinderlosen Frauen, lässt sich die größte Differenz in Deutschland, Großbritannien, Irland und Österreich beobachten. Ausgeglichenere fällt der kaum bemerkbare Unterschied zwischen Erwerbstätigkeitsquoten von kinderlosen Frauen und Müttern in Griechenland, den Niederlanden und Schweden aus. Dänemark und Portugal stellen einen Sonderfall dar, weil in diesen Ländern die Erwerbstätigkeitsquote von Müttern höher liegt als die der kinderlosen Frauen. Familie und Beruf lassen sich am besten im sozialdemokratischen Regime vereinbaren. Dies schlägt sich in hoher Erwerbsbeteiligung unter Müttern nieder. Die Balance zwischen Arbeits- und Privatleben gestaltet sich im wirtschaftsliberalen sowie insbesondere im familistischen Regime problematisch. Dementsprechend niedrig liegen in diesen Regimetypen die Erwerbsquoten der Mütter.

Was die Erwerbstätigkeit von Müttern in Abhängigkeit vom Alter des jüngsten Kindes anbetrifft, so lässt sich generell davon ausgehen, dass mit steigendem Alter des Kindes die Beschäftigungsquote von Müttern ansteigt. Jedoch wird aus der Statistik ersichtlich, dass es Ausnahmen von dieser Grundregel gibt.

Bezüglich der Teilzeitquoten von Frauen ohne Kinder und der von Müttern geht hervor, dass die höchsten Anteile an Teilzeitbeschäftigung unter Müttern mit Kindern unter sechs Jahren zu finden sind. Die höchsten Teilzeitquoten sowohl unter kinderlosen Frauen als auch unter Müttern mit Kindern bis zum Schulpflichtalter lassen sich in den Niederlanden finden. In den meisten konservativen Staaten ist das Ausmaß der Teilzeitbeschäftigung sowohl unter Frauen ohne Kind als auch unter Müttern mit unter sechsjährigen Kindern auf mittlerem Niveau ausgeprägt. Das familistische Regime positioniert sich am unteren Ende des Rankings. In Hinsicht auf das sozialdemokratische Regime ergibt sich kein einheitliches Bild: Während sich Schweden im Mittelfeld platziert, sind Finnland und Dänemark am unteren Ende des Rankings zu finden.

3.4.5. Abschließende Betrachtung

Vergleicht man die Ergebnisse auf Basis der Regimetypen, erhält man ein Bild, wie es nach Esping-Andersen zu erwarten wäre: Das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime schneidet in Bezug auf mehrere Indikatoren am besten ab. Im sozialdemokratischen Regime wird der Fokus der familienpolitischen Maßnahmen auf Arbeitsintegration beider Elternteile gelegt, insbesondere die der Mütter. Die schnelle Rückkehr ins Berufsleben nach einer Geburt wird mit Hilfe von einer sehr gut ausgebauten kostengünstigen Betreuungsinfrastruktur für Kinder und kurzen Erwerbspausen mit geringen Einkommenseinbußen möglich gemacht (Reich

2008: 818f.). Eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirkt sich positiv auf die Fertilität aus: sozialdemokratische Länder liegen im oberen Drittel des Länderrankings.

Anders ist dagegen die kontinentaleuropäische Familienpolitik im konservativen Wohlfahrtsstaatstyp konzipiert. Hierbei wird grundsätzlich verhältnismäßig viel in monetäre Transfers und Steuervergünstigungen investiert, während die Ausgaben für Dienstleistungen auf relativ niedrigem Niveau sind. Jedoch gibt es hier Abweichungen: Bspw. Frankreich und die Niederlande tätigen laut OECD-Daten mehr Geld in Sachleistungen als in direkte Barleistungen für Familien. Die niedrigen Betreuungsquoten für Kinder unter drei Jahren schlagen sich in der verhältnismäßig geringeren Erwerbstätigkeitsquote von Müttern nieder. Konservative Wohlfahrtsstaaten weisen geringere Fertilitätsraten auf und liegen somit im Mittelfeld des europäischen Vergleichs auf. In diesem Kontext stellt lediglich Frankreich mit seiner pronatalistisch ausgerichteten Familienpolitik eine nicht zu übersehende Ausnahme dar.

Die beiden wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsstaaten Großbritannien und Irland sind in Hinsicht auf die Geburtenrate neben Frankreich an der Spitze des Rankings zu finden. Bei den Gesamtausgaben für familienbezogene Transfers platziert sich dieses Wohlfahrtsregime ebenfalls an der Spitze. Der verhältnismäßig große Anteil an öffentlichen Ausgaben wird jedoch in Geldleistungen investiert. Aufgrund geringer Gesamtinvestitionen in Dienstleistungen, insbesondere speziell für die U3-Kinderbetreuungsinfrastruktur, fällt die Betreuungsquote von Kindern unter drei Jahren erwartungsgemäß niedrig aus. Daraus resultierend ergibt sich eine niedrigere Erwerbstätigkeitsquote von Müttern im europäischen Vergleich. Nichtsdestotrotz weisen die beiden Länder im europaweiten Vergleich hohe Fertilitätsziffern auf.

Vergleicht man die Daten für das familistische Regime, kann die Feststellung getroffen werden, dass südeuropäische Staaten in Bezug auf mehrere Indikatoren am schlechtesten im EU-15-Vergleich abschneiden. Sowohl in Bezug auf die demografische Kennziffer als auch auf das Ausmaß der familienbezogenen Transfers ist das familistische Wohlfahrtsregime am Ende des Rankings zu finden. Die Staaten dieser Ländergruppe investieren sehr wenig Mittel für Familien, sowohl für Bar- als auch für Sachleistungen. Im Gegensatz zu sozialdemokratischen Ländern, welche überhaupt keine steuerliche Vorteile Familien gewähren, können Familien in Südeuropa kaum von getätigten Steuererleichterungen profitieren, weil diese auf einem sehr niedrigen Niveau sind. So eine mangelnde finanzielle Unterstützung der Familien schlägt sich unmittelbar in niedrigen Geburtenziffern und in dem daraus resultierenden niedrigen Kinder- und Jugendquotienten nieder. In Bezug auf U3-Betreuungsquoten platzieren sich einige Repräsentanten dieses Regimes im Mittelfeld und

andere dagegen wiederum am Ende des Länderrankings. Ein mehr als uneinheitlicheres Bild entsteht aus der Analyse der Ü3-Betreuungsquoten: Vier Länder sind über alle drei Teile der Rangliste verteilt. Die Ausgaben für die Kinderbetreuungsinfrastruktur liegen entweder im Mittelfeld oder am unteren Ende des Rankings. Die Erwerbstätigkeitsquoten südeuropäischer Mütter liegen auf einem niedrigen Niveau, wobei Portugal eine Ausnahme darstellt. Die Anteile an teilzeitbeschäftigten Frauen und Müttern fallen äußerst gering aus.

Die verschiedenen Wohlfahrtsregime nach Esping-Andersen werden also in großen Teilen zu Recht mit unterschiedlichen familienpolitischen Mustern assoziiert. Jedoch bei einigen Indikatoren entsteht ein zu sehr differenzierendes Bild, wo die Typologie von Wohlfahrtsregimen einen gehaltvollen Erklärungsbeitrag teilweise nicht zu liefern vermag. Gewisse Abweichungen von Grundmerkmalen eines bestimmten Wohlfahrtsregimes können vermutlich auf spezifische Schwerpunktsetzungen der regierenden politischen Strukturen bei einigen Ländern zurückgeführt werden.

In der Terminologie nach Leitner ausgedrückt, lässt sich schlussfolgern, dass das Verhältnis von familisierenden und de-familisierenden politischen Maßnahmen in sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten am ausgewogensten ausgeprägt ist. In Schweden als einem Paradebeispiel für dieses Wohlfahrtsregime werden im gleichen Umfang sowohl familisierende als auch de-familisierende Maßnahmen durchgeführt. Insofern ist es naheliegend und konnte auch anhand der Indikatoren gezeigt werden, dass sich dadurch eine optimale Vereinbarkeit von Familie und Beruf am besten erreichen lässt. Dies schlägt sich u.a. in hohen Investitionen in den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, hohen Anreizen für kurze Elternzeit sowie für Erwerbstätigkeit von Müttern nieder. Während sich das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime durch eine stark de-familisierende Familienpolitik mit schwachen familisierenden Komponenten auszeichnet, wird in konservativen Wohlfahrtsstaaten explizite familisierende Familienpolitik betrieben. Demzufolge lassen sich folgende familienpolitische Tatbestände im wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsstaatstyp finden: Kein Recht auf „time to care“ (Leitner 2013: 26; Träger 2009: 23f.) für die Familie in Form von kurzer Elternzeit und somit eine Aktivierung der Müttern zur Erwerbstätigkeit. Die Vereinbarkeit von Betreuungs- und Erwerbsarbeit lässt sich aber aufgrund eines mangelnden Ausbaus von Kinderbetreuungstagesstätten, insbesondere denen für unter dreijährige Kinder, schwer realisieren. Esping-Andersen zufolge ist das wirtschaftsliberale Regime durch seine nicht interventionistische Familienpolitik gekennzeichnet (Esping-Andersen 1999: 45ff.). Im Gegensatz dazu zeichnet sich das konservative Wohlfahrtsregime durch vergleichsweise hohe monetäre Transferzahlungen an Familien und familisierende Zeitrechte (bspw. Elterngeld und

Elternurlaub) und durch schwache de-familisierende Maßnahmen in Form eines niedrigen Angebots an Kinderbetreuungseinrichtungen aus (Leitner 2013: 24ff.).

4. Familienfreundlichkeit in Deutschland, Schweden und Großbritannien

4.1. Deutschland

4.1.1. Demografische Situation

Die zusammengefasste Geburtenziffer (TFR) für Deutschland betrug in 2012 insgesamt 1,38 Kinder je Frau. Im Vergleich zu den Vorjahren bleibt die Geburtenrate in Deutschland weiterhin auf einem konstant niedrigen Niveau, so das Statistische Bundesamt (Statistisches Bundesamt 2012: 15).

Was den Kinder- und Jugendquotienten anbetrifft, so schneidet Deutschland im europäischen Vergleich am schlechtesten ab. Der prozentuale Anteil von Kindern und Jugendlichen unter 20 Jahren an der Gesamtbevölkerung betrug in 2012 18,2 %. So eine geringe Anzahl an jungen Menschen lässt sich als erwartungsgemäß und folgerichtig nachvollziehen, wenn man diese mit Hilfe der aktuellen Geburtenziffer zu erklären versucht. Wenn man die Entwicklung der Zahl der Kinder und Jugendlichen seit der Wiedervereinigung Deutschlands analysiert, lässt sich eine kontinuierlichere Abnahme feststellen: der Kinder- und Jugendquotient ist im Zeitraum von 1991 bis 2013 von 21,7 % auf 18,1 % um 3,6 % gesunken³.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes nimmt der Anteil der kinderlosen Frauen in Deutschland kontinuierlich zu⁴. Aus den Daten lässt sich eine Erkenntnis gewinnen, dass exakt jede fünfte Frau im Alter zwischen 45 und 49 Jahren kinderlos ist. Während der Anteil der Kinderlosen an den Jahrgängen 1943 bis 1947, die damals zwischen 40 und 44 Jahren alt waren, lediglich 12 % betrug, lag die Kinderlosenquote der 40- bis 44-jährigen Frauen mit 22 % beinahe doppelt so hoch (BMFSFJ 2012a: 28).

4.1.2. Familienbezogene Transfers

„Während die Geburten in Deutschland zurückgingen, stiegen die Förderleistungen für Familien in den letzten Jahren kontinuierlich an: Von 1996 bis 2004 stiegen die Ausgaben für Familien um 65 % bei einem Geburtenrückgang von 11 %. Auch zwischen 2005 und 2009 stiegen die Leistungen um weitere 4 % bei einem Geburtenrückgang von 3 %. Das zeigt, moderne und zukunftsfeste Familienpolitik verlangt mehr, als nur milliarden schwere Förderungen zur Verfügung zu stellen“ (Pfeiffer 2012: 18).

³ Das Diagramm über Entwicklung der Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Deutschland ist im Anhang der Arbeit beigelegt (A5)

⁴ Die Tabelle über endgültige Kinderlosigkeit von Frauen in Deutschland ist im Anhang der Arbeit beigelegt (A6)

In dem obigen Zitat wird auf die Schieflage der zeitgenössischen Familienpolitik in Deutschland verwiesen. Der Autor macht anhand der aktuellen Entwicklungen deutlich, dass allein monetäre Investitionen in Familien kein „Heilmittel“ sind. Die Vielzahl an Leistungen ist laut Pfeiffer „mehr Stolperstein als Weichensteller“ (ebd.: 19). Von daher braucht Deutschland dringend neue familienpolitische Ansätze, um dem fortschreitenden demografischen Wandel entgegenwirken zu können, so Pfeiffer.

Die gesamten öffentlichen Ausgaben für Familien betragen 3,07 % am Bruttoinlandsprodukt in 2009: 1,16 % für Barleistungen, 0,89 % für Sachleistungen und 1,01 % wurden in Form von Steuererleichterungen gewährt (OECD 2014). In diesem Kontext liegt es nahe, die staatliche Familienförderung stärker unter die Lupe zu nehmen. Daher werden im Weiteren die Ergebnisse der Bestandsaufnahme der familienbezogenen Leistungen vom BMFSFJ näher betrachtet.

Im Vergleich zum Vorjahr ist das Finanzvolumen laut Angaben des BMFSFJ um rund 4 Prozent angestiegen. Am stärksten zugenommen hat die Kategorie der Realleistungen, darunter die Kinderbetreuung. Sie wuchs um 9 %. Der Umfang der steuerlichen Maßnahmen stieg um 4,7 % an. Die monetären Leistungen und die Leistungen der Sozialversicherung haben sich nur um 1,6 % bzw. 1,3 % erhöht (BMFSFJ 2010a: 1; BMFSFJ 2012a: 48).

Wenn man die Entwicklung der familienbezogenen Leistungen am BIP im Zeitraum von 2006 bis 2010 analysiert, lässt sich die Erkenntnis gewinnen, dass die Familienleistungen mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ungefähr Schritt gehalten haben. Während 2006 die öffentlichen Ausgaben für Familien 4,8 % am BIP betrug, machten diese in den zwei Folgejahren in Folge einer Wirtschaftskrise 4,6 % der deutschen Wirtschaftsleistung aus. Das Jahr 2009 ist durch einen starken Einbruch des BIP gekennzeichnet. Zur erfolgreichen Stützung der Binnenkonjunktur stiegen daher die Familienleistungen auf 5,1 %. 2010 ging der Umfang familienbezogener Leistungen um 0,01 % zurück⁵ (BMFSFJ 2012a: 48ff.) Differenziert betrachtet nach Art der Leistungen lässt sich deren kontinuierliche Steigerung in zeitlicher Entwicklung feststellen. Eine Ausnahme stellen ausschließlich steuerliche Maßnahmen dar, die im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr um rund eine Milliarde gesunken, danach aber weiter gestiegen sind. 2010 entfielen 20 % der gesamten familienbezogenen Leistungen auf Geldleistungen, 22 % auf Realtransfers, 22 % auf Maßnahmen der Sozialversicherung sowie 36 % auf Steuererleichterungen⁶.

⁵ Die Tabelle über Umfang und Entwicklung der familienbezogenen Leistungen am Bruttoinlandsprodukt Deutschlands ist im Anhang der Arbeit beigelegt (A8)

⁶ Die Tabelle über Umfang der familienbezogenen Leistungen von 2006 bis 2010 ist im Anhang der Arbeit beigelegt (A9)

Laut den Angaben von Eurostat betragen die Kindergeldausgaben im Jahr 2011 1,8 % am BIP. Im europäischen Vergleich nimmt Deutschland somit den dritten Platz im Ranking ein. Im Jahr 2010 wurde das Kindergeld für mehr als 14,5 Mio. Kinder ausgezahlt und umfasste damit ein Gesamtvolumen von 41 Mrd. Euro.

Laut den OECD-Daten nahm Deutschland im EU-15-Vergleich im Jahr 2009 den 8. Rang hinsichtlich der Zahlungen während des Mutterschutzes und der Elternzeit ein. Die Höhe des Mutterschaftsgeldes beträgt maximal 210 Euro für gesetzlich familienversicherte Frauen (BMFSFJ 2013a: 29ff., 37).

Das Erziehungsgeld wurde 2007 durch das Elterngeld abgelöst. Im Gegensatz zum einkommensunabhängig gezahlten Erziehungsgeld stellt Elterngeld eine einkommensabhängige Leistung, also eine Lohnersatzleistung dar (Gerlach 2010: 245). Das Elterngeld wird an Väter und Mütter für maximal 14 Monate gezahlt, wobei zwei Monate davon an die Bedingung gebunden sind, dass die Eltern sich in der Betreuung des Kindes abwechseln. Falls dies nicht erfüllt wird, verfallen die beiden sog. „Partnermonate“ (Leitner 2011: 192). In der Höhe orientiert sich das Elterngeld am monatlich verfügbaren Einkommen, welches der betreuende Elternteil im Jahr vor der Geburt hatte. Es beträgt mindestens 300 Euro und höchstens 1.800 Euro. Den Pauschalbetrag von 300 Euro erhalten alle, die nach der Geburt ihr Kind selbst betreuen und höchstens 30 Stunden in der Woche arbeiten: bspw. Studenten, Hausfrauen und Hausmänner (BMFSFJ 2014).

Auf Vorschlag von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig wurde der Gesetzentwurf zur Einführung des „ElterngeldPlus“ auf den Weg gebracht. Von dem neuen „ElterngeldPlus“ sollen in erster Linie Eltern profitieren, die während der Elternzeit und danach in Teilzeit arbeiten wollen (BMFSFJ 2014a). „Mit dem neuen ElterngeldPlus und einer flexibleren Elternzeit ermöglichen wir Eltern, Familie und Beruf gemeinsam zu managen - durch eine längere Förderung und bessere und individuellere Möglichkeiten, die Anforderungen partnerschaftlich aufzuteilen. Das bringt eine neue Qualität in die Familienpolitik – und dafür gibt es große Zustimmung in den Familien und in der Gesellschaft“ (ebd.), so Schwesig.

4.1.3. Betreuungsinfrastruktur für Kinder

2012 besuchten lediglich 24 % der unter dreijährigen Kindern in Deutschland eine formelle Betreuungseinrichtung. Die Betreuungsquote für über Dreijährige liegt bei 91 %. Diese ist also rund viermal höher als die der unter Dreijährigen.

Während der Bedarf nach U3-Kinderbetreuungsplätzen in 2005 35 % betrug, lässt sich 2012 ein um 4 % gesteigener bundesweiter Bedarf konstatieren. Jedoch unterscheidet sich der Bedarf nach einem Betreuungsplatz stark nach der Erwerbskonstellation der Mutter. Wenn die Mutter keiner Beschäftigung nachgeht, liegt der Bedarf bei 35,3 %. Bei Müttern, die in

Teilzeit arbeiten, beträgt dieser 41,5 %. Um weitere 10 % steigt der Betreuungsbedarf bei Müttern, die vollzeitbeschäftigt sind (BMFSFJ 2012a: 95ff.).

Wenn man den gewünschten Betreuungsumfang mit der tatsächlichen Inanspruchnahme der Kinderbetreuung miteinander vergleicht⁷, so fällt auf, dass die Präferenz von Kinderbetreuung mit einem zeitlichen Umfang von mehr als 35 Stunden lediglich bei 11 % liegt, während die tatsächliche Nutzung von Betreuungsangeboten 51 % in 2011 beträgt. Der gewünschte Bedarf (25 %) nach einem Betreuungsplatz mit wöchentlichem Umfang von 25 bis 35 Stunden und die reale Inanspruchnahme (28 %) sind annähernd gleich. Anders sieht die Situation der Kinderbetreuung mit einem Umfang bis 25 Stunden aus: Während der Betreuungsbedarf bei 64 % liegt, nehmen nur 21 % der Eltern ein Betreuungsangebot in Anspruch (BMFSFJ 2012a: 98).

In Folge des „Krippengipfels“ von Bund, Länder und Kommunen hat man beschlossen, bis 2013 750.000 Betreuungsplätze zu Verfügung zu stellen, damit jedes Kind mit Vollendung des ersten Lebensjahres Anspruch auf Betreuung in einer Kindertageseinrichtung haben konnte (vgl. ebd.: 99). Nicht nur der quantitative Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen wird in Deutschland vorangetrieben, sondern auch die Qualität ist von entscheidender Rolle. Dies spiegelt sich in dem sog. „Zehn-Punkte-Programm“ des Bundes wider. Demnach sollen u.a. Tagespflegepersonen festangestellt, Kindertagespflege gestärkt, Qualitätschecks durchgeführt, internationale Zusammenarbeit usw. gefördert werden (vgl. ebd.: 106f.).

Was die Betreuungsquote von Kindern im Kindergartenalter (3- bis unter 6-Jährige) anbelangt, so ist diese im Zeitraum von 2006 bis 2013 von 86,9 % auf 95,3 % angestiegen (Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2014).

Wie bereits vorweggenommen werden konnte, wird in Deutschland relativ wenig Geld für den Ausbau von Betreuungseinrichtungen für Kinder ausgegeben. Während im Jahr 2009 in die U3-Infrastruktur lediglich 0,1 % vom BIP investiert wurden, lag der Prozentsatz für den Ausbau von Ü3-Betreuungseinrichtungen bei 0,4 %.

4.1.4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Der Mutterschutz in Deutschland beginnt sechs Wochen vor der Entbindung und endet im Normalfall acht Wochen nach der Geburt. Bei Früh- oder Mehrlingsgeburten haben Mütter Anspruch auf 12 Wochen nach der Entbindung. Während der Schutzfrist besteht ein absolutes Beschäftigungsverbot (BMFSFJ 2013a: 22f.). Elternzeit kann bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes in Anspruch genommen werden. Wenn die Arbeitgeberseite zustimmt, dann kann ein Anteil von bis zu zwölf Monaten der Elternzeit auf die Zeit bis zur

⁷ Das Diagramm über Betreuungsquoten von Kindern im Alter von unter drei Jahren und gewünschten Betreuungsumfang der Eltern in Deutschland ist im Anhang der Arbeit beigelegt (A10)

Vollendung des achten Lebensjahres des Kindes übertragen werden. Jeder Elternteil kann Elternzeit beanspruchen. Diese kann zudem zwischen Eltern untereinander aufgeteilt werden (BMFSFJ 2012d: 59ff.). Regelungen zum Vaterschaftsurlaub existieren in Deutschland derzeit nicht (Rüling/Kassner 2007: 95f.).

Beim Vergleich der Erwerbstätigkeitsquoten von Müttern und Frauen stellte sich im internationalen Vergleich heraus, dass sich 77,81 % der kinderlosen Frauen im Jahr 2011 in einem Beschäftigungsverhältnis befanden, während der Anteil von erwerbstätigen Müttern mit Kind unter 15 Jahren 67,20 % betrug.

In dem Zeitraum von 2002 bis 2012 ist die Anzahl der weiblichen Beschäftigten um 7 % gestiegen. Die Zahl der in Vollzeit beschäftigten Frauen ist zwischen 2002 und 2012 von 71 % auf 64 % gesunken (Leibert 2014: 1ff.).

Laut Ergebnissen des Mikrozensus 2011 weisen die Mütter die höchste Erwerbstätigenquote von etwa 70 % erst im Alter von 40 bis 50 Jahren auf, während Frauen ohne Kinder in der Lebensphase zwischen 30 und 40 Jahren am aktivsten am Arbeitsmarkt sind (ca. 80 %). Im Zeitvergleich lässt sich eine Steigerung der Erwerbstätigenquote von Müttern konstatieren: Von 1996 bis 2011 ist diese von 55 % um 5 Prozent auf 60 % gestiegen. Im Jahr 1996 lag die Erwerbsbeteiligung von westdeutschen Müttern bei 51 %, während in den neuen Bundesländern 70 % der Mütter aktiv am Erwerb beteiligt waren. Demzufolge hat sich also die Erwerbsbeteiligung der Mütter in beiden Teilen Deutschlands angeglichen (Statistisches Bundesamt 2012a: 1080ff.).

Die Teilzeitquoten von Müttern sind deutlich höher als die der Frauen ohne Kinder. Mit steigendem Alter des Kindes (bis 11 Jahre) steigt die Teilzeitquote. Wenn das Kind älter als 12 Jahre wird, sinkt die Teilzeitquote. Es lässt sich eine starke Zunahme der Teilzeitarbeit im Zeitvergleich konstatieren: 2011 arbeiteten gut 69 % der aktiv erwerbstätigen Mütter in Teilzeit, während in 1996 die Teilzeitquote bei 51 % lag (vgl. ebd.: 1083ff.; 1091f.).

4.2. Schweden

4.2.1. Demografische Situation

Wie bereits aus dem europäischen Vergleich ersichtlich wurde, befindet sich Schweden in Hinsicht auf die Geburtensituation im oberen Drittel des Rankings. An dieser Stelle bietet sich an, die Geburtenziffer im Zeitraum von 1990 bis 2012 zu analysieren.

Seit Beginn des neuen Jahrtausends bis einschließlich 2010 kommt es zur kontinuierlichen Steigerung der Fertilitätsrate. 2010 beträgt die zusammengefasste Geburtenziffer 1,98. Im folgenden Jahr kann wieder ein erneuter Rückgang festgestellt werden. Im Jahr 2012 wächst

die Geburtenrate um 0,01 % und liegt somit bei 1,91 Kind pro Frau. Ob sich der Steigerungstrend anhält, ist noch fraglich⁸.

Gleichzeitig zum Rückgang der Geburtenrate ist der prozentuale Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung im Zeitvergleich gesunken. Während der Kinder- und Jugendquotient im Zeitraum von 1991 bis 1995 24,6 – 24,7 % betrug, begann seit 1996 seine stetige Abnahme. Von 2002 bis 2005 lag jedoch der Anteil an jungen Menschen bei den konstanten 24 %. 2013 erreicht der Quotient in der zeitlichen Entwicklung seit 1991 seinen Tiefstand. Es lässt sich also eine kontinuierliche Abnahme an Kindern und Jugendlichen in Schweden feststellen: der Kinder- und Jugendquotient ist im Zeitraum von 1991 bis 2013 von 24,6 % auf 22,8 % um 1,8 % gesunken⁹.

Laut Persson hat die zeitliche Verschiebung der Entscheidung für Familienerweiterung im gebärfähigen Alter der Frau seit den späten 1960er Jahren zu einem Anstieg der Kinderlosigkeit in Schweden geführt. Die Zahl der kinderlosen Frauen, die in den 1940er Jahren geboren worden sind, betrug etwa 11 %. Der Anteil der Frauen in den Geburtskohorten 1950, 1955 und 1960, die am Ende der Reproduktionsphase kein Kind hatten, ist auf 13 bis 14 Prozent gestiegen¹⁰ (Persson 2010: 2).

4.2.2. Familienbezogene Transfers

Der europäische Vergleich hat gezeigt, dass Schweden vorrangig auf Sachleistungen (2,17 %) als auch auf Barleistungen (1,58 %) für Familien setzt. In Hinsicht auf die Höhe der gesamten familienbezogenen Transfers platziert sich Schweden (3,75 %) am unteren Ende des oberen Drittels. Zentrale Geldtransferleistungen stellen Kindergeld, Mutterschafts- und Elterngeld, Beihilfe zur Kinderbetreuung, Unterhaltsvorschuss, Wohngeld für Familien mit Kindern, Pflegebeihilfe für Familien mit behinderten Kindern und Sozialhilfe dar. Zu den Sachleistungen können öffentliche Aufwendungen für Kinderbetreuungseinrichtungen gezählt werden (Dörfler/Mühling 2011: 89ff.).

Kinderbetreuungsgeld wird Eltern mit Kindern im Alter zwischen einem und drei Jahren gewährt, die ihre Kinder selbst betreuen wollen. Der Besuch von öffentlichen Betreuungseinrichtungen für Kinder wird dabei gänzlich untersagt oder eingeschränkt. Der Höchstbetrag liegt bei 309 Euro. Ein weiteres Finanzinstrument stellt das Wohngeld für einkommensschwache Familien dar. Anspruch darauf haben Familien mit Kindern unter 18 Jahren und jungen Erwachsenen zwischen 18 und 29 Jahren. Der Höchstanspruch beträgt 268

⁸ Das Diagramm über zeitliche Entwicklung der Fertilitätsrate in Schweden ist im Anhang der Arbeit beigelegt (A12)

⁹ Das Diagramm über zeitliche Entwicklung des Kinder- und Jugendquotienten in Schweden ist im Anhang der Arbeit beigelegt (A13)

¹⁰ Das Diagramm über prozentualen Anteil an kinderlosen Frauen im Alter von 45 Jahren in Schweden ist im Anhang der Arbeit beigelegt (A14)

Euro für eine Ein-Kind-Familie, bei zwei Kindern liegt der Summe bei 329 Euro und bei drei oder mehr Kindern steigt er auf 412 Euro. Die Höhe der Pflegebeihilfe richtet sich nach Invaliditätsgrad des Kindes. Der monatliche Höchstbeitrag für Kinder unter 19 Jahren liegt derzeit bei 909 Euro. Der Leistungskatalog der Sozialhilfe umfasst eine Fülle an regionalen Leistungen sowie einen landesweit hohen Standardbeitrag. Es wird grundsätzlich zwischen drei Grundbeträgen unterschieden: Sozialhilfe für Alleinstehende, für Paare und für Kinder verschiedener Altersgruppen. Darüber hinaus wird ein Zuschlag für gemeinsame Haushaltsausgaben gewährt sowie für spezielle Ausgaben für bspw. Unterkunft, ärztliche Versorgung, Stromkosten usw. (Dörfler/Mühling 2011: 90ff.).

In Schweden werden keine Steuervorteile für Familien gewährt. Der Grund dafür liegt in dem schwedischen individualisierten Steuersystem. Hierbei handelt es sich um ein reines Individualsteuersystem, nach dem das Einkommen jedes (Ehe-)Partners einzeln besteuert wird. 2008 wurde in Schweden der „Bonus für Geschlechtergleichstellung“ (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011: 3) eingeführt. Darunter versteht man eine Steuerermäßigung in Höhe von bis ca. 275 Euro für Eltern, die ihren Elternurlaub gleichmäßig untereinander aufteilen. Wegen der Individualbesteuerung sowie seiner geringen Höhe ist dieser für die meisten schwedischen Eltern uninteressant (vgl. ebd.: 3).

In Schweden sind ein pauschales Kindergeld und eine Zulage für große Familien vorgesehen. Leistungen werden von dem Monat nach der Geburt des Kindes bis seinem 16. Lebensjahr gezahlt. Die Höhe des Kindergeldes beträgt umgerechnet 118 Euro im Monat. Im europäischen Vergleich werden dafür 0,7 % vom BIP ausgegeben.

2008 wurde zudem eine neue weitere familienpolitische Reform implementiert: eine Zulage für die Betreuung der Kinder zu Hause, welche von der Logik eines Doppelverdiener-Modells abweicht. Die mögliche Gefahr dieser politischen Innovation in Schwedens Familienpolitik könnte laut Wissenschaftlern darin bestehen, dass insbesondere Kinder aus bildungsfernen Schichten durch diese Art des Betreuungsgelds die Chance verlieren würden, in einem besseren Lernumfeld aufzuwachsen. „In Schweden, wo Frauen selbstverständlicher arbeiten und Kinder grundsätzlich die Kita besuchen, weil öffentliche Betreuung positiv besetzt ist, besteht diese Gefahr weitaus weniger“ (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011: 3), so lautet die Entwarnung der Experten. Dies kann aber potentiell auf Migrantenfamilien zutreffen.

In Hinsicht auf das Ausmaß der Zahlungen während des Mutterschutzes und der Elternzeit konnte anhand des internationalen Vergleichs eine Erkenntnis gewonnen werden, dass der schwedische Wohlfahrtsstaat die finanzielle Belastung von schwedischen Eltern, die Kinder aufziehen, mit Hilfe von hohen Investitionen in verschiedene Finanzinstrumente zu

reduzieren versucht. Das Land liegt bei Ausgaben für Mutterschafts- und Elterngeld mit 0,8 % des BIP an der Spitze des europäischen Länderrankings. Das Schwangerschaftsgeld ist einkommensabhängig und wird in einer Höhe von 80 % letzten Einkommens bis zu 50 Tage vor dem errechneten Geburtstermin gezahlt. Der Höchstbeitrag beträgt 31.672 Euro für den gesamten Zeitraum. Nach der Geburt des Kindes haben Eltern Anspruch auf das Elterngeld (Dörfler/Mühling 2011: 96ff.; European Union 2014). Elterngeld wird für eine Gesamtdauer von 480 Tagen gezahlt. Die bezahlten Tage können auf mehrere Leistungszeiträume bis zum achten Lebensjahr des Kindes zwischen beiden (Ehe-)Partnern zu je 240 Tagen aufgeteilt werden. Die Eltern können zudem jeweils 30 Leistungstage gleichzeitig nehmen, um sich gemeinsam um ihr Kind zu kümmern. Diese 60 Tage können ausschließlich während des ersten Lebensjahrs des Kindes in Anspruch genommen werden. Die Höhe des Elterngeldes beträgt für die ersten 390 Tage ebenfalls wie die des Mutterschaftsgelds 80 % des frühen Erwerbseinkommens. Weitere 90 Tage wird der Mindestbeitrag von 19 Euro pro Tag ausbezahlt. Die obere Bemessungsgrenze liegt bei 42.189 Euro. Eltern haben bei Erkrankung des Kindes Anspruch auf das zeitweilige Elterngeld. Die Leistung kann maximal für 120 Tage beansprucht werden. Die Höhe des zeitweiligen Elterngelds beträgt 80 % des Einkommens (Dörfler/Mühling 2011: 97f.; Europäische Kommission 2013: 13f.).

Darüber hinaus existiert seit 1980 eine sog. „Geschwindigkeitsprämie“. Diese soll schwedische Eltern ermutigen, ihre Kinder in kürzeren Abständen zu bekommen. Wenn sich Frauen für ein weiteres Kind nach der Geburt entscheiden und falls der Abstand zwischen den Geburten der beiden Kinder 30 Monate nicht überschreitet, so steht der Mutter der gleiche Betrag an Elterngeld zu wie beim zuvor geborenen Kind: also 80 % ihres durchschnittlichen Erwerbseinkommens. „Begründet wird die Leistung damit, dass viele schwedische Frauen nach der Elternzeit ihre Erwerbstätigkeit von Voll- auf Teilzeit reduzieren und in Folge beim nächsten Kind einen Nachteil beim Elterngeldbezug hinnehmen müssten“ (Andersson/Hoem/Duvander 2006).

4.2.3. Betreuungsinfrastruktur für Kinder

Aus dem EU-15-Vergleich ging hervor, dass die Betreuungsquote von Kleinkindern im Alter bis drei Jahre 52 % im Jahr 2012 betrug, während der prozentuale Anteil von über Dreijährigen, die 2012 eine öffentliche Betreuungseinrichtung besuchten, rund zwei mal höher war. Dessen Betreuungsquote lag bei 96 %.

Schweden ist gekennzeichnet durch ein gut ausgebautes, institutionelles, öffentliches Angebot an außerfamiliären Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen. Außerdem sind die ausgedehnten Öffnungszeiten hervorzuheben: 11,5 Stunden lang geöffnete

Kindertagesstätten, halbtags geöffnete Kindergärten sowie offene Kinder- und Elterntreffs. (Dörfler 2009: 124ff.; Dörfler/Mühling 2011: 93ff.; Rüling/Kassner 2007: 104).

Die Ausgaben für die Kinderbetreuungsinfrastruktur am BIP beliefen sich im Jahr 2009 auf insgesamt 1,4 %; 0,9 % davon waren in die Infrastruktur für unter Dreijährige und 0,5 % für über Dreijährige investiert. Im europäischen Vergleich weist Schweden neben Dänemark die höchsten Ausgaben in die institutionelle Kinderbetreuung auf. Institutionelle Betreuung von Kindern liegt in Schweden hauptsächlich bei den Ländern und Gemeinden. Zusätzlich beteiligen sich Eltern an der Finanzierung mit den oben genannten Elternbeiträgen (Dörfler/Mühling 2011: 93f.).

4.2.4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Der Mutterschaftsurlaub wird für schwedische Mütter für maximal 14 Wochen gewährt. Davon müssen mindestens zwei Wochen vor der Entbindung und zwei nach der Geburt des Kindes genommen werden. Außerdem besteht in Schweden ein Rechtsanspruch auf Vaterschaftsurlaub für erwerbstätige Väter. Die Dauer im Rahmen des Vaterschaftsurlaubs beträgt insgesamt 10 Tage. Falls die Elternzeit gleichmäßig auf beide Elternteile aufgeteilt wird, wird ein „Bonus zur Gleichstellung der Geschlechter“ ausgezahlt (Mühling 2011: 104).

Aus den Daten der OECD Family Database ließ sich schließen, dass die Differenz der Erwerbstätigkeitsquoten zwischen Frauen ohne Kind und Mütter in Schweden nichtig ausfällt. Der Unterschied betrug im Jahr 2011 1,62 %. In Hinsicht auf das angeglichene Verhältnis der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Mütter ist Schweden auf dem dritten Rang nach Griechenland und den Niederlanden zu finden. Es lässt sich demnach eine konstante Erwerbstätigkeit auch nach der Geburt eines Kindes konstatieren (Rüling/Kassner 2007: 57).

Was die ausgeübte Erwerbstätigkeit von Müttern in Abhängigkeit des Alters des jüngsten Kindes anbelangt, so konnte anhand der OECD-Daten für das Jahr 2011 gezeigt werden, dass diese im Alter des Kindes zwischen drei und fünf Jahren am höchsten (81,3 %) ist. 76,1 % der Mütter sind mit einem Kind im Schulalter aktiv am Arbeitsmarkt tätig, während der Anteil der erwerbstätigen Mütter mit einem unter dreijährigen Kind 71,9 % beträgt. Die Unterschiede in der Müttererwerbstätigkeit zwischen den drei vergleichenden Alterskategorien des Kindes erweisen sich als vergleichsweise groß.

Vergleicht man nun die Teilzeitbeschäftigung von Frauen und Müttern, so fällt auf, dass die Teilzeitarbeit bei kinderlosen Frauen in Schweden eine relativ geringe Bedeutung (34,4 %) aufweist, wobei diese bei Müttern mit einem über zwölfjährigen Kind um 2,5 % auf 31,9 % sinkt. Dagegen ist die Teilzeitarbeit bei Müttern mit Kindern sowohl im Alter unter sechs Jahren (40 %) als auch im Alter von sechs bis elf Jahren (39,4 %) auf gleichermaßen hohem

Niveau. Das Niveau der Teilzeitbeschäftigung der Mütter steigt also im Vergleich zu dem der kinderlosen Frauen nur in geringem Maße.

4.3. Großbritannien

4.3.1. Demografische Situation

Großbritannien platziert sich in Bezug auf die Fertilitätsrate auf dem zweiten Rang im europäischen Vergleich. Die zusammengefasste Geburtenziffer lag im Jahr 2012 bei 1,92 Kindern pro Frau. Bei der Analyse der zeitlichen Entwicklung von Geburtenrate im Zeitraum von 1990 bis 2012 können unverkennbar zwei Entwicklungsstadien festgestellt werden. Während von 1990 bis 2002 die Fertilitätsrate von 1,83 um 0,2 auf 1,63 gesunken ist (1995 ist jedoch eine minimale Steigerung von 1,71 auf 1,73 zu erkennen), nahm diese ab 2002 kontinuierlich um rund 0,3 zu¹¹.

Was den Kinder- und Jugendquotienten anbelangt, so lag Großbritannien im Jahr 2012 mit 23,8 % der jungen Menschen an der Gesamtbevölkerung am vierten Platz im EU-15-Vergleich. Der Anteil an Personen unter 20 Jahren ist zwischen 1991 und 2012 von 25,7 % um 0,2 % auf 23,7 % verringert worden. Nach der Abnahme zwischen 1991 und 1997 ist ein leichter Anstieg ausschließlich von 1997 bis 1998 um 0,01 % festzustellen. In den Folgejahren nahm der Indikator kontinuierlich ab¹².

Laut den OECD-Daten lag der Anteil kinderloser Frauen in England und Wales im Jahr 2007 für die Geburtskohorte 1995 bei 15,8 %, für 1960 bei 18,9 % und für Frauen aus dem Geburtsjahrgang 1965 bei 20,5 %. Den nationalen Datensätzen des „Office for National Statistics“ für England und Wales zufolge ist das Niveau der Kinderlosigkeit deutlich angestiegen (Office for National Statistics 2013).

4.3.2. Familienbezogene Transfers

In Hinsicht auf Ausmaß öffentlicher Ausgaben für Familien ließ sich im europäischen Vergleich schließen, dass deren Anteil 4,22 % am BIP im Jahr 2011 betrug: 2,46 % der Ausgaben entfielen auf monetäre Transfers und 1,38 % auf Sachleistungen und 0,38 % auf Steuererleichterungen. Die finanzielle Unterstützung von Familien zielt in Großbritannien in erster Linie darauf ab, Kinderarmut zu bekämpfen und Lebenssituation von einkommensschwachen Familien zu verbessern (Rüling/Kassner 2007: 84f.).

Hinsichtlich der Höhe von Steuervergünstigungen für Familien positionierte sich Großbritannien im mittleren Bereich im internationalen Vergleich. Seit 2000 werden in Großbritannien keine Steuervorteile für Familien gewährt. Seitdem werden Familien wie in

¹¹ Das Diagramm über zeitliche Entwicklung der Fertilitätsrate in Großbritannien ist im Anhang der Arbeit beigelegt (A15)

¹² Das Diagramm über zeitliche Entwicklung des Kinder- und Jugendquotienten in Großbritannien ist im Anhang der Arbeit beigelegt (A16)

Schweden individual besteuert. Es wird seit dem Jahr 2003 der beitragsunabhängige und einkommensbezogene Steuerabsatzbetrag für Kinder gewährt, der sog. „Child Tax Credit“. Dieser wird unabhängig von einer Erwerbstätigkeit gewährt und nicht auf andere soziale Leistungen angerechnet. Dadurch wird die materielle Situation von Kindern verbessert (vgl. ebd.: 84). Der Familiensatz beträgt 55 Euro pro Monat. Der Monatsbetrag für Kinder liegt bei 277 Euro (MISSOC 2014).

0,8 % am BIP wurde 2011 für Kindergeldzahlungen aufgewendet. Die britischen Familien erhalten ein steuerfinanziertes beitragsunabhängiges Kindergeld für Kinder (sog. „Child benefit“) unter 16 Jahren bzw. bis zur Vollendung des 20. Lebensjahres im Falle einer schulischen oder beruflichen Ausbildung (MISSOC 2014).

Sowohl hinsichtlich der Kindergeldinvestitionen als auch in Bezug auf Zahlungen während des Mutterschutzes und der Elternzeit lag Großbritannien im Mittelfeld des Rankings. In Mutterschafts- und Elterngeld wurde 0,4 % des BIP investiert. Da ein Elterngeld in Großbritannien nicht existiert (MISSOC 2014), beziehen sich also die Ausgaben ausschließlich auf die Mutterschaftshilfe, sog. „Sure Start Maternity Grant“. Es wird eine einmalige Mutterschaftshilfe in Höhe von 604 Euro pro Kind gezahlt (vgl. ebd.).

4.3.3. Betreuungsinfrastruktur für Kinder

Großbritannien ist durch ein kaum existierendes vorschulisches Betreuungsangebot für Kinder gekennzeichnet. Erst seit Ende 1990er Jahre wurde unter Regierung der Labour Party die sog. „National Childcare Strategy“ in die Wege geleitet. Davor gab es gar kein öffentliches Kinderbetreuungssystem. Die Strategie nahm sich zum Ziel den privaten Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur mit öffentlichen Mitteln zu fördern. Innerhalb von fünf Jahren, in dem Zeitraum von 1998 bis 2003, konnten 626.000 neue Betreuungsplätze sichergestellt werden. In dem Folgejahr musste die Hälfte dieser Plätze wieder abgebaut werden, da sich die meisten Eltern sie nicht finanziell leisten konnten. Außerdem waren die Öffnungszeiten der informellen Betreuungseinrichtungen inflexibel und somit inkompatibel mit den langen Arbeitszeiten (Rüling/Kassner 2007: 103f.).

Aufgrund des Fehlens einer nationalen Betreuungspolitik gibt es ein unüberschaubares Nebeneinander an unterschiedlichen Betreuungsangeboten. Insbesondere für Kinder unter drei Jahren existieren wenige öffentliche Betreuungseinrichtungen. Institutionelle Angebote werden hauptsächlich von Gesundheits- und sozialen Diensten finanziell unterstützt, damit Kinder aus sozial schwierigen Verhältnissen auch betreut werden können (Dörfler 2009: 122f.).

Aus dem EU-15-Vergleich ging hervor, dass die Betreuungsquote von Kleinkindern im Alter bis drei Jahre 27 % im Jahr 2012 betrug, während der prozentuale Anteil von über

Dreijährigen, die 2012 eine öffentliche Betreuungseinrichtung besuchten, 2,6-mal höher lag. So eine niedrige Anzahl an Kindern unter drei Jahren erbringt den Nachweis für ein mangelhaft ausgebautes öffentliches Kinderbetreuungssystem. In Großbritannien werden öffentliche Einrichtungen vorrangig auf Kinder aus einkommensschwachen Haushalten ausgerichtet, während private Angebote von den besserverdienenden Familien in Anspruch genommen werden.

Die Ausgaben für die Kinderbetreuungsinfrastruktur beliefen sich im Jahr 2009 auf insgesamt 1,2 % am BIP: 0,5 % davon wurden in die Infrastruktur für unter Dreijährige und 0,7 % für über Dreijährige investiert. Trotz der relativ hohen Investitionen, bleibt das öffentliche, staatlich finanzierte Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren eine Prerogative für untere Einkommenschichten (vgl. ebd.: 120).

4.3.4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Britischen Frauen steht der längste Mutterschutz im europäischen Vergleich zu. Dieser kann bis zu 52 Wochen umfassen, wobei in den ersten 26 Wochen 154 Euro pro Woche für Mütter, die vor der Geburt des Kindes nicht erwerbstätig waren, gezahlt werden sowie weitere 26 Wochen, die gänzlich unbezahlt sind. Den britischen Vätern wird wie in Schweden ein Vaterschaftsurlaub gewährt. Dieser umfasst zwei Wochen und wird mit 154 Euro pro Woche vergütet. Die unbezahlte Elternzeit beträgt jeweils 13 Wochen als individueller Anspruch für beide Elternteile. Diese kann bis zum fünften Lebensjahr des Kindes in Anspruch genommen werden (Rüling/Kassner 2007: 92ff.).

Großbritannien gehört zu einer Ländergruppe im EU-15-Vergleich, wo die Differenz der Erwerbstätigkeitsquote zwischen Müttern und Frauen ohne Kinder relativ groß ausfällt: während 2011 74,45 % kinderloser Frauen am Erwerbsleben aktiv beteiligt waren, betrug die Anzahl der weiblichen Beschäftigten mit Kinder 64,34 %. Was die ausgeübte Erwerbstätigkeit von Müttern in Abhängigkeit des Alters des jüngsten Kindes anbetrifft, so konnte anhand der OECD-Daten für das Jahr 2011 gezeigt werden, dass sich diese mit steigendem Alter des Kindes erhöht. Die Regierung Großbritanniens versucht seit Ende der 1990er Jahre mit Hilfe von sog. „New Deal“-Programmen die Lage der Alleinerziehenden und (Ehe-)Partnerinnen von Erwerbslosen zu verbessern, indem sie zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit angespornt werden. Mit diesem Ziel wurde bspw. seit dem Jahr 2003 der sog. „Working Tax Credit“ implementiert. Dieser impliziert eine negative Einkommenssteuer hauptsächlich für geringverdienende Familien. Wenn eine Erwerbstätigkeit im Umfang von mindestens 16 Stunden pro Woche ausgeübt wird, hat die bedürftige Person Anspruch auf Zuschuss für Kinderbetreuungskosten seitens des Staates (vgl. ebd.: 84f.). Dabei können bei

einem Kind in Betreuung bis zu ca. 235 Euro, bei zwei oder mehr Kindern bis zu ca. 400 Euro in Anspruch genommen werden (Dörfler 2009: 124).

Vergleicht man nun die Teilzeitbeschäftigung von Frauen und Müttern, lässt sich schließen, dass diese bei kinderlosen Frauen (30,4 %) in Großbritannien rund zweimal geringer gegenüber Mütter mit Kindern unter 11 Jahren ausgeprägt ist. Der Anteil an Müttern mit über zwölfjährigen Kindern in Teilzeit lag 2012 nach Angaben von Eurostat bei 45,6 % (Abb. 10). Rund 60 % der Mütter mit einem Kind unter elf Jahren sind in Teilzeit erwerbstätig.

4.4. Vergleichende Bewertung

Die grundsätzliche familienpolitische Ausrichtung sowie die der zugrunde liegenden familienpolitischen Maßnahmen und Leistungen kontrastieren zwischen den hier analysierten Ländern Deutschland, Schweden und Großbritannien.

Der status-konservierende deutsche Wohlfahrtsstaat setzt aktuell auf nachhaltige Familienpolitik, die sich nicht primär im Geldverteilen erschöpft, sondern durch einen Dreiklang von geld-, infrastruktur- und zeitpolitischen Maßnahmen erreicht werden kann (Festl/Lutz/Schratzenstaller 2010: 72; Possinger 2012: 267f.). Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen, frühe Förderung von Kindern sind einige der wichtigen Maßstäben einer nachhaltigen Familienpolitik (BMFSFJ 2006a: 3). Es fand also ein Paradigmenwechsel in der deutschen Familienpolitik statt. Nichtsdestotrotz befindet sich der deutsche Wohlfahrtsstaat vermutlich eher am Anfang eines langen Weges.

In Schweden als Prototypen eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates konzentriert sich die Familienpolitik auf Herstellung der Geschlechtergleichheit sowie die Förderung der Frauenerwerbstätigkeit durch den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen.

Im wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsstaat Großbritannien liegt der familienpolitische Fokus vorrangig auf der Reduktion des Armutrisikos bei Familien, weswegen die monetären Ausgaben einen Löwenanteil an öffentlichen Transfers für Familien darstellen (Festl/Lutz/Schratzenstaller 2010: 72).

In der Tab. 8 werden die wichtigsten familienbezogenen Instrumentarien der drei Vergleichsländer zusammengefasst. Aus den Befunden in der Kategorie „Demografie“ lässt sich schließen, dass sowohl in Hinsicht auf das Geburtenniveau als auch auf das Ausmaß des Kinder- und Jugendquotienten Großbritannien am besten abschneidet, dicht gefolgt vom sozialdemokratischen Schweden. Die Fertilitätsziffer in Deutschland pendelt seit rund 40 Jahren um die Ziffer 1,4. Deutschland ist nicht nur in Bezug auf Fertilitätsrate, sondern auch hinsichtlich der Ausprägung von anderen zwei Indikatoren im Drei-Länder-Vergleich am schlechtesten gestellt: der Anteil an jungen Menschen unter 20 Jahren beträgt lediglich 18,2

% und die endgültige Kinderlosigkeit ist relativ stark ausgeprägt. Schweden weist laut nationalen statistischen Daten die geringste Kinderlosigkeitsziffer im Vergleich auf.

Was den Umfang der Familieninvestitionen anbelangt, so fällt auf, dass sich das Niveau der gesamten öffentlichen Ausgaben für Familien in den drei Vergleichsländern stark unterscheidet. In Großbritannien werden 4,22 % am BIP für Geld-, Sach- und steuerliche Familienförderung ausgegeben, gefolgt von Schweden mit 3,75 % und Deutschland mit 3,07 %. Verhältnismäßig größten Anteil an den Gesamtausgaben nehmen monetäre Transfers in Großbritannien und Deutschland ein, während Schweden höhere Summen in familienbezogene Dienstleistungen investiert. Neben direkten Geldtransfers werden Familien in Deutschland in finanzieller Hinsicht durch Steuervergünstigungen am stärksten unterstützt, gefolgt von Großbritannien. In Deutschland wird also die Institution der Ehe in erster Linie durch überproportional hohe steuerliche Vorteile gefördert. Schweden bietet keine Steuervorteile für Familien an. Bei Kindergeldzahlungen positioniert sich Deutschland am ersten Rang, gefolgt mit einem großen Abstand von Großbritannien und Schweden, welche annähernd gleiche Anteile am BIP in Kindergeldtransfers investieren. Die staatlichen Ausgaben für Mutterschafts- und Elterngeldzahlungen sind auf einem hohen Niveau in Schweden. Die Aufwendungen in dieser Sphäre fallen in Deutschland und Großbritannien zweimal geringer aus.

Die Betreuungsquoten von Kindern unter drei Jahren variieren sehr stark zwischen den betrachteten Ländern: sie sind am niedrigsten in Deutschland, wo sie 24 % betragen, mit einem knappen Abstand folgt Großbritannien mit 27 %. Die Betreuungsquote in Schweden ist rund doppelt so hoch als die in Deutschland und Großbritannien. Mit steigendem Alter erhöht sich auch die Betreuungsquote. Diese Tendenz ist in allen drei Ländern zu konstatieren. Während sich die Betreuungsquoten von Kindern im Alter von drei bis sechs Jahre in Deutschland und Schweden einander angleichen, liegt diese in Großbritannien um ca. 20 % niedriger. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, dass das vorschulische Betreuungsangebot in Großbritannien defizitär ausgebaut ist und die Kosten für private Betreuungseinrichtungen auf einem hohen Niveau liegen.

Der Vergleich der Daten in Bezug auf die Ausgaben für die Kinderbetreuungsinfrastruktur deutet darauf hin, dass diese in Deutschland gering ausfallen: lediglich 0,1 % werden in den Ausbau der Betreuungseinrichtungen für unter Dreijährige investiert, was sich als ein Beleg für eine geringe Betreuungsquote dieser Altersgruppe erweist. 0,4 % betragen die Investitionen in formelle Einrichtungen für Kinder über drei Jahren. Schweden weist im Drei-Länder-Vergleich sowohl die höchsten Gesamtausgaben als auch die höchsten Investitionen in die U3-Betreuungsinfrastruktur. Infolge von hohen Investitionen in U3-

Betreuungsinfrastruktur kann ein dichtes Betreuungsnetz für Kleinkinder ausgebaut werden, was sich erwartungsgemäß in vergleichsweise hohen Betreuungsquoten für unter Dreijährige widerspiegelt. Am zweiten Rang, was die gesamten Ausgaben für Kinderbetreuungsinfrastruktur anbelangt, ist Großbritannien zu finden. Hierbei werden öffentliche Mittel vorwiegend in den Ausbau von Ü3-Betreuungseinrichtungen für Kinder investiert. Dementsprechend hoch liegt daher der Anteil an Kindern über drei Jahre, die eine formelle Betreuungseinrichtung besuchen.

Am längsten freigestellt von der Arbeit während des Mutterschaftsurlaubs werden britische Mütter: für die Karenzzeit werden insgesamt 52 Wochen vorgesehen, wobei lediglich 26 ersten Wochen bezahlt werden. Die Dauer der Elternzeit fällt in Großbritannien im Drei-Länder-Vergleich am kürzesten aus: Deren Umfang beträgt lediglich 13 unbezahlte Wochen. Während die Dauer der Freistellung im Rahmen des Mutterschutzes in Deutschland und Schweden gleich ausfällt, nämlich 14 Wochen, beträgt die Differenz der Elternzeitspanne zwischen zwei Ländern bis zu 20 Monate. In Deutschland können Mütter bis zu drei Jahre Elternzeit beanspruchen, während in Schweden maximal 16 Monate dafür vorgesehen sind. Mit Hilfe von hohen finanziellen Kompensationen während der gesamten Karenzzeit forciert der schwedische Wohlfahrtsstaat den Wiedereinstieg der Mütter in den Beruf. Die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit wird zudem durch eine gut ausgebaute Kinderbetreuungsstruktur erleichtert.

Was die Erwerbstätigkeitsquote von weiblichen Beschäftigten anbetrifft, so ist Schweden durch die höchsten Anteile sowohl an Frauen ohne Kinder als auch an Müttern gekennzeichnet, die sich aktiv am Erwerbsleben beteiligen. Deren prozentuale Anteile fallen annähernd gleich aus. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass sich Familie und Beruf unter zeitgenössischen familienpolitischen Bedingungen in Schweden relativ gut vereinbaren lassen: lediglich 1,62 % der Mütter verzichten auf den Beruf nach der Geburt eines Kindes. So minimal fällt also die Differenz zwischen den Erwerbsanteilen von Frauen mit und ohne Kinder aus. Im Gegensatz dazu beträgt der Unterschied zwischen diesen zwei Kategorien sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien rund 11 %, während die Anteile an weiblichen Beschäftigten in Deutschland höher liegen als in Großbritannien.

Aus dem Drei-Länder-Vergleich der Teilzeitquoten von Frauen und Müttern lässt sich ableiten, dass das Ausmaß der ausgeübten Teilzeitbeschäftigung von Müttern im Vergleich zu dem der kinderlosen Frauen nur in geringem Maße in Schweden ansteigt, während sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien die Teilzeitquoten der Mütter doppelt so hoch liegen.

Tabelle 3: Überblick über familienpolitische Instrumentarien in Deutschland, Schweden und Großbritannien (anhand der entwickelten Indikatoren)

Indikatoren	Deutschland	Schweden	Großbritannien
I. Demografie			
Fertilitätsrate	1,38	1,91	1,92
Kinder- und Jugendquotient	18,2 %	23,0 %	23,8 %
Kinderlosigkeit	22 %	14 %	20,5 %
II. Familienbezogene Transfers			
Familienbezogene Transfers am BIP: Geld- vs. Sachleistungen	1,16 % vs. 0,89 %	1,58 % vs. 2,17 %	2,46 % vs. 1,38 %
Steuervergünstigung am BIP	1,01 %	keine Steuervorteile	0,38 %
Kindergeldzahlungen am BIP	1,8 %	0,7 %	0,8 %
Mutterschafts- und Elterngeldzahlungen am BIP	0,3 %	0,8 %	0,4 %
III. Betreuungsinfrastruktur für Kinder			
Betreuungsquote: U3 vs. Ü3	24 % vs. 91 %	52 % vs. 96 %	27 % vs. 72 %
Ausgaben für Betreuungsinfrastruktur am BIP: U3 vs. Ü3	0,1 % vs. 0,4 %	0,9 % vs. 0,5 %	0,5 % vs. 0,7 %
IV. Vereinbarkeit von Familie und Beruf			
Dauer des Mutterschaftsurlaubs und der Elternzeit	Mutterschutz: 14 Wochen Elternzeit: 3 Jahre	Mutterschutz: 14 Wochen Elternzeit: 16 Monate	Mutterschutz: 26 bzw. insgesamt 52 Wochen Elternzeit: 13 Wochen
Erwerbstätigkeitsquote von Frauen ohne Kind vs. von Müttern	77,81 % vs. 67,20 %	81,92 % vs. 80,30 %	74,45 % vs. 64,34 %
Teilzeitquote von Frauen ohne Kind vs. von Müttern mit unter sechsjährigem Kind	33,9 % vs. 64,8 %	34,4 % vs. 40 %	30,4 % vs. 58,3 %

Eigene Darstellung

Aus der Analyse ergibt sich also, dass die Familienpolitik Schwedens in erster Linie darauf abzielt, das egalitäre Doppeltverdiener-Modell, Geschlechtergleichheit sowie Frauenerwerbstätigkeit durch den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen zu fördern. Schweden verfügt demgemäß über die höchste Dichte an erschwinglichen und hochwertigen öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen, insbesondere für die unter dreijährige Kinder, was die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben erheblich erleichtert. Das Doppeltverdiener-Modell spiegelt sich zudem darin wider, dass erwerbstätige Eltern mehr finanzielle Unterstützung vom Staat erfahren als nicht berufstätige schwedische Mütter und Väter. Hierzulande findet man den größten Anteil an berufstätigen Müttern. „Dass so viele

schwedische Frauen berufstätig sind, wird [...] nicht nur als Ausdruck fortgeschrittenen Emanzipation interpretiert, sondern auch als pure wirtschaftliche Notwendigkeit“ (Stern 2007: 122) aufgrund der zum einen vergleichsweise geringen Barleistungen und zum anderen wegen äußerst hoher Steuersätze und Lebensunterhaltskosten. Die Autorin wertet diese Situation als mangelnde Wahlfreiheit der Schwedinnen, räumt aber gleichzeitig ein, dass schwedische Mütter ihre eigene Situation aufgrund des qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungsnetzes sowie einer positiven Einstellung zum Zweiverdienermodell generell als positiv empfinden (vgl. ebd.: 122).

In Großbritannien liegt die Verantwortlichkeit für das Leben bei jedem einzelnen Bürger, weil hierzulande wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik zum Tragen kommt, nach der sich der residuale Wohlfahrtsstaat in die privaten Angelegenheiten seiner Bürger nicht einmischt. Daher gibt es in Großbritannien keine explizite Familienpolitik. Der familienpolitische Fokus richtet sich vorrangig auf die Reduktion des Armutsrisikos von Familien. Der liberale Wohlfahrtsstaat Großbritannien zeichnet sich durch die höchsten monetären Transferzahlungen im Drei-Länder-Vergleich, geringe Karenzzahlungen, ein niedriges öffentliches Betreuungsangebot für Kinder und hohe Kosten für private Betreuungseinrichtungen aus, was die soziale Schichtungsprozesse vorantreibt. Obwohl sich die Familienpolitiken und Situationen von Familien in Großbritannien und in Schweden voneinander erheblich unterscheiden, weisen die beiden Länder annähernd gleich hohe Geburtsraten auf.

Die Grundpfeiler der deutschen Familienpolitik stellen insbesondere Kindergeld, Elternzeit und Ehegattensplitting dar. Dementsprechend zeichnet sich Deutschland im Unterschied zu den anderen Vergleichsländern durch vergleichsweise hohe staatliche Ausgaben für Kindergeldzahlungen, deutlich großzügigere Freistellungsregelungen für Mütter sowie durch die höchsten im EU-15-Vergleich steuerlichen Begünstigungen für Familien aus. In Deutschland findet man sowohl solche familienpolitische Instrumente, die das Alleinverdienermodell begünstigen, als auch diejenige, die Anreize für egalitäre Rollen- und Arbeitsteilung zwischen Ehepartnern schaffen. Zu der ersten Gruppe, nach Leitner ausgedrückt, der familisierenden politischen Maßnahmen gehören u.a. Ehegattensplitting, Elternzeit und das Betreuungsgeld. De-familisierende Instrumente des Doppelverdiener-Modells stehen demgegenüber wie bspw. Elterngeld als zeitlich begrenzte Lohnersatzleistung und Kinderbetreuungseinrichtungen (Kürschner 2010: 51). Die demografische Situation in Bezug auf das Geburtenniveau sieht in Deutschland in Gegensatz zu beiden anderen Vergleichsländern äußerst ernüchternd aus. Die Fertilitätsrate der deutschen Frauen liegt deutlich unter der Reproduktionsrate. Laut Peuckert herrscht in der zeitgenössischen

deutschen Gesellschaft die „Privilegierung eines Lebens ohne Kinder“ (zitiert nach Peuckert in Schreyögg 2013: 67). Dies bezieht sich in erster Linie auf die Arbeitswelt, wo vorrangig die Profite eine Rolle spielen und erst danach familiäre Belange. Peuckert legt dar, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im deutschen Wohlfahrtsstaat erst seit kurzem eine Bedeutung erlangen hat. Das Vereinbarkeitsthema ist in den letzten Jahren insbesondere in Verbindung mit der Geschlechtergleichstellung in den Vordergrund gerückt (vgl. ebd.: 67).

In Bezug auf den Vergleich von drei Untersuchungsländern lässt sich resümierend festhalten, dass im sozialdemokratischen Schweden die sozialen und politischen Rahmenbedingungen für Familien *relativ* am familienfreundlichsten konzipiert sind. Darauf deuten überdies die Ergebnisse der empirischen Untersuchung der Familienfreundlichkeit im europaweiten Vergleich von Diekmann und Plünnecke hin (vgl. Einleitung). Obwohl hierzulande ein bestimmtes Familienmodell durch entsprechende familienpolitische Instrumente teilweise aufgezwungen wird sowie aufgrund wirtschaftlicher Notwendigkeit unumgänglich ist. Es können aber gewisse minimalste Auflockerungen in Bezug auf das heiß propagierte Doppelverdiener-Modell konstatiert werden. Dies geschah infolge einer in 2008 implementierten familienpolitischen Reform, die eine finanzielle Unterstützung für die Betreuung der Kinder zu Hause vorsieht. „Die fast vier Jahrzehnte lang andauernde Erweiterung des ‚Doppelverdiener-Modells‘ in Schweden ist zum Erliegen gekommen - nichtsdestotrotz besteht es fort“ (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011: 3). Diese Behauptung lässt sich aber entkräften, da den meisten Eltern diese familienpolitische Maßnahme aufgrund seiner geringen Höhe als wenig attraktiv erscheint, deswegen stellt dieses Instrument keine wirkliche Hindernis auf dem Weg zur weiteren Erweiterung dieses Modells dar.

Die Familie wird in Großbritannien als Privatangelegenheit angesehen, deswegen hält sich der Staat bei der Familienförderung weitgehend zurück. Infolge steigender Armutsraten von Kindern bekam die britische Familienpolitik einen neuen Stellenwert: Diese wurde vorrangig auf das Kindeswohl umorientiert. Der wirtschaftsliberalen Logik der Eigenverantwortung zufolge kann angenommen werden, dass die höchsten im europäischen Vergleich familienbezogenen Gesamtausgaben vorrangig auf die Armutsbekämpfung und nicht für einen Ausgleich für Familien mit Kindern gegenüber kinderlosen Paarhaushalten gerichtet waren. Das Land ist zudem gekennzeichnet durch einen defizitären Ausbau von öffentlichen Kinderbetreuungsstätten. Die privatwirtschaftlichen Angebote sind durch hohe Beitragskosten charakterisiert. Deswegen können diese in erster Linie von den gut verdienenden Familien in Anspruch genommen werden. Obwohl die familienpolitische Situation in Großbritannien

nicht besonders günstig für Familien ausfällt, entscheiden sich dennoch viele britische Eltern häufiger für ein Kind, was sich in den vergleichsweise hohen Geburtenraten widerspiegelt.

In Deutschland lässt sich seit jüngerer Vergangenheit ein sukzessiver Paradigmenwechsel vom männlichen ErnährermodeLL hin zu einer „modernisierten Variante des klassischen ErnährermodeLLs“ (Hofäcker 2010: 5) mit starker Orientierung an Vereinbarkeit von Familie und Beruf konstatieren. Viele deutsche Mütter kehren nach der Elternzeit oftmals zunächst in Teilzeitarbeit auf den Arbeitsmarkt zurück, insbesondere aufgrund der mangelhaft ausgebauten Kinderbetreuungsinfrastruktur für unter dreijährige Kinder. Infolge des geringen Beitrags der Frau für das familiäre Budget wird diese geschlechtliche Arbeits- und Familienkonstellation als „weibliches ZuverdienermodeLL“ (zitiert nach Rüling 2004 in Hofäcker 2010: 5) bezeichnet. Trotzdem wirken immer noch einige familienpolitische Instrumente (bspw. Ehegattensplitting) familisierend bzw. status-konservierend auf das traditionelle FamilienmodeLL. Daraus lässt sich ableiten, dass die familienpolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland vorrangig Anreize für die Ausübung eines männlichen ErnährermodeLLs bzw. eines derzeit aktuellen „weiblichen ZuverdienermodeLLs“ schaffen. Gewisse Hindernisse für Vereinbarkeit von Familie und Beruf bestehen also für solche Frauen weiterhin fort, die sich unbedingt sowohl in der Familie als auch in der Arbeitswelt realisieren wollen.

5. Schluss

Im Falle der vorliegenden Arbeit konnten zum einen vier Wohlfahrtsregime in Hinsicht auf das jeweilige Ausmaß von Familienfreundlichkeit miteinander verglichen werden. Die Ergebnisse der durchgeführten Analyse lassen sich im Großen und Ganzen als eine Bestätigung für die Unterscheidung der vier analysierten Wohlfahrtsregimen interpretieren. Jedoch in Hinsicht auf die Ausprägung einiger Indikatoren ließ sich ein differenzierendes Bild beobachten, wo die Typologie von Wohlfahrtsregimen teilweise keinen gehaltvollen Erklärungsbeitrag liefern konnte.

Es konnte festgestellt werden, dass das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime in Bezug auf mehrere Indikatoren am besten im europäischen Vergleich rangiert. Hierzulande wird der in der Regel oft schwierige Balanceakt zwischen Familie und Beruf mittels entsprechenden familienpolitischen Instrumenten erleichtert. Die Rückkehr ins Erwerbsleben nach einer Geburt wird mit Hilfe einer sehr gut ausgebauten erschwinglichen Kinderbetreuungsinfrastruktur und kurzen Erwerbspausen mit geringen Einkommenseinbußen möglich gemacht (Reich 2008: 818f.). Dies hat wiederum positive Effekte auf das Geburtenniveau in skandinavischen Ländern: Das sozialdemokratische Regime positioniert sich im oberen Drittel des europäischen 15-Länderrankings.

Eine Gemeinsamkeit in der Höhe der Geburtenrate weist das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime auf: Großbritannien und Irland rangieren sogar vor dem sozialdemokratischen Regime. Der Gedanke einer expliziten Familienpolitik wird hierzulande negiert. Deutliche Unterschiede lassen sich infolgedessen in den familienpolitischen Rahmenbedingungen konstatieren. Dieses Wohlfahrtsregime tätigt die umfangreichsten Ausgaben im europaweiten Vergleich für familienbezogene Transfers, wobei ein Löwenanteil in die monetäre Familienförderung investiert wird. Zugegebenermaßen erwies sich dieses Ergebnis äußerst unerwartet, da es der „reinen“ wirtschaftsliberalen Wohlfahrtslogik widerspricht. Infolge geringer Subventionierung des familienbezogenen Dienstleistungsbereichs, insbesondere der U3-Kinderbetreuungsinfrastruktur, fällt die Betreuungsquote von Kindern unter drei Jahren erwartungsgemäß niedrig aus. Die unmittelbare Folge davon ist eine im europäischen Vergleich niedrigere Erwerbsquote von Müttern. Aufgrund der übergeordneten Stellung des Marktes im residualen Wohlfahrtsstaatstyp zeigt dieses Regime eine große Zurückhaltung im Hinblick auf Eingriffe in die Institution Familie, die der wirtschaftsliberalen Wohlfahrtslogik zufolge in der Eigenverantwortung jeder einzelnen Person liegen soll. Die Intervention in die private Sphäre erfolgt ausschließlich in gewissen Ausnahmefällen, was am Beispiel von Großbritannien aufgezeigt werden konnte. Hierzulande wurde in Folge steigender Armutsraten von Familien der familienpolitische Fokus gewechselt: Die familienbezogenen Ausgaben wurden massiv intensiviert.

Im Gegensatz zu den oben genannten Wohlfahrtregimen weist die Mehrheit der kontinentaleuropäischen Länder des konservativen Wohlfahrtsstaatstyps Fertilitätsraten auf einem mittleren Niveau auf. Sonderfälle aus dieser Ländergruppe stellen jedoch Frankreich und Deutschland dar, die auf zwei entgegengesetzten Polen des Rankings zu finden sind. Während Frankreich aufgrund seiner pronatalistisch orientierten Familienpolitik eine Spitzenposition im europäischen Vergleich einnimmt, ist Deutschland samt den Ländervertretern des familistischen Regimes am Ende der Rangliste positioniert. Weitere Unterschiede ergeben sich aus der Analyse der familienpolitischen Maßnahmen. Das konservative Regime setzt vorrangig auf monetäre Transferzahlungen und Steuervergünstigungen für Familien. Da die Ausgaben für Dienstleistungen auf einem relativ niedrigen Niveau sind, fallen Betreuungsquoten für Kinder dementsprechend gering aus. Dies hat wiederum Effekte auf die Erwerbsquote der Mütter. Die meisten Mütter müssen nach der Geburt eines Kindes auf das Berufsleben für eine längere Zeitperiode verzichten, da sich Familie und Arbeit schwer vereinbaren lassen.

Am ungünstigsten fällt die Situation der Familien im familistischen Regime aus: die südeuropäischen Staaten schneiden in Hinsicht auf mehrere Indikatoren am schlechtesten im EU-15-Vergleich ab. Der familistische Wohlfahrtsstaatstyp zeichnet sich durch auffallend geringe finanzielle Förderung der Familien aus. Hierzulande werden den Familien minimale steuerliche Vorteile gewährt. Die Betreuungsquoten liegen entweder im Mittelfeld oder im unteren Feld des Rankings, womöglich nicht zuletzt infolge der niedrigen Investitionen für die Kinderbetreuungsinfrastruktur. Aus diesem Grund sind die Erwerbstätigkeitsquoten südeuropäischer Mütter mithin auf einem niedrigen Niveau. So eine mangelnde finanzielle Unterstützung der Familien wirkt sich in vieler Hinsicht negativ auf die demografische Situation in diesen Ländern aus: Das familistische Regime verfügt über eine niedrige Geburtenziffer im europäischen Vergleich.

Die Ergebnisse der komparativen Analyse des deutschen, schwedischen und britischen Familienprofils haben zum anderen ergeben, dass sich alle drei Repräsentanten des jeweiligen Wohlfahrtsstaatstypus in der Ausgestaltung der Familienpolitik erwartungsgemäß grundlegend voneinander unterscheiden.

Die Länderbeispiele haben verdeutlicht, dass die familienbezogenen Politiken in den drei Vergleichsländern höchst vielseitig sind. Sie sind durch unterschiedliche Ziele und damit verbunden unterschiedliche Instrumente gekennzeichnet, die sich teilweise verstärken, behindern oder auch neutral gegenüberstehen (Deutscher Bundestag 2006: 60). Unterschiede ergeben sich also hauptsächlich in der Schwerpunktsetzung des jeweiligen Vergleichslandes. Während die schwedische Familienpolitik durch universalistische Prinzipien und Gleichberechtigung gekennzeichnet ist, beruht die Familienpolitik des liberalen Wohlfahrtsstaates Großbritanniens auf einer Idee der Nicht-Einmischung ins private Leben seiner Bürger. Im Gegensatz zu diesen Ländern ist die deutsche Familienpolitik eher pro-traditionell konzipiert, obwohl hierzulande neulich ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat. Demnach wird der familienpolitische Fokus aktuell auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelegt und somit distanziert sich Deutschland sukzessiv von dem klassischen männlichen Alleinverdienermodell.

Resümierend lässt sich festhalten, dass sich nicht jede Familie für das Zweiverdienermodell entscheiden muss bzw. wird, dennoch müssen die familienfreundlichen Rahmenbedingungen in Deutschland so ausgestaltet werden, so dass diejenige Eltern, für welche so ein Familienmodell in Frage kommen würde, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf problemlos meistern könnten. Und wiederum denjenigen Eltern, die traditionelle Rollenteilung präferieren, keine Steine in den Weg gelegt werden, bspw. in Form von Sanktionen seitens des Staates und der Wirtschaftswelt.

Familienfreundlichkeit muss also zuallererst in den Köpfen der einzelnen Menschen anfangen. Familienpolitik muss von Familien mitgestaltet werden können, indem u.a. familiäre Bedürfnisse bei politischen und wirtschaftlichen Strukturen Gehör finden.

Es bleibt zu hoffen, dass Deutschland seinen eigenen Weg in Hinsicht auf Ausgestaltung der Familienpolitik finden wird, der auf breite Zustimmung bei der Bevölkerung stößt. Für die Beurteilung der familienpolitischen Handlungen soll sich die deutsche Familienpolitik stärker auf die Zufriedenheit der Eltern orientieren, damit die in der Einleitung dargelegten Prophezeiungen der Statistiker, die nach 2020 einen dramatischen Einbruch der Geburtenrate vorhersagen, sich im Jahre 2020 letztendlich als falsch und unbegründet erweisen würden.

Literaturverzeichnis

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2010). *Statistischer Bericht. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege in Berlin*. In: https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Publikationen/Stat_Berichte/2010/SB_K5-7_j01-10_BE.pdf (Zugriff: 05.07.2014).

Andersson, G./Hoem, J. M./Duvander, A-Z. (2006). *Schnelle Geburtenfolge in Schweden durch „Geschwindigkeitsprämie“ - aber nicht alle Eltern partizipieren gleichermaßen*. In: http://www.zdwa.de/zdwa/artikel/20080228_62479350.php (Zugriff: 30.07.2014).

AWO Sozialbarometer (2012). *Mehrheit findet Deutschland familienunfreundlich*. In: <http://www.awo-sozialbarometer.org/archiv/2012/februar/> (Zugriff: 01.08.2014).

Bahle, T. (1995). *Familienpolitik in Westeuropa. Ursprünge und Wandel im internationalen Vergleich*. Main/New York: Campus Verlag GmbH.

Bär, D. (2010). *Instrumente einer erfolgreichen Familienpolitik*. In: Politische Studien 430, 61. Jahrgang. München: Hanns-Seidel-Stiftung e.V. http://www.hss.de/uploads/tx_ddceventsbrowser/PS-430.pdf (Zugriff: 31.07.2014).

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2011). *Vorbildliche Familienpolitik: das schwedische Doppelverdiener-Modell*. In: http://www.berlin-institut.org/newsletter/Ausgabe_26_01_2011.html.pdf (Zugriff: 30.07.2014).

(BiB) Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2012). *(Keine) Lust auf Kinder?* In: http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Broschueren/keine_lust_auf_kinder_2012.pdf?__blob=publicationFile&v=17 (Zugriff: 16.06.2014).

Blome, A./Keck, W./Alber, J. (2008). *Generationenbeziehungen im Wohlfahrtsstaat*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Blum, S. (2012). *Familienpolitik als Reformprozess. Deutschland und Österreich im Vergleich*. Wiesbaden: Springer VS.

Blüm, N. (2012). *Familie und Beruf: Von wegen Vereinbarkeit*. In: <http://www.zeit.de/2012/42/Ehe-Familie-Karriere> (Zugriff: 03.08.2014).

Bode, I. (2013). *Die Infrastruktur des postindustriellen Wohlfahrtsstaats. Organisation, Wandel, gesellschaftliche Hintergründe*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Bouß, I. (2006). *Familie und Familienpolitik in Deutschland. Gesellschaftliche und sozialpolitische Einflussnahme auf die Familiengründung*. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller.

Bujard, M. (2011). *Geburtenrückgang und Familienpolitik. Ein interdisziplinärer Erklärungsansatz und seine empirische Überprüfung im OECD-Länder-Vergleich 1970-2006*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

(BMAS) Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2014). *Sozialkompass Europa. Soziale Sicherheit im Vergleich. Begleittexte zur Datenbank*. In: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a801-sozial-kompass-europasoziale-409.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 05.07.2014).

(BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2003). *Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung*. Berlin: DruckVogt GmbH. In: http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/broschuere-nachhaltige-familienpolitik-r_C3_BCrup.property=pdf.pdf (Zugriff: 18.05.2014).

(BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2006). *Erosion des männlichen Ernährersmodells? Die Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern unter drei Jahren.* In: http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/erosion-m_C3_A4nnliches-ern_C3_A4hrermodell.pdf (Zugriff: 18.05.2014).

(BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2006a). *Monitor Familienforschung.* In *Familien wirksam investieren – Familienleistungen in Deutschland.* In: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Newsletter/Monitor-Familienforschung/2006-02/Medien/familienleistungen-in-deutschland.property=pdf,bereich=rwb=true.pdf> (Zugriff: 27.07.2014).

(BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2007). *Familienfreundlichkeit vor Ort.* In: http://www.beruf-und-familie.de/system/cms/data/dl_data/af87ee94ddea388c62cd60dbe8161a7a/bmfsfj_monitor_familienforschung_2007_11.pdf (Zugriff: 02.06.2014).

(BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2008). *Das Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit im internationalen, insbesondere europäischen Vergleich.* In: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/beeg-vergleichskapitel.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> (Zugriff: 05.07.2014).

(BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010). *Europäischer Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit.* In: http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Europ_C3_A4ischer-Unternehmensmonitor-Familienfreundlichkeit-deutsch.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf (Zugriff: 04.06.2014).

(BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010a). *Bestandsaufnahme der familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen des Staates im Jahr 2010.* In: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/familienbezogene-leistungen-tableau-2010.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> (Zugriff: 17.07.2014).

(BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2011). *Familienpolitik und Geburtenrate. Ein internationaler Vergleich.* In: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Familienpolitik-und-Geburtenrate.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> (Zugriff: 17.06.2014).

(BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2011a). *Mutterschutzgesetz.* In: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gesetze,did=3264.html> (Zugriff: 05.07.2014).

(BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012). *Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Achter Familienbericht.* Stand: Mai 2012. In: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/Achter-familienbericht.pdf> (Zugriff: 18.05.2014).

(BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012a). *Familienreport 2012. Leistungen, Wirkungen, Trends.* In: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Familienreport-2012.pdf> (Zugriff: 28.05.2014).

(BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012b). *Geburten und Geburtenverhalten in Deutschland. Aktuelle Erkenntnisse aus der Wissenschaft im Überblick.* In: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/Geburten->

und-geburtenverhalten-in-D.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf (Zugriff: 16.06.2014).

(BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012c). *Das Kindergeld*. In: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/familie,did=31470.html> (Zugriff: 17.07.2014).

(BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012d). *Elterngeld und Elternzeit. Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz*. In: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Elterngeld-und-Elternzeit.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> (Zugriff: 18.07.2014).

(BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012e). *Achter Familienbericht. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik*. In: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/Achter-familienbericht.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> (Zugriff: 28.07.2014).

(BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2013). *Politischer Bericht zur Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen*. In: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/familienbezogene-leistungen.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> (Zugriff: 17.07.2014).

(BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2013a). *Leitfaden zum Mutterschutz*. In: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Mutterschutzgesetz.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> (Zugriff: 17.07.2014).

(BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2014). *Das Elterngeld*. In: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/rechner,did=76746.html> (Zugriff: 17.07.2014).

(BMFSFJ) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2014a). *ElterngeldPlus: Moderne Familienpolitik setzt auf Partnerschaftlichkeit*. In: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/familie,did=207628.html> (Zugriff: 17.07.2014).

Burkart, G. (2007). *Eine Kultur des Zweifels. Kinderlosigkeit und die Zukunft der Familie*. In: Konietzka, D./Kreyenfeld, M. (Hrsg.). *Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Deutscher Bundestag (2006). *Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik und Stellungnahme der Bundesregierung*. In: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/013/1601360.pdf#page=97> (Zugriff: 30.07.2014).

Die WELT (2009). *Frankreich ist Fruchtbarkeitseuropameister*. In: <http://www.welt.de/politik/article3025853/Frankreich-ist-Fruchtbarkeitseuropameister.html> (Zugriff: 29.07.2014).

Die WELT (2013). *Deutschland droht 2020 Einbruch der Geburtenzahl*. In: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article121657126/Deutschland-droht-2020-Einbruch-der-Geburtenzahl.html> (Zugriff: 01.08.2014).

Diekmann, L.-C./Plünnecke, A. (2009). *Familienfreundlichkeitsindex. Deutsche Familienpolitik im europäischen Vergleich*. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft Köln GmbH.

Dobritz, J./Ruckdeschel, K. (2007). *Kinderlosigkeit in Deutschland – Ein europäischer Sonderweg? Daten, Trends, Gründe*. In: Konietzka, D./Kreyenfeld, M. (Hrsg.). *Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Dörfler, S. (2009). *Familienähnliche Kinderbetreuung in vier europäischen Wohlfahrtsstaaten. Österreich, Frankreich, Schweden und Großbritannien im Vergleich*. In: Tazi-Preve, M. I. (Hrsg.) *I. Familienpolitik. Nationale und internationale Perspektiven*. Opladen&Farmington Hills: Budrich UniPress.

Dörfler, S./Mühling, T. (2011). Familienpolitik in Schweden. In: Mühling, T./Schwarze, J. (Hrsg.). *Lebensbedingungen von Familien in Deutschland, Schweden und Frankreich. Ein familienpolitischer Vergleich*. Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.

Dörfler, S./Mühling, T./Schwarze, J. (2011). *Familienpolitik in Deutschland, Frankreich und Schweden – Entstehung, Zielsetzungen und Maßnahmen*. In: Mühling, T./Schwarze, J. (Hrsg.). *Lebensbedingungen von Familien in Deutschland, Schweden und Frankreich. Ein familienpolitischer Vergleich*. Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.

(EBG) Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (2010). *Eine Familie gründen. Gemeinsam Regie führen, Szene 2*. In: <http://www.ebg.admin.ch/themen/00009/00088/00349/index.html?lang=de> (Zugriff: 19.05.2014).

Esping-Andersen, G. (1990). *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press.

Esping-Andersen, G. (1998). *Die Drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates*. In: Lessenich, S./Ostner, I. (Hrsg.). *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag GmbH.

Esping-Andersen, G. (1999). *Social Foundations of Postindustrial Economies*. Oxford/New York: Oxford University Press.

Esser, H. (2000). *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 5: Institutionen*. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag GmbH.

Europäische Kommission (2008). *Family life and the needs of an ageing population. Analytical report*. In: http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_247_en.pdf (Zugriff: 30.07.2014).

Europäische Kommission (2013). *Ihre Rechte der sozialen Sicherheit in Schweden*. In: http://ec.europa.eu/employment_social/empl_portal/SSRinEU/Your%20social%20security%20Rights%20in%20Sweden_de.pdf (Zugriff: 22.07.2014).

European Union (2014). *Schweden : Erfolgreiche Vereinbarung von Beruf und Familienleben*. In: http://europa.eu/epic/countries/sweden/index_de.htm (Zugriff: 22.07.2014).

Eurostat (2013). *Bevölkerungsstatistik auf regionaler Ebene*. In: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Population_statistics_at_regional_level/de (Zugriff: 30.07.2014).

Eurostat (2014). *Europäischer Datenservice*. In: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_database?cookies=disabled (Zugriff: 16.06.2014).

Eurostat Glossar (2014). *Das Glossar*. In: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Category:Glossary/de (Zugriff: 16.06.2014).

Festl, E./Lutz, H./Schratzenstaller, M. (2010). *Mögliche Ansätze zur Unterstützung von Familien*. In:

http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=40330&mime_type=application/pdf (Zugriff: 27.07.2014).

Gauthier, A. H. (1996). *The state and the family: A comparative analysis of family policies in industrialized countries*. Oxford: Clarendon Press.

Gerlach, I. (2010). *Familienpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Groß, T./Hardmeier, S. (2009). *Sinkende Geburtenraten als Herausforderung für den Wohlfahrtsstaat: Lösungswege der Familien- und Arbeitsmarktpolitik im internationalen Vergleich*. In: <http://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/20743/ssoar-2009-gro-et-al-sinkende-geburtenraten-als-herausforderung-fur.pdf?sequence=1> (Zugriff: 17.05.2014).

Hantrais, L. (2004). *Improving policy responses and outcomes to socio-economic challenges: changing family structures, policy and practice (Iprosec). Final Report*. In: http://ec.europa.eu/research/social-sciences/pdf/improving-policy-responses_en.pdf (Zugriff: 28.05.2014).

Hellmann, M./Borchers, A. (2002). *Familien- und Kinderfreundlichkeit. Prüfverfahren – Beteiligung – Verwaltungshandeln. Ein Praxisbuch für Kommunen*. In: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/PRM-23696-SR-Band-221.property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf> (Zugriff: 02.06.2014).

Hofäcker, D. (2010). *Vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell. Bestandsaufnahme und internationale Perspektiven*. In: http://www.ifb.bayern.de/imperia/md/content/stmas/ifb/materialien/mat_2009_3.pdf (Zugriff: 31.07.2014).

Holtmann, D. (2012). *Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich*. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam.

Holtmann, D. (2012a). *Die Wohlfahrt der Nationen: 40 Länder-Fallstudien zu den Institutionen und ihrer Performanz*. Aachen: Shaker Verlag GmbH.

Humme, C. (2010). *Auf die richtige Mischung kommt es an: Infrastruktur, Zeit und Geld für Familien*. In: <https://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/C7ADC52ED6076299E04400144FAFB1DA> (Zugriff: 03.08.2014).

(ifo Institut) Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (2011). *Kinderbetreuung*. In: http://www.cesifo-group.de/DocDL/ifo_Forschungsbericht_59.pdf (Zugriff: 18.07.2014).

(ifo Institut) Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (2012). *Kindergeld*. In: http://www.cesifo-group.de/DocDL/ifo_Forschungsbericht_60.pdf (Zugriff: 17.07.2014).

Kapella, O. (2007). *Familienfreundlichkeit: Definition und Indikatoren*. In: http://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/35662/ssoar-2007-kapella-Familienfreundlichkeit_Definition_und_Indikatoren.pdf?sequence=1 (Zugriff: 02.06.2014).

Kaufmann, F.-X. (1993). *Familienpolitik in Europa*. In: <http://pub.uni-bielefeld.de/luur/download?func=downloadFile&recordId=1775058&fileId=2311760> (Zugriff: 02.08.2014).

Klein, U. (2006). *Geschlechterverhältnisse und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union. Akteure – Themen – Ergebnisse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Klingholz, R. (2012). *Familienpolitik braucht einen langen Atem*. In: ifo Schnelldienst. *Familienpolitik in Deutschland: Trotz hoher Ausgaben nur wenig erfolgreich?* <https://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/C7ADC52ED6076299E04400144FAFB1DA> (Zugriff: 27.07.2014).

Kreyenfeld, M./Konietzka, D. (2007). *Kinderlosigkeit in Deutschland – theoretische Probleme und empirische Ergebnisse*. In: Konietzka, D./Kreyenfeld, M. (Hrsg.). *Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kürschner, I. (2010). *Wahlfreiheit – Ein realistisches Ziel der Familienpolitik?* Politische Studien 430, 61. Jahrgang. München: Hanns-Seidel-Stiftung e.V. http://www.hss.de/uploads/tx_ddceventsbrowser/PS-430.pdf (Zugriff: 31.07.2014).

Lay, C. (2006). *Abschied vom „Ernährermodell“*. Zur Familien-, Sozial- und Arbeitspolitik der Neuen Linken. In: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/193Lay.pdf (Zugriff: 17.05.2014).

Lee, J-S. (1999). *Familie und staatliche Familienpolitik in Deutschland im Lichte der sozialwissenschaftlichen Diskussion. Rekapitulation und kritische Analyse*. Würzburg: Ergon Verlag.

Leibert, T. (2014). *Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland und Europa*. In: http://aktuell.nationalatlas.de/wp-content/uploads/14_01_Frauenerwerbstaetigkeit.pdf (Zugriff: 19.07.2014).

Leitner, S. (2011). *Gibt es ein „good practice“-Modell der Familienpolitik im Lichte der komparativen Wohlfahrtsforschung?* In: Kreimer, M./Sturm, R./Dujmovits, R. (Hrsg.). *Paradigmenwechsel in der Familienpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Leitner, S. (2013). *Varianten von Familialismus. Eine historisch vergleichende Analyse der Kinderbetreuungs- und Altenpflegepolitiken in kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten*. Berlin: Duncker&Humboldt GmbH.

Leitner, S./Ostner, I./Schratzstaller, M. (2004). *Einleitung: Was kommt nach dem Ernährermodell? Sozialpolitik zwischen Re-Kommodifizierung und Re-Familialisierung*. In: Leitner, S./Ostner, I./Schratzstaller, M. (Hrsg.). *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Lessenich, S./Ostner, I. (1998). *Welten des Wohlfahrtskapitalismus – Wandel der Wohlfahrtsstaatsforschung: Beiträge aus der „dritten Welt“*. In: Lessenich, S./Ostner, I. (Hrsg.). *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag GmbH.

Lessenich, S. (2003). *Dynamischer Immobilismus. Kontinuität und Wandel im deutschen Sozialmodell*. Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH.

Lewis, J. (2003). *Erwerbstätigkeit versus Betreuungsarbeit*. In: Gerhard, U./Knijn, T./Weckwert, A. *Erwerbstätige Mütter. Ein europäischer Vergleich*. München: Verlag C.H. Beck oHG.

Lewis, J. (2004). *Auf dem Weg zur „Zwei-Erwerbstätigen“-Familie*. In: Leitner, S./Ostner, I./Schratzstaller, M. (Hrsg.). *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Liminski, J. (2010). *Familienpolitik: Vor allem eine Frage der Gerechtigkeit*. In: <https://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/C7ADC52ED6076299E04400144FAFB1DA> (Zugriff: 03.08.2014).

(MISSOC) Gegenseitiges Informationssystem für soziale Sicherheit (2014). *Vergleichende Tabellen Datenbank*. In: http://www.missoc.org/MISSOC/INFORMATIONBASE/COMPARATIVETABLES/MISSOCDATABASE/comparativeTableSearch_de.jsp (Zugriff: 22.07.2014).

Mühling, T. (2011). *Zusammenfassung der strukturellen Unterschiede der Familienpolitik in Deutschland, Frankreich und Schweden*. In: Mühling, T./Schwarze, J. (Hrsg.). *Lebensbedingungen von Familien in Deutschland, Schweden und Frankreich. Ein familienpolitischer Vergleich*. Opladen&Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.

Mühling, T./Rupp, M. (2008). *Familie*. In: Baur, N./Korte, H./Löw, M./Schroer, M. (Hrsg.). *Handbuch Soziologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Mühling, T./Schwarze, J. (2011). *Die Entwicklung und Ausgestaltung der deutschen Familienpolitik im Überblick*. In: Mühling, T./Schwarze, J. (Hrsg.). *Lebensbedingungen von Familien in Deutschland, Schweden und Frankreich. Ein familienpolitischer Vergleich*. Opladen&Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.

Nave-Herz, R. (2003). *Familie zwischen Tradition und Moderne. Ausgewählte Beiträge zur Familiensoziologie*. Oldenburg: Bibliotheks- und Informationssystem der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Obinger, H./Wagschal U. (1998). *Drei Welten des Wohlfahrtsstaates? Das Stratifizierungskonzept in der clusteranalytischen Überprüfung*. In: Lessenich, S./Ostner, I. (Hrsg.). *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag GmbH.

(OECD) Organisation for Economic Co-operation and Development (2007). *Glossary of statistical terms: EU-15*. In: <http://stats.oecd.org/glossary/detail.asp?ID=6805> (Zugriff: 12.06.2014).

(OECD) Organisation for Economic Co-operation and Development (2010). *OECD Family Database. SF2.5. Childlessness. Chart SF2.5.B Definitive childlessness im Excel*. In: www.oecd.org/els/family/42294015.xls (Zugriff: 16.06.2014).

(OECD) Organisation for Economic Co-operation and Development (2013). *OECD Family Database. Public spending on family benefits*. In: http://www.oecd.org/els/soc/PF1_1_Public_spending_on_family_benefits_Dec2013.pdf (Zugriff: 28.07.2014).

(OECD) Organisation for Economic Co-operation and Development (2014). *OECD Family Database*. In: www.oecd.org/social/family/database (Zugriff: 22.06.2014).

Office for National Statistics (2013). *A look at childlessness and fertility patterns over the last 70 years*. In: <http://www.ons.gov.uk/ons/rel/fertility-analysis/cohort-fertility--england-and-wales/2011/sty-1-in-5-women-are-childless-at-45.html> (Zugriff: 25.07.2014).

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (2010). *Mutterschafts-, Vaterschafts- und Elternurlaub im EU-Vergleich*. In: http://www.oegfe.at/cms/uploads/media/Tabelle_211210_01.pdf (Zugriff: 21.06.2014).

Persson, L. (2010). *Trend reversal in childlessness in Sweden*. In: <http://www.unece.org/fileadmin/DAM/stats/documents/ece/ces/ge.11/2010/wp.11.e.pdf> (Zugriff: 21.07.2014).

Pfeiffer, J. (2012). *Back to the Roots: Familienpolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe*. In: www.cesifo-group.de/DocDL/ifosd_2012_15_1.pdf (Zugriff: 11.07.2014).

Possinger, J. (2012). *Der 8. Familienbericht der Bundesregierung – enttäuschte Erwartungen?* In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für Öffentliche und Private Fürsorge, Vol. 92, No. 6.

Reich, N. (2008). *Deutsche Familienpolitik im internationalen Vergleich*. In: http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Externe_PDFs/816-822-Reich_1.pdf (Zugriff: 28.07.2014).

Rieger, E. (1998). *Soziologische Theorie und Sozialpolitik im entwickelten Wohlfahrtsstaat*. In: Lessenich, S./Ostner, I. (Hrsg.). *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag GmbH.

Rohwer, A. (2008). *Bismarck versus Beveridge: Ein Vergleich von Sozialversicherungssystemen in Europa*. In: <http://core.kmi.open.ac.uk/download/pdf/6486645.pdf> (Zugriff: 03.06.2014).

Rüling, A./Kassner, K. (2007). *Familienpolitik aus der Gleichstellungsperspektive. Ein europäischer Vergleich*. In: <http://library.fes.de/pdf-files/do/04262.pdf> (Zugriff: 18.07.2014).

Schneider, N./Bujard, M./Henry-Hutmacher, C./Mayer, T./Possinger, J./Speich, M. (2013). *Moderne Familien – neue Politik: Ziele, Strategien und Handlungsebenen einer nachhaltigen Familienpolitik. Impulspapier zur Familienpolitik im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung*. In: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/impulspapier-familienpolitik-demografiestrategie.pdf> (Zugriff: 17.05.2014).

Schreyögg, A. (2013). *Familie trotz Doppelkarriere. Vom Dual Career zum Dual Care Couple*. Wiesbaden: Springer VS.

Schubert, K./Klein, M. (2011). *Das Politiklexikon*. Bonn: Dietz.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013). *Kindertagesbetreuung regional 2013. Ein Vergleich aller 402 Kreise in Deutschland*. In: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/KinderJugendhilfe/KindertagesbetreuungRegional5225405137004.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 18.07.2014).

Statistisches Bundesamt (2012). *Geburtentrends und Familiensituation in Deutschland*. In: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/HaushalteMikrozensus/Geburtentrends5122203129004.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 10.07.2014).

Statistisches Bundesamt (2012a). *Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ergebnisse des Mikrozensus 2011*. In: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Bevoelkerung/VereinbarkeitFamilieBeruf_122012.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 19.07.2014).

Statistisches Bundesamt (2013). *Kind und Beruf: Nicht alle Mütter wollen beides*. In: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/STATmagazin/Bevoelkerung/2013_02/2013_02KindUndBeruf.html (Zugriff: 05.07.2014).

Statistisches Bundesamt (2014). *Zahlen und Fakten: Geburtenraten und Tempoeffekt*. In: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/GeburtenratenTempoeffekt.html> (Zugriff: 16.06.2014).

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2014). *Strukturkompass. Indikator: Betreuungsquote der 3- bis unter 6-Jährigen*. In: <https://www.statistik.sachsen-anhalt.de/apps/StrukturKompass/indikator/zeitreihe/114> (Zugriff: 18.07.2014).

Stern, N. (2007). *Familienpolitische Konzepte im Ländervergleich. Sprungbrett oder Stolperstein für erwerbstätige Mütter?* Marburg: Tectum Verlag.

Stewens, C. (2010). *Familienpolitik: Förderung von Familien – nach welchem Konzept?* In: <https://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/C7ADC52ED6076299E04400144FAFB1DA> (Zugriff: 03.08.2014).

Stiftung für Zukunftsfragen (2014). *Die Zukunft der Familie. Im Zentrum des Lebens*. In: <http://www.stiftungfuerzukunftsfragen.de/de/forschung/forschungsthemen/die-zukunft-der-familie.html> (Zugriff: 03.08.2014).

Stimmen der Zeit (2014). *Irland und die katholische Kirche*. In: http://www.stimmen-der-zeit.de/zeitschrift/archiv/beitrag_details?k_beitrag=2796476&query_start=1&k_produkt=2801082 (Zugriff: 27.07.2014).

Sturm, R. (2011). *Familienpolitik zwischen Krise und Paradigmenwechsel*. In: Kreimer, M./Sturm, R./Dujmovits, R. (Hrsg.). *Paradigmenwechsel in der Familienpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Süddeutsche Zeitung (2012). *Kinderkriegen so unattraktiv wie nie*. In: <http://www.sueddeutsche.de/politik/sinkende-geburtenszahlen-eltern-werden-so-unattraktiv-wie-nie-1.1552335> (Zugriff: 01.08.2014).

TNS Emnid (2013). *Familienpolitik. Eine repräsentative Umfrage von TNS Emnid im Auftrag von Jako-o anlässlich der Bundestagswahl 2013*. In: https://www.jako-o.de/medias/sys_master/h35/hdb/8823701667870.pdf (Zugriff: 31.07.2014).

Träger, J. (2009). *Familie im Umbruch. Quantitative und qualitative Befunde zur Wahl von Familienmodellen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Wingen, M. (1997). *Familienpolitik. Grundlagen und aktuelle Probleme*. Stuttgart: Verlagsgesellschaft Lucius&Lucius.

Wunderlich, H. (2014). *Familienpolitik vor Ort. Strukturen, Akteure und Interaktionen auf kommunaler Ebene*. Wiesbaden: Springer VS.

Anhang

A1

Chancen und Risiken der verschiedenen Aufteilungen von Erwerbs- und Familienarbeit

Person 1	Person 2	Das sind die Chancen.	Diese Risiken gilt es zu bedenken.
Beruf hat für beide Vorrang			
Vollzeit Beruf	Vollzeit Beruf	<ul style="list-style-type: none"> • zwei volle Einkommen, mehr Geld • Karriere für beide möglich, wenn familienergänzende Kinderbetreuung gewährleistet 	<ul style="list-style-type: none"> • wenig Zeit für Kind und Haushalt • hohe Kosten für Kinderbetreuung und Haushaltshilfen • evtl. Überanstrengung aufgrund der Doppelbelastung
Rollenaufteilung			
Vollzeit Beruf	Vollzeit Haus- und Familienarbeit	<ul style="list-style-type: none"> • klar aufgeteilte Bereiche • Vorteile durch Spezialisierung • ein Elternteil hat genügend Zeit für die Bedürfnisse des Kindes und für den Haushalt • Karriere für einen Elternteil möglich 	<ul style="list-style-type: none"> • nur ein Einkommen (finanzielle Situation bei Stellenverlust bedenken!) • einseitige Entwicklung von Kompetenzen durch Spezialisierung • Kind vor allem auf eine Betreuungsperson bezogen (wichtig bei der Klärung der elterlichen Obhut im Scheidungsfall) • relativ wenig Zeit für Eltern-Kind-Beziehung bei Vollzeitberbstätigkeit
Vollzeit Haus- und Familienarbeit	Vollzeit Beruf		
Teilzeitmodelle für sie und ihn			
Vollzeit Beruf (sowie anteilig Haus- und Familienarbeit)	Teilzeit Beruf + Teilzeit Haus- und Familienarbeit	<ul style="list-style-type: none"> • zwei Einkommen, je nachdem mehr Geld sowie mehr Sicherheit bei Stellenverlust eines Elternteils • berufliche Weiterentwicklung je nach Grad der Teilzeitbeschäftigung für beide möglich (Achtung: Zu kleine Teilzeitpensen sind meist immer noch Karrierekiller) • familienergänzende Kinderbetreuung, anregend für Kind 	<ul style="list-style-type: none"> • Kosten für familienergänzende Kinderbetreuung • Doppelbelastung für mindestens einen Elternteil • Kind vor allem auf eine Betreuungsperson bezogen (wichtig bei der Klärung der elterlichen Obhut im Scheidungsfall) • relativ wenig Zeit für Eltern-Kind-Beziehung bei Vollzeitberbstätigkeit
Teilzeit Beruf + Teilzeit Haus- und Familienarbeit	Vollzeit Beruf (sowie anteilig Haus- und Familienarbeit)		
Teilzeit Beruf + Teilzeit Haus- und Familienarbeit	Teilzeit Beruf + Teilzeit Haus- und Familienarbeit	<ul style="list-style-type: none"> • zwei Einkommen, mehr Sicherheit bei Stellenverlust eines Elternteils • beide kompetent in beiden Bereichen • Kind betreut von beiden Eltern, evtl. zusätzlich familienergänzende Kinderbetreuung, anregend für Kind • mehr Einsicht in die Lebenswelt des Partners, der Partnerin 	<ul style="list-style-type: none"> • grosser Koordinationsaufwand • hohe Anforderung an die Koordination beider beruflichen Laufbahnen • Kosten für familienergänzende Kinderbetreuung

Quelle: Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann 2010: 6

A2

Gruppierung der Wohlfahrtsstaaten nach den drei Wohlfahrtsdimensionen

Konservatismus		Liberalismus		Sozialismus	
Österreich	8	Australien	10	Dänemark	8
Belgien	8	Kanada	12	Finnland	6
Frankreich	8	Japan	10	Niederlande	6
Deutschland	8	Schweiz	12	Norwegen	8
Italien	8	USA	12	Schweden	8
Finnland	6	Dänemark	6	Australien	4
Irland	4	Frankreich	8	Belgien	4
Japan	4	Deutschland	6	Kanada	4
Niederlande	4	Italien	6	Deutschland	4
Norwegen	4	Niederlande	8	Neuseeland	4
Australien	0	Großbritannien	6	Schweiz	4
Kanada	2	Österreich	4	Großbritannien	4
Dänemark	2	Belgien	4	Österreich	2
Neuseeland	2	Finnland	4	Frankreich	2
Schweden	0	Irland	2	Irland	2
Schweiz	0	Neuseeland	2	Italien	0
Großbritannien	0	Norwegen	0	Japan	2
USA	0	Schweden	0	USA	0

Quelle: Holtmann 2012: 102.

A3

Bedeutung des Themas Familienfreundlichkeit aus Sicht der Unternehmen

Anteil der Unternehmen in %

... für das Unternehmen	DE	UK+++	FR---	IT	SE+++	PL---
Wichtig	58,2	52,5	48,1	43,5	62,1	22,8
Eher wichtig	21,5	40,9	35,2	38,4	24,1	59,5
Eher unwichtig	15,1	5,1	10,7	14,7	9,6	14,0
Unwichtig	5,2	1,6	6,1	3,4	4,3	3,7
... für die Beschäftigten	DE	UK+++	FR	IT	SE+++	PL---
Wichtig	59,1	59,4	61,0	49,7	67,0	32,3
Eher wichtig	22,0	36,5	32,5	39,7	23,6	53,2
Eher unwichtig	13,3	3,3	3,9	9,8	6,7	12,2
Unwichtig	5,7	0,8	2,5	0,8	2,7	2,2
... für die Führungskräfte/Expertinnen und Experten	DE	UK+++	FR+++	IT+++	SE+++	PL+++
Wichtig	50,7	54,6	52,8	42,2	63,7	27,8
Eher wichtig	17,9	39,6	31,9	44,4	22,6	53,3
Eher unwichtig	21,4	4,3	10,3	10,7	11,0	16,3
Unwichtig	9,9	1,4	4,9	2,7	2,7	2,6

Unterschied zu Deutschland ist signifikant auf: +++/--- = 1%-Fehlerniveau, ++/-- = 5%-Fehlerniveau, +/- = 10%-Fehlerniveau. Ergebnisse ordinaler logistischer Regressionen mit der Bedeutung des Themas Familienfreundlichkeit als abhängige Variable. Kontrollgrößen: Unternehmensmerkmale, Belegschaftsstruktur, Branchen, familienfreundliche Einstellung, Länder

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Quelle: BMFSFJ 2010: 12.

A4

Indikatoren des Prognos Familienatlas 2005

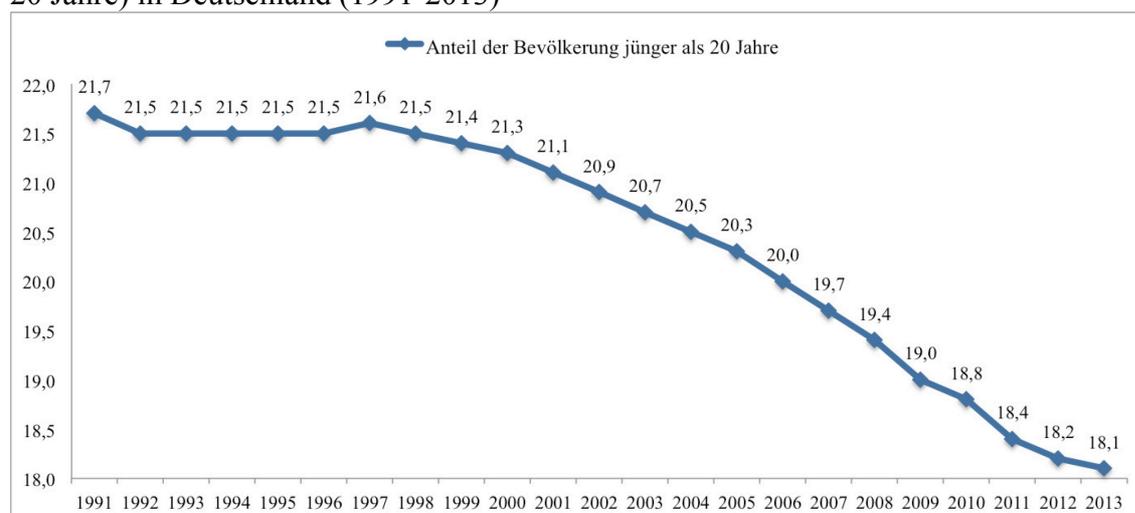
TABELLE 2: DIE INDIKATOREN DES PROGNO FAMILIENATLAS 2005 ¹		
Nr.	Indikator	Themenkategorie
1	Anteil Kinder und Jugendliche (unter 18 Jahre) an der Gesamtbevölkerung	Demografie
2	Fertilitätsrate	
3	Binnenwanderungssaldo der Familienwanderer (je 1.000 Einwohner der Altersklasse <18 und 30-50 Jahre)	
4	Krippenplätze je 1.000 Kinder unter 3 Jahren	Betreuungsinfrastruktur
5	Hortplätze je 1.000 Kinder 6-9 Jahre	
6	Anteil der Ganztagsbetreuung (in Krippen, Kindergärten und Horten)	
7	Betreuungseinrichtungen insgesamt je 1.000 Kinder im Alter 0-9 Jahre (in Krippen, Kindergärten und Horten)	
8	Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss	Bildung & Arbeitsmarkt
9	Ausbildungsplatzdichte	
10	Arbeitslosenquote	
11	Arbeitslose unter 25 Jahren je 1.000 15- bis unter 25-jährige	
12	Teilzeitquote	Familie & Beruf
13	Beschäftigtenanteil Frauen (an den Gesamtbeschäftigten)	
14	Körperverletzung und Einbruchdiebstahl je 100.000 Einwohner	Sicherheit & Wohlstand
15	Verletzte Kinder im Straßenverkehr im Alter von 0 bis 15 Jahren (je 10.000 0-15-jährige)	
16	Anteil Kinder und Jugendliche in Sozialhilfe	

¹ Bei allen Indikatoren wurden die aktuellsten verfügbaren Zahlen verwendet. Wir danken dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) für die Bereitstellung zahlreicher Daten mit hoher Aussagekraft und für wichtige Hinweise und Beratung bei der Auswahl.

Quelle: BMFSFJ 2005: 10.

A5

Zeitliche Entwicklung des Kinder- und Jugendquotienten (Kinder und Jugendliche jünger als 20 Jahre) in Deutschland (1991-2013)



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten der Eurostat Datenbank 2014

A6

Endgültige Kinderlosigkeit von Frauen in Deutschland

Geburtsjahrgang	Im Jahr 2012 erreichtes Alter	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ²	Neue Länder ²
		%		
1993 – 1996	16 – 19 Jahre	99	99	97
1988 – 1992	20 – 24 Jahre	92	92	88
1983 – 1987	25 – 29 Jahre	72	74	64
1978 – 1982	30 – 34 Jahre	46	47	34
1973 – 1977	35 – 39 Jahre	28	28	22
1968 – 1972	40 – 44 Jahre	22	23	15
1963 – 1967	45 – 49 Jahre	20	21	11
1958 – 1962	50 – 54 Jahre	18	19	8
1953 – 1957	55 – 59 Jahre	16	18	7
1948 – 1952	60 – 64 Jahre	14	15	7
1943 – 1947	65 – 69 Jahre	12	13	7
1937 – 1942	70 – 75 Jahre	11	12	8

Ergebnisse des Mikrozensus 2012 – Bevölkerung am Hauptwohnsitz.

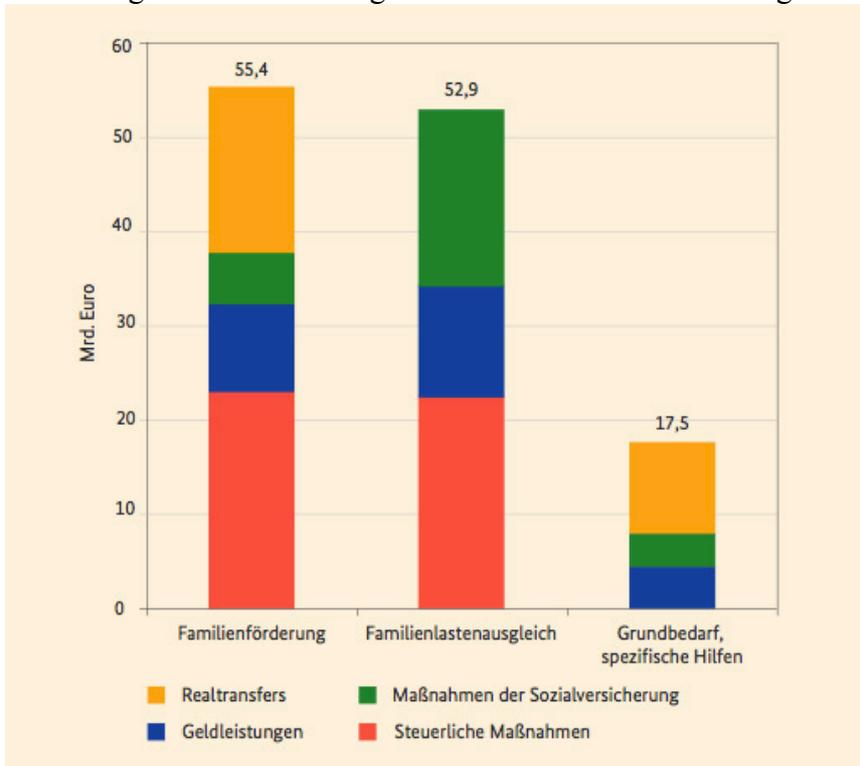
1 Nur Frauen mit Antwort auf die Frage zur Geburt.

2 Ohne Berlin-West beziehungsweise ohne Berlin-Ost.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2012: 32.

A7

Aufteilung der familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen in Deutschland (2010)



Quelle: BMFSFJ 2012a: 46.

A8

Umfang und Entwicklung der familienbezogenen Leistungen am BIP Deutschlands (2006-2010)

Jahr	2006	2007	2008	2009	2010
Familienbezogene Leistungen (in Mrd. Euro)	110,1	111,1	113,2	120,4	125,5
BIP (in Mrd. Euro)	2.313,9	2.428,5	2.473,8	2.374,5	2.496,2
Anteil	4,8%	4,6%	4,6%	5,1%	5,0%

Quelle: Eigene Berechnungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2012

Quelle: BMFSFJ 2012a: 49.

A9

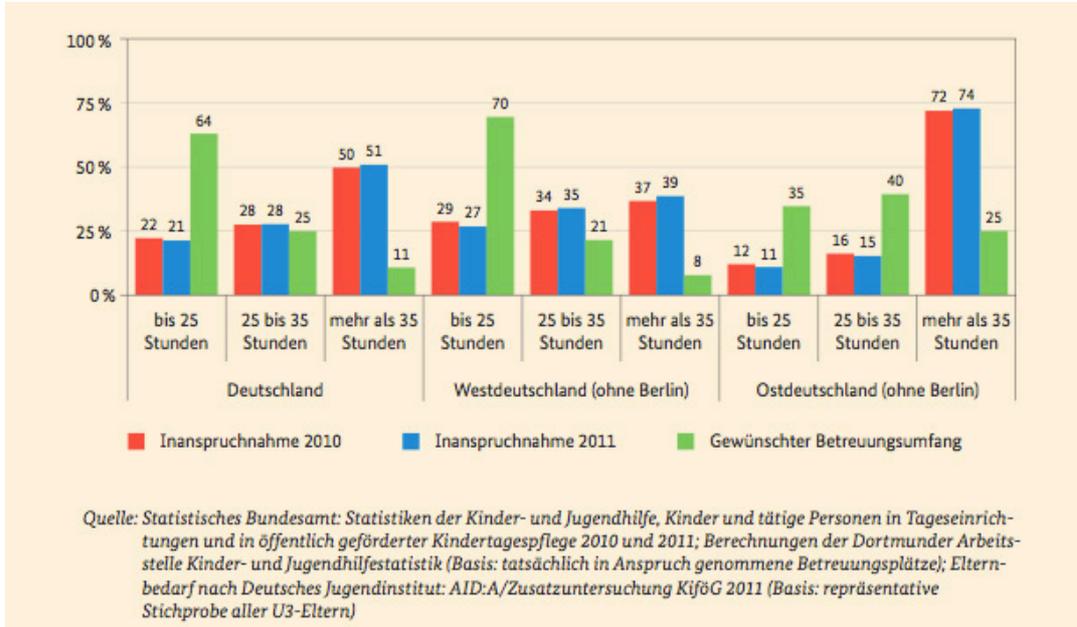
Umfang und Entwicklung der familienbezogenen Leistungen in Deutschland von 2007 bis 2010

	2007	2008	2009	2010
Geldleistungen	23.249	24.087	24.749	25.134
Realtransfers	20.804	22.453	25.129	27.397
Steuerliche Maßnahmen	42.115	41.152	43.594	45.627
Maßnahmen der Sozialversicherung	24.942	25.551	26.953	27.304
Familienbezogene Leistungen insgesamt	111.110	113.243	120.425	125.462

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an BMFSFJ 2010a: 15.

A10

Kinder im Alter von unter drei Jahren in Betreuungseinrichtungen nach Umfang der wöchentlichen Betreuungszeit 2010 und 2011 in Deutschland, West- und Ostdeutschland und gewünschter Betreuungsumfang der Eltern 2011



Quelle: BMSFSJ 2012a: 98.

A11

Öffentliche Ausgaben für Kinderbetreuung in Deutschland (2009)

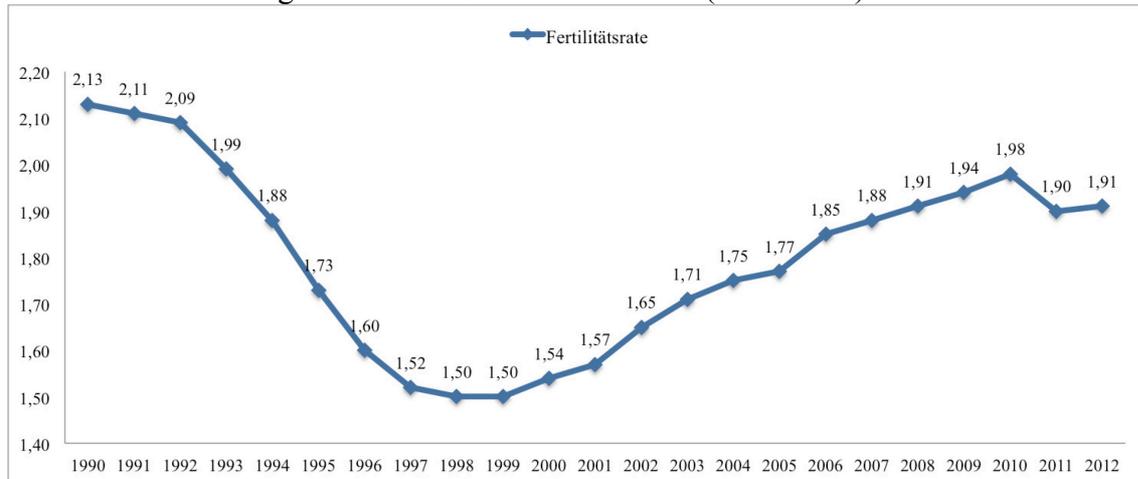
a) Basis: Ausgaben vs. Einnahmen					
	(1) Ausgaben insges. (Mio. €)	(2) Einnahmen insges. (Mio. €)	(3) reine Ausgaben (Mio. €)	(4) betreute Kinder (Tsd.)	(5) reine Ausg. je Kind (€)
Tagesbetreuung (Vorschulalter)	15.519,5	1.552,2	13.967,3	2.712,0	5.150,19
davon: Tageseinrichtungen	15.180,0	1.552,2	13.627,7	2.633,1	5.175,47
davon: Tagespflege	339,6	n.v.	339,6	98,7	3.440,47
Tagesbetreuung (Schulkinder)	703,9	97,2	606,7	417,8	1.452,15
Tagesbetreuung (insges.)	16.223,4	1.649,5	14.574,0	3.129,8	4.656,55
b) Basis: laufende Ausgaben vs. Gebühreneinnahmen					
	(1) laufende Ausgaben (Mio. €)	(2) Gebühren- einnahmen (Mio. €)	(3) reine Ausgaben (Mio. €)	(4) betreute Kinder (Tsd.)	(5) reine Ausg. je Kind (€)
Tagesbetreuung (Vorschulalter)	14.603,6	1.166,3	13.437,3	2.712,0	4.954,77
davon: Tageseinrichtungen	14.264,0	1.166,3	13.097,8	2.633,1	4.974,20
davon: Tagespflege	339,6	n.v.	339,6	98,7	3.440,47
Tagesbetreuung (Schulkinder)	661,3	78,6	582,6	417,8	1.394,63
Tagesbetreuung (insges.)	15.264,9	1.244,9	14.020,0	3.129,8	4.479,55

Quelle: Statistisches Bundesamt (2010b; 2011b), eigene Berechnungen.

Quelle: ifo Institut 2011: 191.

A12

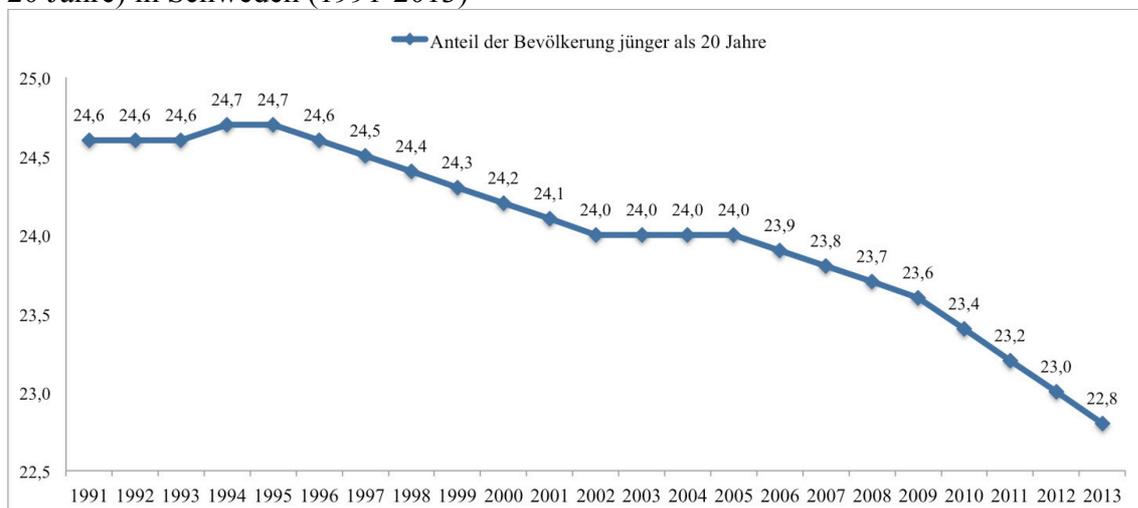
Zeitliche Entwicklung der Fertilitätsrate in Schweden (1990-2012)



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten der Eurostat Datenbank 2014

A13

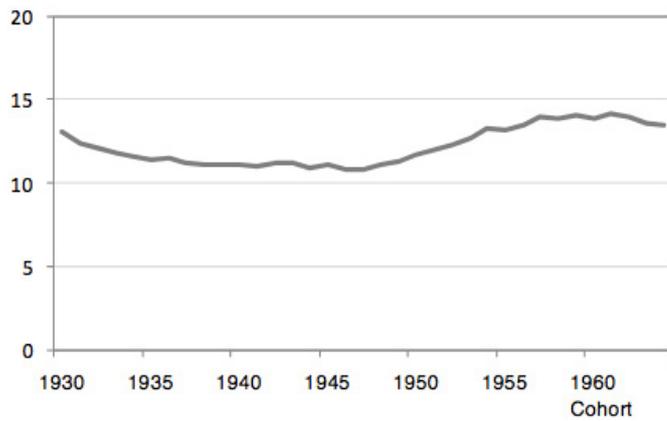
Zeitliche Entwicklung des Kinder- und Jugendquotienten (Kinder und Jugendliche jünger als 20 Jahre) in Schweden (1991-2013)



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten der Eurostat Datenbank 2014

A14

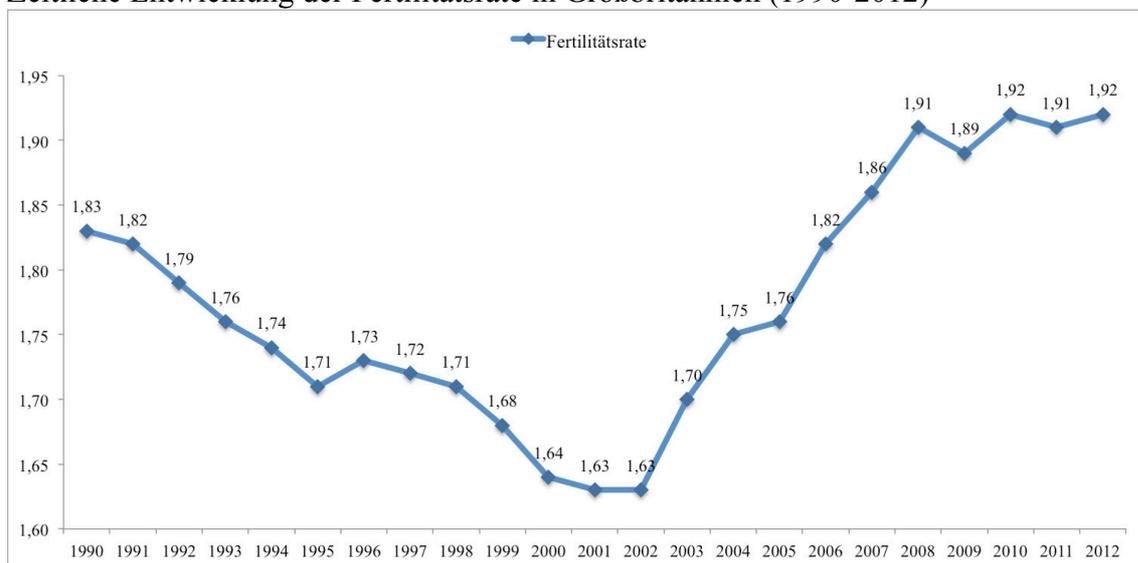
Prozentualer Anteil an kinderlosen Frauen im Alter von 45 Jahren in Schweden (Geburtskohorten 1930-1964)



Quelle: Persson 2010: 2.

A15

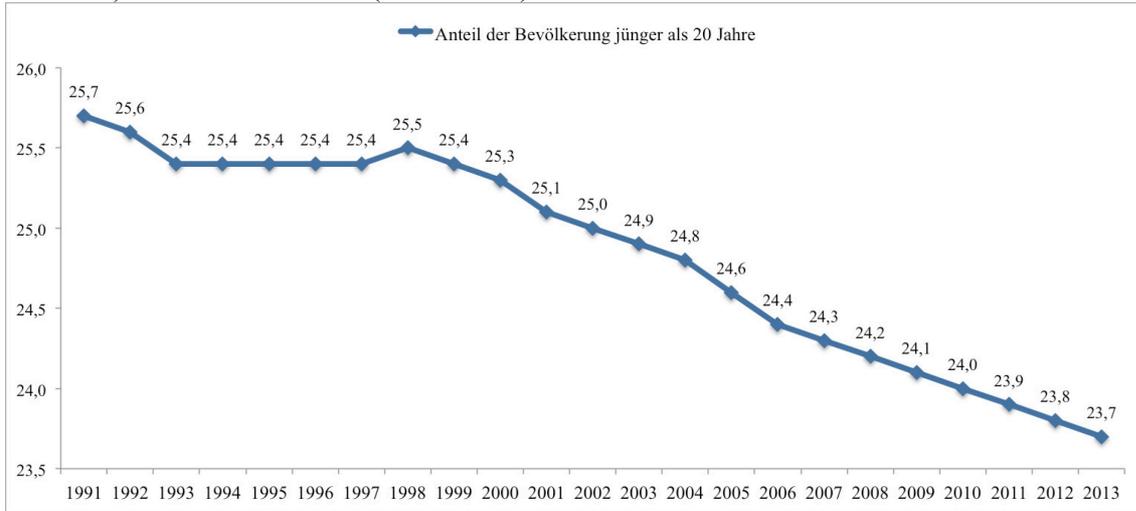
Zeitliche Entwicklung der Fertilitätsrate in Großbritannien (1990-2012)



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten der Eurostat Datenbank 2014

A16

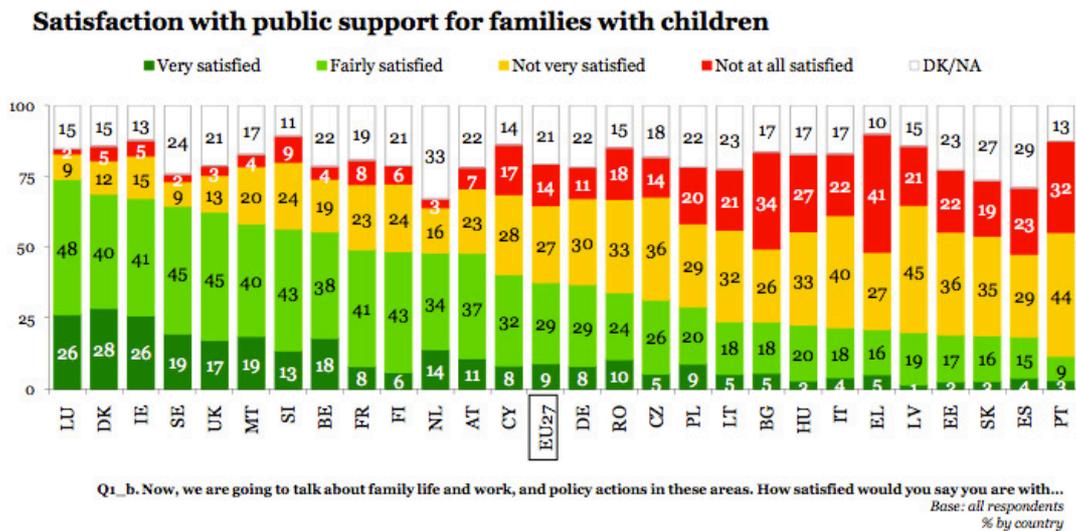
Zeitliche Entwicklung des Kinder- und Jugendquotienten (Kinder und Jugendliche jünger als 20 Jahre) in Großbritannien (1991-2013)



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten der Eurostat Datenbank 2014

A17

Zufriedenheit der Eltern mit der staatlichen Unterstützung von Familien mit Kindern



Quelle: Europäische Kommission 2008: 18.

Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

- | | | | |
|-------------|---|-----------------------------------|--|
| Nr. 1/1995 | - | Dieter Holtmann | Modelle der Sozialstruktur |
| Nr. 2/1996 | - | Dieter Holtmann | Entwicklungstendenzen in der Sozialstruktur und in der politischen Landschaft |
| Nr. 3/1997 | - | Ulf Rostalsky | Entwicklungstendenzen von Beschäftigungsverhältnissen in den neuen Bundesländern |
| Nr. 4/1998 | - | Birgit Schäfer | Ein Vergleich der Berufsstrukturen von Ost- und Westdeutschland, Norwegen und den USA: Schichtselbsteinstufung und Einstellungen in Abhängigkeit von beruflichen Lagen |
| Nr. 5/1998 | - | Steffen Weber | Der Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Charakteristika auf individuelle gesellschaftlich-politische Einstellungen. Ein Vergleich von Einstellungen in Norwegen, Deutschland (West) und in den USA |
| Nr. 6/1999 | - | Christian Dössel | Lebenszufriedenheit unter dem Einfluss ausgewählter objektiver und subjektiver Faktoren im innerdeutschen Vergleich. Eine Längsschnittanalyse mit den Daten des SOEP |
| Nr. 7/1999 | - | Birgit Schäfer | Ein Vergleich der geschlechtsspezifischen Berufsstrukturen von Ost- und Westdeutschland, Norwegen und den USA: Schichtselbsteinstufung und Einstellungen in Abhängigkeit von geschlechtsspezifischen beruflichen Lagen |
| Nr. 8/1999 | - | Tilo Görl | Regionalisierung des Wählerverhaltens in den neuen Bundesländern |
| Nr. 9/2000 | - | Mona Youssef | Sozialstrukturelle und ökonomische Bestimmungsgründe der Wettbewerbsfähigkeit |
| Nr. 10/2000 | - | Dieter Holtmann | Variations of welfare capitalism after the decline of state socialism: Bargaining societies on the basis of value orientations and resources of action |
| Nr. 11/2000 | - | Claudia Vogel | Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit. Ein Vergleich von Westdeutschland, Ostdeutschland und Großbritannien |
| Nr. 12/2001 | - | Elisabeth Holtmann | Sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze zum Thema „Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ |
| Nr. 13/2001 | - | Claudia Buchheister,
Tilo Görl | Einstellungen und Wahlen als Indikatoren der Fremdenfeindlichkeit - Empirische Analysen - |
| Nr. 14/2001 | - | Elke Goltz,
Roger Sitter | Regionale Unterschiede in der Gewaltkriminalität im Land Brandenburg – Empirische Analyse anhand ausgewählter Strukturdaten |

Nr. 15/2002	-	Elisabeth Holtmann, Dieter Holtmann, Tilo Görl, Elke Goltz, Claudia Buchheister	Zur Prävention von Kriminalität, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit durch die Gremien kommunaler Kriminalitätsverhütung im Land Brandenburg
Nr. 16/2002	-	Claudia Buchheister	Intergenerationale Bildungs- und Erwerbsmobilität in Ost- und Westdeutschland – Eine empirische Analyse –
Nr. 17/2003	-	Andrea Ziegel	Kurz- und langfristige Bestimmungsgründe für Parteiaffinitäten in Ostdeutschland
Nr. 18/2003	-	Andrea Schäfer	Inklusion oder Exklusion? Erwerbsübergänge in und aus Teilzeitarbeit in Deutschland.
Nr. 19/2003	-	Lena Jacobi	Die Dunkelziffer der Armut – Eine Analyse der Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe in Deutschland.
Nr. 20/2004	-	Dieter Holtmann, Elisabeth Holtmann, Tilo Görl u.a.	Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Erklärungsfaktoren sowie Handlungsempfehlungen zu den kriminalpräventiven und zivilgesellschaftlichen Potentialen.
Nr. 21/2004	-	Silke Hans	Migrants in Germany, Sweden and the United Kingdom: Patterns of Assimilation and Welfare
Nr. 22/2004	-	Judith Weigand	Geschlechtsspezifische Erwerbsverläufe im internationalen Vergleich Der Einfluss der Geburt des ersten Kindes auf weibliche Erwerbsverläufe in Deutschland und Großbritannien
Nr. 23/2005	-	Berit Postel	Charakterisierung von Lebensstilen durch Wertorientierungen
Nr. 24/2005	-	Tilo Görl	Klassengebundene Cleavage-Strukturen in den neuen und alten Bundesländern im Zeitverlauf
Nr. 25/2006	-	Florian Alber	Wohlfahrtsregime und Einstellungen zur Wohlfahrtsproduktion – Ein Vergleich elf westlicher Länder
Nr. 26/2006	-	Dieter Holtmann	Internationaler Vergleich der Performanz von Wohlfahrtsregimen
Nr. 27/2006	-	Michael Mutz	Soziale Chancengleichheit in Bildungssystemen – Länderunterschiede und ihre strukturellen Ursachen
Nr. 28/2007	-	Daniel Porep	Sektorale Beschäftigungsentwicklung im Land Brandenburg – Eine empirische Untersuchung der Beschäftigungsentwicklung und deren Ursachen
Nr. 29/2008	-	Silke Grau	Geschlechtsspezifische Arbeitszeitmuster im internationalen Vergleich
Nr. 30/2009	-	Frank Schneider	Wohlfahrtsstaatlichkeit in Lateinamerika
Nr. 31/2010	-	Adina Eggert	Kinderarmut in der Bundesrepublik Deutschland - Ursachen, Folgen und der Einfluss des Wohlfahrtsstaates
Nr. 32/2011	-	Marie Grohmann	Zur Vereinbarkeit von flexiblen Arbeitsmärkten und sozialer Sicherheit am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland

- Nr. 33/2012 - Nicole Scholze Aktuelle familienpolitische Entwicklungen – ein Vergleich von Schweden, Großbritannien und Deutschland
- Nr. 34/2013 - Tom Wefers Ursachen, Verlauf und Folgen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise
- Nr. 35/2014 - Evgenia Stepanov Familienfreundlichkeit im internationalen Vergleich: Familienpolitik in Deutschland, Schweden und Großbritannien

Die Beiträge dieser Reihe stehen alle online unter: http://opus.kobv.de/ubp/schriftenreihen_ebene2.php?sr_id=8

Herausgeber dieser Reihe:

Prof. Dr. Dieter Holtmann
Methoden der empirischen Sozialforschung
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Universität Potsdam
August - Bebel - Str. 89
14482 Potsdam

Dieter.Holtmann@uni-potsdam.de
Tel. (0331) 977-3569

ISSN 1612-6602